

RSQ

„Diese Regierung meint es ernst mit den Grundrechten“

Streit um die Jugendschutzreform, Kritik von Menschenrechtsorganisationen, Großprojekte in der Pipeline: Was sagt der grüne Justizminister Félix Braz?

Nichts gegen den Kassenarzt

Wer den *Tiers payant* verallgemeinern will, müsste ein schlüssiges Programm für eine „Staatsmedizin“ entwickeln oder die obligatorische Vertragsbindung der Ärzte an die CNS abschaffen

Nablabs und Nolos

Auf den sinkenden Bierkonsum reagieren die beiden großen Brauereien Diekirch und Bofferding unterschiedlich

Foto: Sven Becker

Unabhängige Wochenzeitung für Politik,
Wirtschaft und Kultur

#09 65. Jahrgang 2. März 2018



5 453000 174663



4,00€

„Diese Regierung meint es mit den Grundrechten ernst“



Der grüne Justizminister Félix Braz in seinem Büro auf dem Kirchberg



„Das Erziehungsheim ‚Dreiborn‘ und insbesondere die Unisec können nicht die Antwort auf alle unsere Probleme sein.“

Fragen: Ines Kurschat

d'Lëtzebuurger Land: *Stimmt der Eindruck, dass man von Ihnen nicht viel hört?*

Félix Braz: Weniger als von anderen, ja. Es ist eine bewusste Entscheidung. Ein Justizminister soll, im Interesse der Justiz und der Justiziablen, eine gewisse Zurückhaltung üben und nicht alles kommentieren, auch wenn es ihm unter den Nägeln brennt. Die Justiz braucht Serenität. Und es ist nicht so, als sei ich in der Öffentlichkeit gar nicht sichtbar.

Im Streit um eingesperrte delinquente Minderjährige im Erwachsenengefängnis Schrassig und um die Reform des Jugendschutzes hat die Öffentlichkeit die Staatsanwaltschaft das Wort ergreifen hören statt Sie. Das ist ungewöhnlich.

Dass die Staatsanwaltschaft reagiert hat, ist ihre Entscheidung. Ich kann das aber nachvollziehen. Denn der offene Brief des externen Kontrolldienstes des Mediateurs vermittelte den Eindruck, als würden die Justizautoritäten delinquente Jugendliche bevorzugt in Schrassig einweisen, obwohl die Unisec seit November geöffnet hat. Tatsächlich stammen die zwei Entscheidungen zur Inhaftierung aus der Zeit vor November. Es wurde

zudem der falsche Eindruck erweckt, als sei den Justizbehörden die Sorge um den Jugendschutz weniger wichtig.

Unter den Inhaftierten befand sich bis vor kurzem ein minderjähriger Flüchtling. Es ist unklar, was genau den anderen beiden Jugendlichen, die noch in Schrassig sind, vorgeworfen wird.

Ich kommentiere die Entscheidungen der Justiz nicht. Ich kenne aber niemanden in diesem Land, der der Meinung ist, es sei grundsätzlich gut, Jugendliche ins Erwachsenengefängnis einzusperren. Richtig ist, dass in der Arbeitsgruppe zur Reform des Jugendschutzes – in der alle Akteure vereint waren – auch die Frage diskutiert wurde, ob Luxemburg auf den Weg eines Jugendstrafrechts gehen soll oder nicht. Das Ombudskomitee für Kinderrechte hatte diese Frage aufgeworfen. Die Arbeitsgruppe war allerdings der Meinung, die Logik des vorrangigen Schutzes von straffälligen Jugendlichen beizubehalten.

Es gab aber sehr wohl zwei gegensätzliche Positionen, nämlich ob eine Hintertür für eine Inhaftierung von Minderjährigen in Schrassig im Gesetz offenbleiben sollte oder nicht.

Das ist richtig, niemand bestreitet allerdings das Prinzip. Die internationalen Empfehlungen etwa des Antifolterkomitees des Europarats in Straßburg sind da sehr streng: Nur in ganz seltenen, genau begründeten und eng umrahmten Fällen kann eine Unterbringung von minderjährigen Straffälligen in einem Erwachsenengefängnis zulässig sein. Es kann auch für mich nur eine Übergangssituation sein.

Die Staatsanwaltschaft spricht von erweitertem Einbruch bis Mord als schwere Straftaten, die ein Wegsperrern in Schrassig künftig rechtfertigen könnten.

Wenn im März der Gesetzentwurf im Regierungsrat grünes Licht bekommt und er der Abgeordnetenkammer vorliegt, kann jeder selbst beurteilen, ob wir strenge Auflagen vorsehen und ob Luxemburg sie einhalten wird. Es gibt darüber hinaus aber ein weiteres Problem, das ich gerne breiter diskutiert hätte: ‚Dreiborn‘ und besonders die Unisec können nicht die Antwort auf alle unsere Probleme sein. Es gab von Anfang an Kritik daran, delinquente Jugendliche in unmittelbarer Nachbarschaft mit Heimkindern des Centre socio-éducatif de l'État zu betreuen. Auch in der Unisec stellt

sich die Frage des Miteinanders zwischen Jugendlichen, die bis zu schwersten Straftaten begangen haben und solchen, die ein ganz anderes Profil aufweisen. Über eine dritte Gruppe wird zudem kaum gesprochen: die der Heranwachsenden oder jungen Erwachsenen zwischen 18 und 21 Jahren. Das aktuelle Jugendschutzgesetz erlaubt, 16- bis 18-Jährige nach dem Erwachsenenstrafrecht zu urteilen. Die verhängten Strafen können über die Altersgrenze von 18 hinausgehen und beim Erreichen der selbigen würden sie dann automatisch von der Unisec nach Schrassig überwiesen. Erlöschen im strafrechtlichen Rahmen alle Probleme dieser jungen Menschen über Nacht mit der Volljährigkeit? Ich denke das nicht, wir brauchen demnach angepasste Lösungen für Minderjährige, aber auch für junge Volljährige. Erziehungsminister Claude Meisch und ich arbeiten derzeit an einem Dokument, das wir dem Gesetzentwurf beifügen wollen, mit Vorschlägen, wie Luxemburg in Zukunft diese sehr unterschiedlichen Problemgruppen besser betreuen kann.

Haben Sie das mit Ihrer Partei abgestimmt? Die Grünen waren immer gegen die Praxis des Wegsperrerns und haben sich für dezentrale Strukturen und weniger Strafvollzug eingesetzt.

Das müssen Sie meine Partei fragen. Ich antworte als Justizminister einer Regierungskoalition und werde das bis Ende der Legislaturperiode weiterhin tun. Ich bin dabei, genau das umzusetzen.

Als Justizminister handelten Sie sich jüngst Kritik ein für Ihren Entwurf zum Vermummungsverbot. Die Menschenrechtskommission sieht keinen Grund, dies gesetzlich zu regeln. Ein Verbot sei unverhältnismäßig.

Ich respektiere die Position der Menschenrechtskommission, die sich gegen ein Verbot ausspricht. Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof hat aber sowohl das französische wie das belgische vollständige Vermummungsverbot als grundsätzlich im Einklang mit den Menschenrechten angenommen.

Ihr Entwurf beruft sich auf das „vivre ensemble“. Sind Ihnen Konflikte im Zusammenleben aufgrund von Vollverschleierung bekannt? Es gibt zwischen fünf und 13 Niqab-Trägerinnen im Land.

In Luxemburg kennen wir das Vermummungsverbot vielerorts, zum Teil seit hundert Jahren. Wir sind nicht in derselben Lage wie Länder, die jetzt aus dem

Streit um die Jugendschutzreform, Kritik von Menschenrechtsorganisationen, mehrere Großprojekte in der Pipeline: Was macht eigentlich Justizminister Félix Braz (Déi Gréng)?

Nichts oder anlässlich einer konkreten Debatte eine politische Entscheidung für ein Vermummungsverbot treffen. Bei uns leben über 70 Prozent der Bevölkerung in einer Gemeinde mit kommunalem Vermummungsverbot.

Aber in den entsprechenden kommunalen Verordnungen ging es nicht um die religiöse Vollverschleierung.

Das stimmt. Es geht um alle Arten von Vermummung, auch im neuen Gesetz.

Die Jugendorganisation Ihrer Partei, dêi jonk Gréng, hat sich zunächst dagegen ausgesprochen.

Die Resolution, die meine Partei – als einzige – diesbezüglich auf einem Kongress verabschiedet hat, nimmt dieselbe Haltung ein wie die Regierung. Sie wurde übrigens im Konsens angenommen. Ich finde es schade, dass sich nicht noch andere außerhalb der Grünen viel früher und unterstützend für eine nuanciertere Betrachtungsweise in die Debatte eingebracht haben.

Mit den betroffenen Frauen wurde gar nicht geredet.

Das ist richtig. Die betroffenen Frauen sind in dieser Diskussion zu kurz gekommen. Die grundsätzlichen Argumente sind aber klar.

Eine Zwischenbilanz des Nationalitätengesetzes, das Ihre Handschrift trägt, hat ergeben, dass mehr Anträge auf Einbürgerung gestellt werden als jemals zuvor.

Seit 2009 lagen wir bei etwa 2 800 Einbürgerungen pro Jahr. Mit dem neuen Gesetz liegen wir, wenn wir die neun Monate seit Bestehen hochrechnen, bei rund 9 000. Da ist eine Verdreifachung und mit Sicherheit europaweit, wenn nicht weltweit, ein Spitzenwert und ein Erfolg. Ich habe allerdings immer darauf hingewiesen, dass das Nationalitätengesetz alleine nicht alle Fragen der Partizipation der Nicht-Luxemburger lösen kann. Sicher steigt der Anteil ausländischer Einwohner im Land jetzt wesentlich langsamer, aber wir schreiten weiter auf die psychologisch wichtige Grenze von 50 Prozent zu. So dass sich die Frage nach der Einbindung der ausländischen Bewohner weiterhin stellen muss. Ich gehe davon aus, dass sie – im Respekt des Referendums – im Wahlkampf eine Rolle spielen wird.

Es scheint, als würden seit dem Referendum Ressentiments gegenüber Ausländern offener geäußert. Es werden mehr Gerichtsurteile wegen Anstiftung zu Hass und übler Nachrede in sozialen Netzwerken gesprochen. Wie schaut der Justizminister auf diese Entwicklung?

Ich teile die Einschätzung nicht ganz. Wir haben nach dem Referendum ein Nationalitätengesetz verabschiedet, mit einem breiten parteienübergreifenden Konsens, um den ich mich bemüht habe. Man kann also nicht sagen, das Votum des Referendums wäre ein Votum gegen Ausländer.

Das habe ich nicht behauptet.

Hate speech gibt es überall in Europa, auch in Ländern ohne Referendum. Die Analyse muss tiefer gehen. Durch die Entwicklung der sozialen Medien wird eine sehr laute, minoritätenfeindliche Minderheit sehr erkennbar. Alle Länder sind ein Stückweit überfordert, wenn es darum geht, bestehende Gesetze im Internet durchzusetzen. Doch das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Deshalb habe ich unter der Luxemburger EU-Präsidentschaft das Thema auf die Tagesordnung gesetzt, übrigens als erster. Hass ist keine Meinung, das habe ich auch auf dem grünen Parteikongress am Wochenende betont. Deshalb ist es notwendig, dass auf europäischem Niveau diesbezüglich Fortschritte gemacht wurden.

Reicht der Arm von Polizei und Justiz weit genug?

Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarats (Ecri) attestiert Luxemburgs Justizbehörden in punkto *Hate speech*, dass sie das Thema ernstnehmen, mutmaßlichen Straftaten und Tätern nachgehen und sie gegebenenfalls verurteilen. Jeder weiß, dass er, verstößt er im Netz gegen Gesetze, die Konsequenzen tragen muss. Unser Strafrecht ist da eindeutig.

Sie haben während der Srel-Affäre als grüner Abgeordneter rechtsstaatliche Prinzipien betont. Heute ernnten Sie als Justizminister in dieser Hinsicht Kritik. Sie mussten beim Anti-Terror-Gesetz nachbessern, beim Vermummungsverbot ebenso.

Die meiste Kritik, die ich höre oder lese, kommt vom Lëtzeburger Land... (*schmunzelt*).

... das sich auf Gutachten der Menschenrechtskommission, der CNPD und andere beruft.

Diese Gutachten habe ich selbst beantragt, da sie über spezialisierte Kompetenz verfügen und sie wurden auch umgesetzt. Computer spielen bei der Begehung terroristischer Straftaten nachweislich eine Schlüsselrolle. Deswegen müssen die Strafverfolgungsbehörden dort auch Beweise suchen können. Ich habe auf einem Parteikongress versprochen, ein Anti-Terror-Gesetz vorzulegen, das allen grundrechtlichen Bedenken präzise Rechnung trägt, und das wird auch geschehen. Die Überlegungen, die bisher von Staatsrat, CCDH oder CNPD geäußert wurden, gehen ja nicht gegen die Instrumente als solche, die sind mit den Grundrechten konform und alle weiterhin im Entwurf enthalten, sondern um ihre Ausgestaltung. Dass wir nachgebessert haben, ist Beleg dafür, dass diese Regierung es ernst meint mit den Grundrechten. Wir haben alle Anregungen und Einwände geprüft und sie weitestgehend berücksichtigt.

Ist das der Grund, warum Entwürfe aus Ihrem Ministerium oft so lange brauchen?

Ich versuche, im Vorfeld der Verabschiedung durch den Regierungsrat alle Akteure nicht nur zu konsultieren, sondern aktiv einzubinden. Das mag dazu führen, dass es etwas länger dauert, bis ein Entwurf in den Regierungsrat kommt, hat aber den Vorteil, dass ein guter Text vorliegt. Demokratisch halte ich das für die bessere Vorgehensweise.

Könnte es sein, dass die Projekte so lange dauern, weil Sie kein Jurist sind?

Da müssen Sie meine Mitarbeiter und die Magistrate fragen, mit denen ich kooperiere oder kooperiert habe. Ich habe damit jedenfalls kein Problem, von Anfang an nicht.

Große Reformen von Ihnen sind jetzt erst bei der Chamber. Manch einer fragt, was Sie vier Jahre lang gemacht haben.

83 Gesetzestexte und Reglemente sind seit 2014 in Kraft getreten, davon 70 von mir eingereichte. Bis zum Ende des Jahres kommen noch einige hinzu, da 28 von mir eingereichte Texte in der Prozedur sind, sowie weitere acht von meinen Vorgängern. Nur zum Vergleich: In der gesamten vergangenen Legislaturperiode sind 48 Texte aus der eigenen Feder in Kraft getreten. Außerdem hat der luxemburgische EU-Vorsitz das Justizministerium fast ein Jahr unter Beschlag genommen.

Ein großer Entwurf Ihres Ministeriums ist die Reform des Strafvollzugs. Sie mussten sie nach hinten verschieben. Statt Januar 2018 soll sie im September 2018 kommen.

Ein sehr wichtiges Gesetz. Ich bin optimistisch, dass wir bei einer ganzen Reihe von Gesetzentwürfen zum Abschluss kommen. Da sind auch noch das Anti-Terror-Gesetz, die Einführung des Familienrichters respektive die Scheidungsreform, aber auch das Gesetz um die Abänderung des Geschlechts im Personenstandsregister bei Transgender-Personen. Das ist mir wichtig und ich würde mir wünschen, dass diese Entwürfe bis zum Sommer durch das Parlament geprüft werden.

Ziel der Strafvollzugsreform ist eine verbesserte Resozialisierung. Aber nicht nur die Begleitung von Häftlingen ist dringend reformbedürftig, es existiert nach wie vor keine anerkannte Therapie für Sexualstraftäter.

In Zukunft soll jeder Häftling ab dem Tag, an dem er inhaftiert wird, auf seine Entlassung so vorbereitet werden, dass es seiner Resozialisierung förderlich ist. Das gilt auch für Untersuchungshäftlinge und bei der Unschuldsumutung. Das geht

„Ich meine, dass wir Grüne uns als Regierungspartei in Sachen Grundrechte weder verstecken müssen, noch zu schämen brauchen.“



Bücherregal im Ministerbüro

werden muss. Ich habe daher im vergangenen Jahr eine Arbeitsgruppe mit dem Bautenministerium ins Leben gerufen, um jetzt schon über Umbaupläne zu beraten, damit wir keinen Tag Zeit mehr verlieren.

Im Kontext der Luxleaks-Entscheidung haben Sie sich für den besseren Schutz von Whistleblownern ausgesprochen. Gleichwohl haben Sie mit Finanzminister Pierre Gramegna (DP) einen Entwurf für ein Transparenzregister über die Eigentumsverhältnisse bei Firmen vorgelegt, das von Journalisten scharf kritisiert wird.

In der Diskussion um die Umsetzung der entsprechenden vierten EU-Direktive gibt es Länder, die angesichts der Beratungen für die mittlerweile fünfte Direktive in dem Bereich für sich entschieden haben, die vierte nicht umzusetzen. Luxemburg gehört nicht dazu, sonst hätte es sich dem Vorwurf ausgesetzt, nicht entschieden genug gegen Geldwäsche vorgehen zu wollen. Wir haben unseren Entwurf also wissend hinterlegt, dass in der Frage des Transparenzregisters nicht das letzte Wort gesprochen war. Nun sind die Beratungen hierzu abgeschlossen und wir unterstützen sie. Wir wollen sie als *early adopter* umsetzen.

Wie, meinen Sie, bewertet die grüne Wählerschaft Ihre Bilanz?

Ich will das nicht selbst bewerten, bin aber froh über das Erreichte wie Nationalitätsgesetz, Ehe und Adoption für alle, Schwangerschaftsabbruchsreform, Opferambulanz, Istanbulkonvention, um nur diese für Grüne sehr wichtigen zu nennen. Auch europäisch über Datenschutzpaket und die Reform des Europäischen Gerichtshofs unter un-

serem Vorsitz oder die europäische Staatsanwaltschaft, die ihren Sitz in Luxemburg haben wird.

Ihre Partei war gegen die Vorratsdatenspeicherung.

Nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs im April 2014 habe ich das Thema auf die Tagesordnung eines Gipfeltreffens der EU-Justiz- und Innenminister gesetzt hat. Das war im Oktober 2015, vorher ist ein Jahr lang nichts geschehen. Seit Jahren bestehe ich darauf, dass eine gemeinsame europäische Lösung vorankommt. Die das Urteil vollständig umsetzt. Eine Antwort auf rein nationaler Ebene bleibt fragmentarisch.

Werden die Grünen dann mit einem starken Kapitel zum Thema Grundrechte zu den Wahlen antreten?

Das ist bis heute Thema in unserer Partei und ich kenne meine Partei gut genug, um zu wissen, dass es auch dieses Mal der Fall sein wird. Ich jedenfalls meine, dass wir uns als Regierungspartei in dem Punkt weder verstecken müssen, noch zu schämen brauchen.

Umfragen sehen die CSV bei den Parlamentswahlen im Oktober vorne. Stehen Sie für eine schwarz-grüne Koalition zur Verfügung?

Die Frage so prinzipiell zu stellen, macht wenig Sinn. Selbstverständlich zählt die CSV für eine grüne Partei zu den koalitionsfähigen Parteien. Es wäre doch eine Frechheit, wenn eine Partei, die fast 70 Jahre durchgängig die Regierung stellte, für uns plötzlich nicht koalitionskompatibel sein soll. In einer Koalition zählen aber die Inhalte, die man zusammen umsetzen möchte. Und, vor allem entscheiden die Wähler, welche Koalitionen möglich und gewollt sind.



Des performances
volatiles à court terme ou
solides à long terme ?
J'ai choisi.

Vous. Vos idées. Votre sensibilité. Votre famille. Vos aspirations.
Nous. Notre expérience. Nos outils. Nos talents. Notre vision.
Chez Degroof Petercam Luxembourg, une gestion de patrimoine réussie, c'est le résultat d'une approche globale et intégrée : mettre en place des stratégies sur mesure axées sur des performances solides et à long terme. Et toujours prendre activement soin de votre patrimoine afin que vous ayez la certitude que demain vous appartient.

Consultez nos performances sur
www.degroofpetercam.lu



Édito

Retour sur investissement

josée hansen

La politique peut être si facile : quand on donne congés et argent aux gens, ils sont... contents. C'est ce que la ministre de la Famille et de l'Intégration Corinne Cahen (DP) a pu constater ce mardi, lors de la présentation d'un premier bilan de satisfaction quant à sa réforme du congé parental, « qui était très importante pour moi et mon parti », entrée en vigueur en décembre 2016. Non seulement le nombre de personnes prenant le congé parental a explosé – plus 70 pour cent entre 2016 et 2017, même plus 190,4 pour cent chez les hommes –, mais en plus, ces personnes sont, à 85 pour cent, « extrêmement ou très satisfaites » de ce nouveau congé parental, comme a pu l'observer l'institut TNS-Ilres dans une enquête.

Satisfaites parce que désormais, les couples ne doivent plus choisir entre travailler et avoir des enfants, mais peuvent concilier les deux, souligna Charles Margue de l'institut de sondage. Satisfaites aussi parce que le congé parental n'aurait que des avantages dans la relation avec l'enfant, permettrait de concilier vie privée et vie professionnelle, et serait même bénéfique à la vie de couple et à la répartition des tâches ménagères. Avec un revenu de remplacement plafonné à 3 331 euros, il est même désormais économiquement attractif pour celui ou celle du ménage qui a le revenu le plus élevé. Alors que les femmes prennent encore majoritairement

le premier congé parental, immédiatement après le congé de maternité, et les hommes le deuxième, les mères préfèrent le modèle de six mois à plein temps, alors que les pères choisissent souvent les congés fractionnés à temps partiel, notamment la version de un jour par semaine durant vingt mois.

Autant de satisfaction en période électorale a un prix, bien sûr : le poste inscrit au budget d'État pour payer ces congés a plus que doublé, des 74,3 millions d'euros prévus pour l'indemnisation du congé parental en 2016 à 165 millions d'euros cette année. « Une réussite fulgurante » titrait ce mardi *Le Quotidien*, *unisono* avec le *Journal*, « Ein voller Erfolg » et le *Luxemburger Wort*, « Ein ganz großer Erfolg ». En cumulant les réformes de politique familiale – elle a aussi réformé l'allocation familiale, celle de vie chère et le RMG, restructuré les congés spéciaux ou renommé la Caisse nationale des prestations familiales en « Caisse pour l'avenir des enfants » – et en se montrant ostensiblement accueillante vis-à-vis des demandeurs de protection internationale, surtout en 2015/2016, Corinne Cahen est devenue, en quatre ans, une sorte de Madame conscience sociale du DP. Et le parti libéral, traditionnellement plus proche du patronat que des salariés, la laisse faire. Parce que durant la campagne électorale, elle s'avère être

leur arme pour conquérir les franges à gauche du centre, sur les plates-bandes des Verts et des socialistes.

Ce ne fut donc pas un hasard qu'elle ouvre, discrètement, un autre débat en marge de sa conférence de presse sur le congé parental : celui sur le temps de travail. « Cette réforme-ci n'est que le début de quelque chose de plus grand, nous devons continuer à réformer, par exemple nos modèles de travail. » Car si les hommes plébiscitent les 32 heures par semaine et apprécient d'avoir une journée par semaine avec leurs enfants, est-ce qu'il ne faudrait pas généraliser ce modèle ? Corinne Cahen ne continua pas sur sa lancée, qui l'aurait probablement menée vers une réflexion plus générale sur la réduction du temps de travail, pourquoi pas à salaire égal, comme le demandent les syndicats et comme l'a évoqué son homologue socialiste à l'Économie, Etienne Schneider, dans la foulée des débats sur l'étude Rifkin, l'année dernière. Travailler moins, mais travailler mieux ? Ce serait, avait alors commenté Carlo Thelen de la Chambre de commerce, un « choc déstabilisateur » pour les entreprises luxembourgeoises. Pourtant, les grands patrons, eux, ont pris l'habitude de se retirer des affaires courantes à quarante ou cinquante ans. Pour mieux pouvoir concilier vie professionnelle et hobbies.

Schon für die Kammerwahlen am 14. Oktober kann jeder Wähler ohne weitere Begründung beantragen, seine Stimme auf dem Postweg abzugeben, und bekommt dann einen Stimmzettel ohne Einschreiben zugeschickt. Das beschloss eine Parlamentsmehrheit am Mittwoch, um einen Rückgang der Wahlbeteiligung und damit das Ende der Wahlpflicht zu verhindern. Der Staatsrat warnte vor einer „Verallgemeinerung und Banalisierung der Briefwahl“, die CSV stimmte gegen die Ausweitung, die das Wahlgeheimnis gefährde. Die CSV hatte die Wahlpflicht 2004 auf 75 Jahre erhöht, weil Alte eher konservativ wählen. Die elektronische Stimmabgabe wird derzeit nicht als Alternative angesehen. rh.

Sven Becker

blog

Personalien

Personalien

Politik

Gesundheit

Soziales

Gesellschaft

Jean-Claude Juncker,

Präsident der Europäischen Kommission (CSV), wird viel dafür kritisiert, dass er die Ernennung seines Kabinettschefs Martin Selmayr zum Generalsekretär der Kommission und damit zum Chef der 30 000 Beamte zählenden Verwaltung forcierte. Der ehemalige Sprecher von EU-Kommissarin Viviane Reding gilt als Junckers Vertrauensmann. Mit der überraschenden Beförderung des deutschen Christdemokraten an die Spitze der Brüsseler Bürokratie will der luxemburgische Christlichsoziale vollendete Tatsachen schaffen, um das große Stühlerücken in der Kommission, der Europäischen Zentralbank und der Euro-Gruppe zu beeinflussen (Foto: EU). rh.



Christopher Liliblad,

Direktor des Cercle de coopération, bekam seinen Probevertrag nicht verlängert und muss den Dachverband von rund 80 Entwicklungshilfevereinen nach weniger als fünf Monaten verlassen. Laut Berichten von RTL herrschten Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Verwaltungsrat, dem Direktor, der im Oktober für die CSV in den Gemeinderat von Betzdorf gewählt wurde, und der Verwaltung über die Zukunft des Cercle. rh.

Nicky Stoffel,



Rechtsanwältin, wurde am Dienstag vom Parlament bei sechs Nein-Stimmen und acht Enthaltungen zum ersten ADR-Vertreterin im Staatsrat gewählt. Sie soll Albert Rodesch (LSAP) ersetzen. Die 43-Jährige, die 1999 die Kanzlei ihres Vaters übernahm, ist erst seit kurzem Mitglied der ADR. Die Regierung hatte der vor 30 Jahren gegründeten Partei schon vor zwei Jahren überraschend einen Posten im Staatsrat angeboten, vielleicht auch, um die Konkurrenz zur Rechten der CSV zu stärken. Die Mehrheit lehnte dann aber ADR-Generalsekretär Alex Penning ab, weil die scheidende Staatsrätin Viviane Ecker (LSAP) durch eine Frau ersetzt werden sollte. Die Linke ist als einzige Partei im Parlament nicht auch im Staatsrat vertreten. (Foto: ADR). rh.

Fred Keup,

Erdkundelehrer, der sich 2015 mit Hilfe verschiedener Medien als sehr rechter Sprecher der Referendumsgegner darstellte, will heute Nachmittag seine Kandidatur bei der ADR ankündigen. Gegenüber *Paperjam* bestätigte auch der Fernsehreporter Dan Hardy, für die ADR zu kandidieren. rh.

No go

Der Nationalvorstand der CGFP zeigte sich am Mittwoch zufrieden darüber, dass alle politischen Parteien Bereitschaft gezeigt hätten, über eine Anhebung der erst vor zwei Jahren gesenkten Einstiegsgehälter beim Staat zu diskutieren. Aber die Regierung ziere sich noch immer und der zuständige Minister Dan Kersch (LSAP) versuche, die Diskussion auf die nächste Legislaturperiode und die nächsten Gehälterverhandlungen aufzuschieben. Das sei für die Beamtengewerkschaft aber „ein absolutes „No go“, so dass sie nun „ein Dringlichkeitstreffen mit Premierminister Xavier Bettel“ (DP) verlangt. rh.



Ratloser Rat

Familien- und Integrationsministerin Corinne Cahen (DP) nahm am Mittwoch an der ersten Vollversammlung des neu gewählten Ausländerrats teil. Vor den Wahlen zum Conseil national pour étrangers hatten sich die Ausländervereine beklagt, dass die Regierung den Rat völlig ingoniere. Präsident Franco Avena und seine Vize Claire Geier-Courquin haben bereits zweimal beim Office luxembourgeois de l'accueil et de l'intégration (Olai) nachgefragt, wie sie Gehör und Unterstützung erfahren könnten. rh.

Kein Pet-Notstand



Die nächsten drei bis fünf Jahre komme Luxemburg mit einem einzigen Pet-Scanner aus. Das haben Gesundheitsministerin und Sozialminister einer parlamentarischen Anfrage aus der DP-Fraktion entgegnet, in der angedeutet wird, „immer mehr Patienten“ müssten für eine Positronenemissions-Tomografie ins Ausland gehen und es könnte ein Engpass wie bei MRT-Analysen drohen. Zurzeit ist am CHL der nationale Dienst Pet-Scan angesiedelt. Der Apparat dort sei 2016 zu 85 Prozent ausgelastet gewesen, ein neuer sei bestellt. Er werde pro Tag 24 Patienten zu untersuchen erlauben, während es derzeit 18 sind und die Wartezeit auf einen Termin fünf bis zehn Tage betrage. Allerdings sei nicht für jede Untersuchung – Pet-Scans dienen zur Erkennung von Krebs und von Metastasen – das nötige Markerisotop in Luxemburg verfügbar, was Überweisungen ins Ausland tatsächlich nötig mache. pf

Polizei sagt ein „Notfall“, CHL weiß nichts

„Eine schlimme Situation“, empörte sich Martine Mergen, CSV-Abgeordnete und Ärztin, am Donnerstag, nachdem der Service contrôle externe des lieux privés de liberté (CELPL) vor Abgeordneten bestätigte, was *d'Land* exklusiv gemeldet hatte: Dass vier Polizisten, drei männliche, eine schwangere Gefangene der Strafvollzugsanstalt Schragg in den Kreißsaal der Maternité des CHL begleitet, sie ans Bett gefesselt hatten und während der Geburt im Raum geblieben waren. Das sei eine Verletzung der Menschenrechte und inakzeptabel, so der CELPL im jetzt veröffentlichten Bericht zu den Haftbedingungen weiblicher Insassen hierzulande (www.ombudsman.lu). Der Vater, ebenfalls in Schragg inhaftiert, habe während der Geburt in Handschellen bleiben müssen, so dass er sein Neugeborenes nicht in den Arm nehmen konnte. Dabei galten weder er noch seine Lebensgefährtin als besonders gefährlich. Die Mutter, die fünf Tage zur Beobachtung in der Klinik geblieben war, blieb während der Zeit weiter ans Bett gefesselt. Die Polizisten hatten die Behandlung mit „Urgence“ begründet, obschon die Insassin im siebten Monat schwanger war, als sie nach Schragg kam, genügend Zeit laut CELPL, die Begleitung zur Maternité menschenrechtskonform zu organisieren. Eine genaue Analyse der Umstände soll sicherstellen, dass sich so etwas nicht wiederholt. Das CHL schreibt in seiner Antwort, eine interne Umfrage bei den Angestellten habe die Aussagen der Gefangenen nicht bestätigen können, der Fall sei auch nicht in der Krankenakte vermerkt. ik

Nächstenliebe I



Vertreter des Syndicat des fabriques d'église du Luxembourg (Syfel), des harten Kern der am 1. Mai abgeschafften Kirchenfabriken, beschwerten sich am Mittwoch auf ihrer Versammlung darüber, dass das Bistum bereits ohne Vorwarnung das Einfrieren ihrer Bankkonten verfügte. Der vom Syfel vor Gericht angezeigte Erzbischof befürchtet offenbar, dass manche Kirchenfabriken ihre Guthaben lieber wegschaffen als sie in den gemeinsamen Immobilienfonds zu überführen. rh.

Nächstenliebe II

Die Fondation du Grand-Duc et de la Grande-Duchesse ernannte am Mittwoch Mike van Kauenbergh zu ihre neuen Direktor. Die 2004 auf Betreiben der Großherzogin gegründete Wohltätigkeitsstiftung leidet unter der bei Hof herrschenden Willkür der Arbeitsverhältnisse. Sie war seit einem Jahr ohne Direktor, nachdem Guy Schmit den Posten binnen eines halben Jahrs wieder aufgegeben hatte. Mike van Kauenbergh war unter anderem Sprecher der CFL. rh.

Ganz vorsichtig begann am Montag die Debatte um den Tiers payant

Nicht gegen den Kassenarzt

Peter Feist

„Vergessen Sie den Willen des Volkes nicht!“ Das war das Schlusswort von Petitionärin Jill Sterba an Sozialminister Romain Schneider (LSAP) und die Abgeordneten nach der Anhörung zur Petition mit der laufenden Nummer 922 am Montag im Parlament. Mit dem am 8. Dezember eingereichten Vorschlag, das allgemeine Drittzahlerprinzip, den Tiers payant généralisé, für Arztleistungen einzuführen, hatte Sterba einen Nerv getroffen. 7 165 „validierte“ Unterschriften unter der Online-Petition wurden am Ende gezählt. Um sie vom Petitionsausschuss der Kammer öffentlich diskutieren zu lassen, hätten schon 4 500 gereicht.

Aber falls es der Wille des Volkes ist, in Zukunft bei jeder Arztkonsultation und jeder Behandlung durch den Arzt nur die Patienten-Selbstbeteiligung zu bezahlen – plus eventuelle Zuschläge für *convenances personnelles* –, während der Großteil der Rechnung von der CNS als „Drittzahler“ direkt übernommen würde, dann hat sich bislang nur eine Minderheit der Vertreter des Volkes diesen Willen zu eigen gemacht. Lediglich LSAP, Grüne, Linke und ADR erklärten am Montag unumwunden, die Petition zu unterstützen. Der gesundheitspolitische Sprecher der CSV-Fraktion, Jean-Marie Halsdorf, nannte den Tiers payant généralisé zwar „eine Idee, die uns sympathisch ist und über die ohne Apriori diskutiert werden sollte“. Er meinte aber, man müsse berücksichtigen, dass die Medizin sich weiterentwickelt hat und in Luxemburg freie Arztwahl und Therapiefreiheit gelten. Ein politisches Bekenntnis zum Tiers payant généralisé war das nicht.

Mutiger war die DP, zumindest am Montag. Da hatte ihr Abgeordneter Edy Mertens erklärt, „wir sind gegen den Tiers payant généralisé, verschließen uns aber einer Diskussion nicht“. Einen Tag später antwortete Fraktionspräsident Eugène Berger auf die Frage des *Land*, ob das Wählerstimmen kosten könnte, die Haltung der DP müsse „differenzierter“ verstanden werden, und stellte für den gestrigen Donnerstag eine Pressekonferenz in Aussicht: „Dort werden wir unsere Position und unsere Vorschläge präzisieren.“ Am Mittwoch sagte Berger die Konferenz aber wieder ab. Die DP-Fraktion ziehe es vor, Presseanfragen „individuell“ zu beantworten.

Gegenüber dem *Land* gab Berger sich Mühe, eine Art dritten Weg zu beschreiben: Dass das Drittzahlerprinzip beim Arzt „obligatorisch“ wird, wolle man nicht. Vorstellen könne die DP sich aber die Einführung einer „Karte mit Chip“, die sowohl mit der CNS als auch mit dem Bankkonto des Patienten „vernetzt“ wäre. Über sie könnte der Kasenannteil der Arztkosten direkt bei der CNS eingereicht werden. Was der Patient zu zahlen hätte, würde auf der Karte gesammelt und am Monatsende im Block vom Bankkonto abgebucht wie eine Kreditkartenschuld. Weil Berger sich vorstellen kann, dass „über kurz oder lang jeder so eine Karte benutzt“, räumte er ein, dass dann kaum ein Unterschied zum Tiers payant généralisé bestünde. Aber: Nirgendwo soll geschrieben stehen, dass die Karte benutzt werden muss. „Man wird die Freiheit haben, zu sagen, wir machen es wie früher.“ Diesen Vorschlag werde die DP-Fraktion Sozialminister Romain Schneider (LSAP) unterbreiten.

Mit einer IT-Lösung innovieren, aber dem Arzt nichts Obligatorisches auferlegen zu wollen, beziehungsweise den Tiers payant généralisé zwar „sympathisch“ zu finden, aber darüber erst einmal nur zu diskutieren, illustriert das Dilemma, in dem DP und CSV stecken. Natürlich haben sie die Zahl der Unterschriften unter Petition 922 zur Kenntnis genommen und wollen sie gerade in einem Wahljahr nicht ignorieren. Andererseits sind die Beziehungen beider



Nach der Anhörung am Montag: Petitionärin Jill Sterba (rechts) und OGBL-Exekutivmitglied Carlos Pereira

Parteien zum Ärzteverband AMMD besonders eng. Der führt seit vergangener Woche eine Kampagne gegen den Tiers payant généralisé. An die Adresse der Patienten wird gewarnt, er führe in die „Staatsmedizin“ und sei sozusagen gesundheitsschädlich, weil die CNS als „verlängerter Arm der Politik“ dann zu „sparen“ versuchen werde. Dem Sozialminister hat die AMMD schon am 19. Januar per Brief versichert, sich gegen den Allgemeinen Drittzahler „mit allen Mitteln“ zu wehren.

Natürlich fragt sich, warum. Weshalb es für Ärzte eine Zumutung wäre, nur den kleineren Teil der Rechnung vom Patienten bezahlt zu erhalten und den großen Rest von der CNS. Für die Labors, die Apotheken, die Kinesitherapeuten und die Spitäler – aber ohne Arztleistung – gilt der Tiers payant immerhin. Und in bestimmten Bereichen ist er auch für Arztleistungen obligatorisch: etwa für verschiedene Leistungspauschalen in psychiatrischen Tageskliniken, für Pauschalen im *Rehazenter* oder für Leute, die vom Sozialamt als anspruchsberechtigt für den Tiers payant social erklärt wurden.

Fakultativ ist der Drittzahler im Krankenhaus. So steht es seit 1993 in der Konvention, die der Ärzteverband mit der CNS-Vorläuferin UCM, der damaligen Krankenkassenunion, abschloss: Rechnungen für Klinikpatienten kann der Arzt direkt an die Kasse schicken, wenn der Patient länger als drei Tage im Spital liegt oder wenn der Betrag auf der Rechnung 100 Euro überschreitet. Für ambulante Patienten, die im Spital eine Dialyse, eine Chemo- oder eine Strahlentherapie erhalten, kann er das ebenfalls tun. Aber: Er muss nicht.

Zu müssen, wäre für die AMMD der Casus belli. Die Gründe dafür sind vielfältig. Sie haben mit dem Prinzip und der Tradition zu tun, aber auch mit Geld. Und die Zusammenhänge sind politisch. Sie neu festlegen zu wollen, würde nicht nur viel Mut erfordern, sondern auch eine klare Vor-

stellung, wie das Luxemburger Gesundheitswesen funktionieren soll.

Aus Prinzip und Tradition hat der Ärzteverband ein Problem mit dem Tiers payant généralisé, weil der Arzt der Verschreiber „im System“ ist, vor der Apotheke, dem Labor und dem Kiné kommt und ohne ärztliche Entscheidung auch im Spital nichts läuft. Traditionell wiederum wurde das Drittzahlerprinzip früher gar nicht selten angewandt: Wer dieser Tage mit älteren Ärzten spricht, erfährt, das sei in den 1970-er und 1980-er Jahren „sehr oft“ der Fall gewesen. Vor allem an die damalige Arbeiterkrankenkasse seien viele Drittzahler-Rechnungen gegangen: aus den Kliniken im Süden und im Norden fast immer, aus *Stater* Spitälern zum großen Teil. Auch von ambulanten Patienten sei oft nicht verlangt worden, umfangreiche Rechnungen vorab zu begleichen, und bei Hausbesuchen hätten die Ärzte die Rechnung ebenfalls häufig an die Kasse geschickt. Leider gibt es darüber keine objektive Geschichtsschreibung. Auf jeden Fall aber war der Tiers payant damals fakultativ und unterlag der Einschätzung des Arztes.

Doch so sympathisch das Bild von dem mit der pekuniären Lage der Patienten mitfühlenden Mediziner auch ist: Es passt nicht gut zu einer Sozialversicherung, die allen dieselben Rechte garantiert. Welche das im Krankheitsfall sind, legte 1992 eine große Krankenkassenreform fest, was sie bis heute historisch macht. Aber eventuell – leider lässt sich das nicht anhand öffentlich verfügbarer Zahlen nachvollziehen – gab es vor der Reform mehr Tiers payant durch die Ärzte als danach: Der OGBL wollte bereits 1992 den Tiers payant généralisé und setzte sich über die Arbeiter- und die Privatbeamtenkammer dafür ein. Die damalige CSV-LSAP-Regierung wollte ihn lediglich für stationär behandelte Klinikpatienten obligatorisch machen – zunächst für alle, dann als Kompromissangebot an die AMMD für Patienten, auf deren Rechnung mehr als 1 000 Franken zum Indexstand 100 gestanden hätten. Die AMMD

Wer den allgemeinen Drittzahler einführen will, müsste entweder ein schlüssiges Programm für eine „Staatsmedizin“ entwickeln oder die obligatorische Vertragsbindung der Ärzte an die CNS abschaffen

antwortete darauf mit Ärztestreiks, nicht zuletzt, weil der verbindlicher gemachte Tiers payant im Gesetz verankert werden sollte. Am Ende gelangte der Drittzahler lediglich in die Konvention zwischen AMMD und Kasse – und wurde fakultativ für Arztrechnungen im Krankenhaus ab 4 000 Franken, ansonsten aber weitgehend verboten. Interessanterweise aber wandten viele Ärzte den Tiers payant vor allem für Arbeiter weiterhin an; erst ab 2002 bestand die UCM darauf, der „flou artistique“ müsse ein Ende haben.

Die Verhältnisse heute über den Tiers payant généralisé maximal verbindlich zu machen, wäre möglich. Sofern sich entweder AMMD und CNS einigen, das in ihrer Konvention festzuhalten, oder die Regierung es durch eine Gesetzesänderung oktroyiert. Aber im Luxemburger Gesundheitssystem herrscht ein fragiles Gleichgewicht. Jedem Krankenversicherten ist der Zugang zu denselben Leistungen garantiert, freie Arztwahl auch. Die Finanzierung erfolgt paritätisch

aus Beiträgen; der Staat schießt einen Fiskalanteil zu. Der Arzt genießt Verschreibungs- und Therapiefreiheit. Damit nichts aus dem Ruder läuft, sind die Leistungsanbieter mit der Kasse konventioniert. Jeder Arzt wird automatisch und obligatorisch Kassenarzt und kann nur in Rechnung stellen, was in der für alle Mediziner gültigen Gebührenordnung steht. 1992 wurde das auch als Schutz und Einkommensgarantie für die Ärzte verkauft.

Doch es lässt sich schwerer begründen, seit sich in der EU ein grenzüberschreitender Gesundheitsmarkt bildet. Weil Kassenärzte im Ausland privat hinzuverdienen können, dürfen Luxemburger Mediziner Zuschläge für *convenances personnelles* erheben und im Spital für die „Erste-Klasse“. Doch dieses Stück Privatmedizin, das klein genug ist, dass man es nicht so nennen muss, ist unter Druck. Die AMMD stellt nicht zu Unrecht fest, Kassenärzte im Ausland hätten mehr Zusatzverdienstmöglichkeiten und Luxemburger Patienten, die sich privat im Ausland behandeln lassen, nähmen das hin. Zu allem Überfluss sind die Gebührenordnungen für die Luxemburger Ärzte und Zahnärzte veraltet und lückenhaft. Dadurch nimmt, wie der CNS-Präsident vor drei Wochen gegenüber dem *Land* feststellte, die Abrechnungs-Anarchie zu: Ärzte würden irgendwelche Leistungen zusätzlich in Rechnung stellen, sie als „CP“ deklarieren oder Tarife willkürlich erhöhen. Unter einem Tiers payant généralisé ginge das nicht, fehlerhafte Rechnungen würde die CNS ablehnen. Das ist der Geld-Aspekt des Widerstands der AMMD gegenüber dem verallgemeinerten Drittzahler.

Dem Sozialminister ist das klar. Er weiß auch, dass eine neue Ärzte-Gebührenordnung, die in Arbeit ist, vor den Wahlen nicht mehr fertig wird. Deshalb hütete er sich am Montag zu sagen, den Drittzahler per Gesetzesänderung einzuführen, sei auch möglich. Als er das am 3. Januar im *RTL*-Radio erklärte, warnte die AMMD prompt, er sei dabei, eine „rote Linie“ zu überschreiten, und verlangte, für die Ärzte „umgehend“ die Möglichkeit zu schaffen, Zusatzleistungen in einem ähnlichen Umfang anbieten zu können wie die Zahnärzte das mit dem „CP8“ dürfen. In der angespannten Lage machte Romain Schneider mit dem Petitionsausschuss lediglich ab, bis Ostern zu „sondieren“, ob der Drittzahler per Konvention zu haben wäre. Weil er sich denken kann, wie die Sondierung ausgeht, kündigte er wenig später an, der Drittzahler komme ins LSAP-Wahlprogramm.

Dass er unter der nächsten Regierung eingeführt werden könnte, ist nicht sicher. Wer das wollte, könnte es erstens nur mit einer überarbeiteten Gebührenordnung in der Hinterhand tun. Zweitens müsste entweder ein politisches Plädoyer für jene regulierte Gesundheitsversorgung gehalten werden, die die AMMD „Staatsmedizin“ nennt, und ein schlüssiges Programm dafür entwickelt werden, wie freiberufliche Ärzte als Pflicht-Kassenärzte dazu passen sollen. Oder die Kassenpflicht der Ärzte würde abgeschafft und der CNS freigestellt, wen sie unter Vertrag nimmt – und dann unter dem Tiers payant généralisé. Das würde zu der Gesetzesänderung passen, die die vorige Regierung 2011 vornahm, ohne das an die große Glocke zu hängen: Auf ein Urteil des EU-Gerichtshofs hin wurde ins Krankenkassengesetz geschrieben, die Vorabbezahlung von Rechnungen durch die Patienten sei die Regel, der Tiers payant die Ausnahme. Der Staatsrat meinte damals, Luxemburger Ärzte könnten den Tiers payant durchaus als „Opportunität“ ansehen, ihre „Kunden an sich zu binden“. Mediziner im Ausland könnten mit dem Drittzahler nicht winken. – Gut möglich, dass das nur so sieht, wer freiwillig CNS-Arzt ist.

Entre chien et loup

On appelle « entre chien et loup » le moment qui précède le crépuscule, l'heure de tous les dangers quand les contours des choses s'effacent et qu'on voit les loups garous sortir de leurs repaires et les feux follets s'allumer dans les sous-bois.

Dans son livre porté par un souffle narratif exceptionnel, l'historien Henri Wehenkel dresse le portrait de seize Luxembourgeois pris dans l'engrenage de la Collaboration –

grands bourgeois, ouvriers montés en grade, journalistes *völkisch*, cadres techniques ambitieux, artistes conformistes... L'auteur pénètre jusqu'aux niveaux des enjeux, des lieux de décision, des endroits où les chemins se séparent et où il faut choisir. Le livre donne à sentir ces choix dans toute leur urgence sans pour autant faire de jugement de valeur. Il s'agit, selon l'auteur, d'« éclairer les recoins obscurs de la société luxembourgeoise ».

Le livre de 304 pages richement illustré et qui se base sur une série d'articles du *Lëtzeburger Land*, est disponible en librairie au prix de 29 euros ou peut être commandé en ligne sur www.land.lu, par téléphone 48 57 57-32, courriel land@land.lu ou fax 49 63 09.



20 Jahre Wachstumsdebatte

Zukunftsprojekt weniger Rente, weniger Ausländer

Romain Hilgert

„In den vergangenen Wochen kam Schwung in die Diskussionen rund um die Thematik des Wirtschaftswachstums,“ freute sich das Mouvement écologique vergangenen Monat. Denn „Joghurtfabrik, Steinwolffabrik, Google ...“ seien „problematische Projekte, Symptome einer fragwürdigen Wirtschaftspolitik“. Deshalb würfen sie „grundsätzliche Fragen darüber auf, welche Diversifizierungspolitik wir anstreben. Insofern führten sie nicht ohne Grund zu einer Kontroverse zwischen dem Wirtschaftsminister und dem Nachhaltigkeitsminister bzw. der Umweltministerin“. Einer Kontroverse zwischen sozialistischen und grünen Politikern, an der sich auch christlich-soziale Politiker, Unternehmerverbände und Umweltschutzvereine lebhaft beteiligen wollen.

Aber Joghurt- und Steinwolffabrik oder Rechenzentrum sind nur Stichwörter, die eine Wachstumsdiskussion auslösen, die seit 20 Jahren mit wechselnden Stichwörtern jedesmal geführt wird, wenn ein Wahlkampf auf dem Höhepunkt eines Konjunkturzyklus stattfindet. Ihr Erfinder ist, wie der Erfinder so vieler Dinge in der Luxemburger Politik, der ehemalige CSV-Staatsminister Jean-Claude Juncker. Als die CSV/LSAP-Koalition nicht nur die 5/6-Pension im öffentlichen Dienst abschaffen, sondern auch die Rentenentwicklung in der Privatwirtschaft drosseln wollte, hatte er in seiner Erklärung zur Lage der Nation am 7. Mai 1997 theatralisch Panik geschürt: „Weil das alles so kommen wird, weil das

alles mit Sicherheit so kommen wird, werden wir mit Karacho gegen eine Mauer rennen. Diese Mauer wartet auf uns am 1. Januar 2015. Diese Mauer wartet auf uns in 20 Jahren“ (S. 29).

Damit war das Panikwort „Rentenmauer“ in Umlauf gesetzt worden. Es wurde zu einer Konstanten aller späteren Wachstumsdebatten, auch wenn der 1. Januar 2015 verstrich, ohne dass „wir mit Karacho gegen eine Mauer“ gerannt wären. Doch bei den Wahlen 1999 machte die „Rentenmauer“ niemandem Angst. Im Gegenteil: Weil die CSV/LSAP-Regierung mit der Abschaffung der 5/6-Pension Sozialneid gegen den öffentlichen Dienst bedient hatte, erzielte die Rentenpartei der Privatwirtschaft ADR das beste Ergebnis ihrer Geschichte, die DP gewann als Rentenpartei des öffentlichen Dienstes die Wahlen mit dem zweithöchsten Ergebnis ihrer Geschichte. Zusammen saßen sie am Rententisch, um zehnprozentige Rentenaufbesserungen zu beschließen.

Daraufhin erfand der sich übergangen fühlende Premier Jean-Claude Juncker nicht nur die *Mammerent*, sondern das bis heute unabdingbare Korollar zur „Rentenmauer“ und Herzstück alle Wachstumsdebatten: Nach dem Abschluss des Rententischs klagte er am 20. Juli 2001 resigniert, nun sei der Marsch in den „700 000-Einwohnerstaat“ endgültig besiegelt, denn er sei nötig, um die gerade beschlossenen Rentenerhöhungen zu

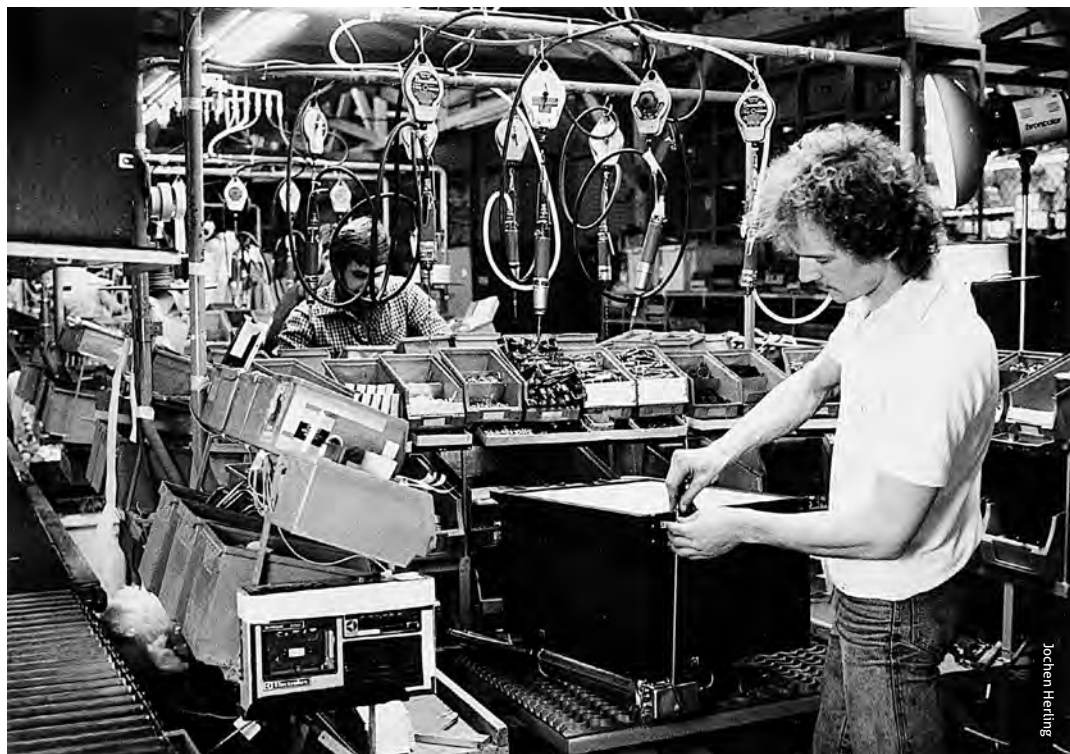
finanzieren. Ein Jahr später klagte er in seiner Erklärung zur Lage der Nation, es sei „nicht mein Traum, nicht meine Wunschvorstellungen“, dass „wir im Jahr 2020 zu mehr als 500 000“ (sic) seien und, wenn die Bevölkerung weiter wachse „im Jahr 2050 zu mehr als 700 000“ wären. Damit hatte die Wachstumsdebatte ihre bis heute gültige Form erhalten, das falsche Dilemma: zum Schutz der Luxemburger Kultur und Natur mit weniger Rente weniger Ausländer zu erkaufen. Ausländer werden mit Umweltverschmutzung durch Verkehrsstatus und Zersiedlung der Natur gleichgesetzt.

So wurde Jean-Claude Juncker zum geistigen Vater des am 12. Oktober 2002 in Bartringen gegründeten Vereins Wat fir eng Zukunft fir Lëtzebuerg?, der laut Satzung auf die „vernichtenden Auswirkungen eines maßlosen wirtschaftlichen Wachstums auf die Umwelt und die Lebensqualität der Bürger Luxemburgs“ aufmerksam machen wollte. Es war eine Nachfolgeorganisation der Bürgerinitiative gegen die Industriemülldeponie von Haebicht. An ihrer Spitze wollte der pensionierte Zahnarzt Henri Hoesch, der es bis zum Bürgermeister von Mamer gebracht hatte, nicht mehr bloß die Eigenheimsiedlungen der Selbstständigen und Beamten von Mamer gegen die Mülllast der Industrie verteidigen, sondern sämtlicher Schlafgemeinden rund um die Hauptstadt gegen Zugezogene und Grenzpendler.

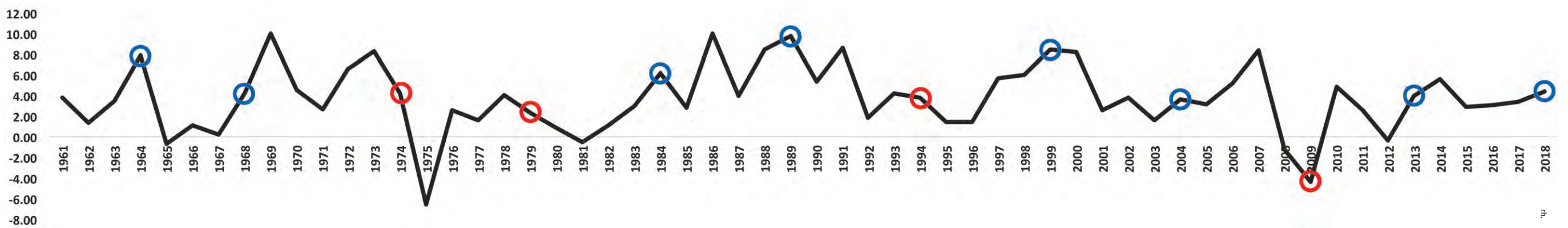
Aber Henri Hosch war nicht klüger als Jean-Claude Juncker, der sich mit Mühe an der von anderen Parteien verlangten Einberufung eines „Zukunftstisch“ vorbeidrückte. Beide hatten verschlafen, dass schon im Vorjahr als Folge der geplatzten Internetblase das Wirtschaftswachstum dramatisch abgestürzt war. Findet aber ein Wahlkampf auf dem Tiefpunkt eines Konjunkturzyklus statt, fällt die Wachstumsdebatte aus. Hosch verzichtete auf die geplante Kandidatur und im Wahlkampf wurde über die Betriebsschließungen und die Rekordarbeitslosigkeit geredet. Kurz vor den Wahlen warf CSV-Fraktionsprecher Lucien Weiler während der parlamentarischen Debatte über die Erklärung zur Lage der Nation der LSAP höhnisch vor: „Wer hat noch hier im Sommer 2002, das sind noch keine zwei Jahre her, als wir alle zusammen noch unter dem Eindruck des Wirtschaftsbooms standen, davon gesprochen, ‚die Wirtschaft ernsthaft abzubremsten‘, damit nicht zu viele Arbeitsplätze geschaffen und der Weg in den 700 000-Einwohnerstaat geebnet würde?



Konservativ-liberale Wachstumsdebatte nach den Wahlen 1999: Henri Grethen (DP), Jean-Claude Juncker (CSV), Lydie Polfer (DP)



Trotz Lärm und Gestank schürten Rezessionen die Angst vor der Deindustrialisierung



Kammerwahlen bei einem Konjunkturaufschwung (blau) und einem Konjunkturrückgang (rot) in Veränderung des Bruttoinlandsprodukts

Google, Joghurt- und Steinwolffabrik sind nur Stichwörter für eine Wachstumsdebatte, die jedes Mal geführt wird, wenn ein Wahlkampf auf einem Konjunkturmehrpunkt stattfindet

Doch während die Wahlen 2004 schon zum Zeitpunkt eines schwachen Aufschwungs abgehalten wurden, fanden die Wahlen von 2009 statt, als die Wirtschaft in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise um 4,3 Prozent schrumpfte, im tiefsten Konjunkturloch seit 1975 steckte. Der Wahlkampf handelte von Krise, Arbeitslosigkeit und Staatsfinanzen. Weil die Mittel knapp geworden waren, beschlossen CSV und LSAP im Koalitionsabkommen, als Trostpreis für das Ende des sozialen Fortschritts einen „zusammengesetzten Indikator des Wohlbefindens, der über das traditionelle BIP pro Einwohner hinausgeht“; vergangenes Jahr wurde er als *PIBien-être*. *The report* veröffentlicht.

Unter den Krisenbedingungen nahm die Wachstumsdebatte eine neue Wende. Weil die Rentenmauer nicht in Sicht war, warnte die Handelskammer im November 2009 in ihrem Haushaltsgutachten vor einer „évolution bien plus dangereuse encore, à savoir l'accroissement exponentiel de la dette implicite lié au financement à long terme du système public d'assurance pension.“ Mit Hilfe der Maastricht-Kriterien wurde die implizite Staatsschuld als neue Rentenmauer

fester Bestandteil jeder Wachstumsdebatte. Die stets damit in Zusammenhang gebrachten Überfremdungs- und Überbevölkerungsängste konzentrierten sich auf die Suche nach Lücken im europäischen Recht, um die Grenzpendler, fast die Hälfte der Erwerbstätigen, um Sozialleistungen zu betrügen. Die DP hatte in ihrem Wahlprogramm gewarnt: „Export von Kindergeld ins nahe Ausland explodiert. Weit über 250 Millionen Euro müssen jährlich aufgrund europäischer Regelungen an Familienleistungen ins nahe Ausland überwiesen werden.“ Mit dem Wohlwollen von Unternehmerverbänden erfanden CSV und LSAP Kinderbonus, *Chèques-services* und Studienbörser, die DP ein „Wohngeld“ und die Grünen einen „Ökobonus“, bei denen die Grenzpendler stets leer ausgehen sollten.

Die Wahlen 2013 fanden zwar zum Zeitpunkt eines Konjunkturaufstiegs statt, aber der Wahlkampf war auf den Sturz der CSV/LSAP-Koalition und liberale Reformen konzentriert, mit denen der CSV-Staat entstaubt und modernisiert werden sollte. Doch bei seiner Kür zum Spitzenkandidaten der CSV im Oktober 2016 ließ Claude Wiseler keinen Zweifel daran, dass er im Wahlkampf 2018 eine Wachstumsdebatte führen, das heißt malthusianistische Panik schüren wolle: Denn drei bis vier Prozent Wachstum bis 2060 bedeuteten, dass in den nächsten 40 Jahren „sechs Städte Luxemburg gebaut“ oder „jede Gemeinde verdoppelt“ werden oder „alle in den vergangenen 500 Jahren errichteten Gebäude noch einmal gebaut werden“. Zudem müssten „jeden Tag 400 000 Grenzpendler“ zur Arbeit kommen, und dann gebe es nur „noch 30 Prozent Luxemburger“ im Land. Andernfalls seien 50 Prozent der Lohnmasse als Rentenansprüche bei 24 Prozent Beiträgen nicht möglich.

Das war auch ein Angebot zu einer großen Koalition von Schwarz bis Grün, aus christlicher Verzichtsethik und ökologischem Nachhaltigkeitsgebot, die aber auch der von Wirtschaftsminister Etienne Schneider (LSAP) verbreiteten liberalen, industriefreundlicheren Variante der Wachstumsdebatte offensteht. Denn Schneiders Chefideologe Jeremy Rifkin rechtfertigt die Demontage des derzeitigen Sozialstaats mit ebenso regressiven Schwärmereien von einem vorindustriellen, mittelständischen oder substistenzwirtschaftlichen IT-Biedermeier.

CDU/CSU in Deutschland: Merkels Erbe wird vorbereitet

Die konservative Revolution

Martin Theobald, Berlin

Alexander Dobrindt, ehemals Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, strammes CSU-Mitglied und ebensolcher Bayer, hat sie eingefordert: die konservative Revolution. Dobrindt ging in seinem philosophischen Parforceritt zu Jahresanfang davon aus, dass auf die linke Revolution der Eliten eine konservative Revolution der Bürger folge. „Wir unterstützen diese Revolution und sind ihre Stimme in der Politik“, schrieb er Anfang des Jahres in der Tageszeitung *Die Welt*, und etikettiert dies eben als konservative Revolution – einem Begriff, der er bewusst oder unbewusst verwendete. Schon in der Weimarer Republik wurde dieser Kampfbegriff verwandt. Nach dem Zweiten Weltkrieg war es schließlich der Schweizer Armin Mohler, der als Vordenker der Neuen Rechten gilt. Heute dient die Formulierung der Konservativen Revolution vor allen Dingen der Reinwaschung der deutschen Rechten vom Nationalsozialismus.

Bundeskanzlerin Angela Merkel mag diesem Ansinnen nicht so recht folgen. Doch ist ihr bewusst, dass sie mit ihrem Kurs der politischen Mitte am rechten Rand des Spektrums eine Lücke aufriss, die die Alternative für Deutschland mit Populismus füllt. Um ihr politisches Erbe zu sichern, richtet sie die Partei personell und damit auch programmatisch neu aus: Annegret Kramp-Karrenbauer und Jens Spahn sollen der Christdemokratischen Union Deutschlands neues Format und neue Inhalte geben.

Spahn gehört seit zwei Jahren zu den bekanntesten Kritikern der Flüchtlingspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Er warnt gerne vor islamischen Machos, fordert ein Islamgesetz und veröffentlichte Mitte Februar Fotos im Internet, die ihn beim Wiener Opernball zeigten, wo er sich mit dem konservativen österreichischen Kanzler Sebastian Kurz ablichten ließ. Seine Botschaft in die Partei hinein ist eindeutig: Die deutsche Gesellschaft muss sich mit den Folgen von allzu unregelter Zuwanderung beschäftigen. Und diese gesellschaftliche Auseinandersetzung kann nur die Abschottung als Antwort haben: „Wir müssen die Zahl der zu uns Kommenden spürbar reduzieren, weil wir sonst die deutsche Gesellschaft überfordern.“

Spahn selbst gehört zu den jüngeren Politikern in den vorderen Reihen der CDU, er ist in der Bundespolitik ebenso etabliert wie in den Fernseh-Talkshows. Dort nie um einen markanten Spruch verlegen. Seit 2002 holt er stets das Direktmandat in seinem Wahlkreis an der deutsch-niederländischen Grenze. Seit vier Jahren ist er Mitglied im Präsidium der CDU und damit im engeren Führungskreis der Partei. Hier nimmt er die Position des Kritikers und Rechtsauslegers ein, der es schafft, Macht zu organisie-

Mit den Personalien Jens Spahn und Annegret Kramp-Karrenbauer hat Kanzlerin Angela Merkel zwei Versuch-Ballons steigen lassen, um die Stimmung in der Partei einzuschätzen



Die neue Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer und Angela Merkel auf der Klausurtagung des CDU-Bundesvorstands

ren – im rechten Flügel der Christdemokraten. Schon bei seiner Wahl ins Präsidium stach er in einer Kampfabstimmung Hermann Gröhe aus – nun übernimmt er von ihm das Bundesgesundheitsministerium. Damit schlägt Merkel zwei Fliegen mit einer Klappe: Zum einen bedient sie so die Rechtsaußen in ihrer Partei, zum anderen zwingt sie Spahn in die Kabinettsdisziplin. Spahn selbst ficht das nicht an. Er hat gelernt, dass er mit seinem selbstbewussten, ehrgeizigen und klar konservativen Kurs, als katholisch, wertkonservativ und schwul weiterkommt. Nicht nur in der Partei.

Katholisch und wertkonservativ – dies sind wohl zwei der wenigen Gemeinsamkeiten von Jens Spahn und Annegret Kramp-Karrenbauer. Beim Ego steckt die Saarländerin ganz klar zurück: „Generell ist mein Eindruck, auch in der Zusammenarbeit mit Kolleginnen, ob auf Bundes- oder Landesebene, dass es nicht wichtig ist, wer den größten Apparat, das größte Auto oder den größten Schreibtisch hat“, sagte sie einmal. „Das wird alles etwas anders gesehen, als das – nicht bei allen Männern – aber bei dem ein oder anderen der Fall ist.“ Kramp-Karrenbauer wird gerne unterschätzt. Sie wurde mit 38 die erste Innenministerin eines deutschen Bundeslands, mit 48 dann Ministerpräsidentin.

Beide sollen werden nun das Geschick der CDU bestimmen und sich beim politischen Erbe von Angela Merkel ein großes Stück abschneiden dürfen. Kramp-Karrenbauer hat dabei leichteres Spiel, denn sie braucht nur wenig, um aus dem Schatten ihres blassen Vorgängers im Amt des CDU-Generalsekretärs zu treten. Dazu hat sie die Richtung bereits vorgegeben. Binnen Jahresfrist möchte sie ein neues Parteiprogramm für die Christdemokraten erarbeiten. Ein wichtiges Projekt, mit dem sie sich in ihrem Amt profilieren und gegen die ehrgeizige Julia Klöckner, künftige Agrarministerin, durchsetzen muss. Denn auch die Rheinland-Pfälzerin läuft sich warm, um ihr bundespolitisches Profil zu schärfen und sich für größere Aufgaben zu empfehlen. Mit den Personalien Spahn und Kramp-Karrenbauer hat Merkel zwei Versuch-Ballons steigen lassen, um die Stimmung in der Partei einzuschätzen und damit deren künftigen Weg besser bestimmen zu können, ob es gelingt am rechten politischen Rand der Alternative für Deutschland das Wasser abzugraben oder diese gar einzuhegen. Zudem holt sie mit Spahn einen konservativen Gegenpol zum künftigen Heimatminister Horst Seehofer (CSU) an ihren Kabinettstisch. Wichtiger aber ist, dass es mit Kramp-Karrenbauer kaum eine konservative Revolution in ihrem eigentlichen Sinne geben wird.

L'Union européenne en désintégration ?

Tensions Est-Ouest

Mirel Bran, Bucarest

Après le casse-tête du Brexit l'Union européenne (UE) se trouve confrontée à un autre défi : une tendance de désintégration en Europe centrale et orientale. En 2004, l'UE avait ouvert les portes à dix nouveaux membres situés dans l'ancien bloc communiste. Un mouvement d'intégration qui s'est achevé avec l'adhésion de la Roumanie et de la Bulgarie en 2007, suivie par la Croatie en 2013. Mais, depuis quelques années, les démons du passé se sont à nouveau réveillés. L'État de droit est mis en cause de Varsovie à Bucarest en passant par Budapest. « Le Brexit a été un choc pour tous, mais des pays membres comme la Pologne sont perçus à Bruxelles comme un danger plus important pour la cohésion européenne », daclarait la commis-

saire polonaise au Marché intérieur et à l'Industrie, Elzbieta Bienkowska, le 8 septembre 2017.

C'est dans ce contexte de plus en plus tendu entre l'Ouest et l'Est de l'Europe qu'a eu lieu un Conseil européen le 24 février. L'Europe occidentale chercher une stratégie pour pousser les pays de l'Europe centrale à respecter l'État de droit. Les dérapages les plus sévères ont eu lieu en Pologne où le parti de droite Droit et Justice a gagné quarante pour cent des suffrages en 2015, ouvrant la voie à des politiques conservatrices de plus en plus en désaccord avec les valeurs européennes. La presse d'opposition a été muselée et des soi-disant réformes de la justice ont limité drastiquement l'indépendance des

magistrats. « Les réformes judiciaire en Pologne signifient que la justice est désormais sous le contrôle de la majorité au pouvoir, a indiqué la Commission européenne dans un communiqué de presse rendu public le 20 décembre 2017. En absence d'indépendance judiciaire, de graves questions ont été soulevées quant à l'application du droit européen. »

Le même jour, Bruxelles a pris la décision d'activer pour la première fois l'article 7 du Traité européen de Lisbonne à l'encontre de la Pologne. Surnommé « l'option nucléaire » cet article permet la suspension du droit de vote de Varsovie au Conseil européen, à condition qu'il soit voté à l'unanimité par les autres 26 membres de l'UE. La Pologne dispose

À l'Ouest de l'Europe, on réfléchit déjà à des moyens pour sanctionner les excès antidémocratiques des pays de l'Europe centrale et orientale

de trois mois pour adopter les recommandations de la Commission, mais elle s'y refuse. « La Pologne ne cédera à aucun chantage de la part de l'Union européenne, avait déclaré la Première ministre de l'époque Beata Szydlo. Nous ne participerons pas à la folie des élites bruxelloises. » Le son de cloche des discours antieuropéens frappe aussi plus à l'Est, dans la Hongrie voisine dirigée depuis 2010 par le Premier ministre ultranationaliste Viktor Orban. « Celui qui attaque la Pologne attaque toute l'Europe centrale, a-t-il déclaré aussitôt après la décision de Bruxelles. C'est l'intérêt de la nation hongroise d'être solidaire des Polonais et de faire en sorte qu'aucune sanction de l'UE ne puisse aboutir contre eux. »

Viktor Orban s'oppose aussi farouchement aux politiques européennes sur l'immigration et, à l'instar de ses voisins polonais, a lui aussi muselé la presse d'opposition et restreint le pouvoir des magistrats. « La politique migratoire européenne ne fonctionne pas, c'est un échec spectaculaire, a affirmé Viktor Orban le 3 janvier après avoir reçu à Budapest le nouveau Premier ministre polonais

Mateusz Morawiecki. Il est clair que les peuples européens ne veulent pas d'immigration, même si plusieurs dirigeants continuent à promouvoir cette politique qui a échoué. »

Encore plus à l'Est, en Roumanie, on retrouve la même guerre entre les hommes politiques et les magistrats. Le 22 février, le ministre de la Justice Tudorel Toader a demandé la démission de Laura Codruta Kovesi, la cheffe du Parquet national anticorruption, qui a envoyé derrière les barreaux des centaines d'hommes politiques de haut rang. L'attaque du ministre de la Justice contre les procureurs anticorruption remet en question l'État de droit en Roumanie et inquiète Bruxelles. « Nous assistons à une attaque contre la justice, a déclaré Laura Codruta Kovesi. Il s'agit de mettre à genoux l'État roumain et à humilier ses citoyens. Je n'ai aucune raison de démissionner, j'ai toujours respecté la loi. » Un point de vue qui est partagé par le chef de l'État, le libéral d'origine allemande Klaus Iohannis et dernier rempart contre les dérapages antidémocratiques du gouvernement social-démocrate.

À l'Ouest de l'Europe, on réfléchit déjà à des moyens pour sanctionner les excès antidémocratiques des pays de l'Europe centrale et orientale. La commissaire européenne à la Justice, la Tchèque Vera Jourova, a annoncé le 24 janvier qu'elle s'est vue confier la mission de proposer un projet sur la nécessité de respecter l'État de droit pour pouvoir bénéficier de financements européens dans le cadre du prochain budget de l'UE 2021-2027. « Il serait de bon sens de suspendre le versement de certains fonds quand des gens ne respectent pas les règles de base que sont nos valeurs », a déclaré le Président français Emmanuel Macron lors du dernier Conseil européen. Une idée qui gagne rapidement du terrain en Europe de l'Ouest.

A black and white photograph of a person's hands holding a newspaper. The newspaper's masthead features the word 'land' in large, bold, yellow letters. Below it, there is a small image of a person and some text. The person reading the newspaper is partially visible in the foreground, wearing glasses.

Plus de hauteur

Découvrez le Lëtzebuurger Land en vous abonnant gratuitement durant un mois.

land@land.lu
www.land.lu
téléphone 485757-1

.....

1

ticker

.....

Asymmetrische Kriegsführung

Diese Woche wurde die „bereinigte“ Version der Kommissions-Entscheidung vom 4. Oktober 2017 veröffentlicht, Luxemburg müsse bei Amazon Steuern für die Jahre 2006 bis 2014 nachfordern. Ein Betrag wird in der Entscheidung nicht genannt – es obliegt der Luxemburger Steuerverwaltung zu berechnen, wie hoch die Nachzahlung ausfallen wird.

Dass sich die EU-Kommission richtig bemüht, dem Online-Händler Amazon auf die Pelle zu rücken, kann man nicht nur daran erkennen, dass der Bericht über 200 Seiten lang ist. Sondern auch am Ablauf der Geschehnisse, dem Austausch zwischen EU-Kommission, der Luxemburger Regierung und Amazon, der sich über drei Jahre hinzog und bis auf die letzte Sitzung dokumentiert ist. Der erste Briefwechsel zeigt, dass die EU-Wettbewerbschützer zunächst einen völlig anderen Ansatz verfolgten, als den, mit dem sie vergangenen Herbst ihre Entscheidung argumentierten.

Am 24. Juni 2014 nämlich, also vor der Veröffentlichung der Luxleaks-Akten, verlangte die EU-Kommission von Luxemburg zu bestätigen, welches Ausmaß die Aktivitäten des Konzerns in Luxemburg hätten, und wie groß die Steuervergünstigung für Amazon durch den Gebrauch der Luxemburger IP-Box sei. Da Amazon nicht von der Luxemburger IP-Box Gebrauch gemacht hat, um seine Steuern zu „strukturieren“, schickte die Regierung Amazons Antrag auf ein Ruling aus dem Jahr 2003 sowie den Bescheid, dass der Antrag angenommen sei, nach Brüssel.

Kein IP-Box-Gebrauch – demnach musste die Kommission umsatteln. Da es die mittlerweile aufgelöste Holding (LuxSCS genannt) und nicht die operationelle Firma (LuxOpCo) war, in der sich die Gewinne von Amazon aus dem EU-Geschäft ansammelten, hätte sie gerne zu dieser ermittelt. Doch um deren Besteuerung ging es im Ruling gar nicht, wie die Kommissionsbeamten feststellen mussten. Denn LuxOpCo wurde in Luxemburg ohnehin nicht besteuert. In der Fußnote Nummer 119 fassen die Beamten das ganze Problem der Besteuerung von US-Unternehmen in Europa zusammen: „En raison du traitement de LuxSCS comme entité fiscalement transparente au

Luxembourg, les redevances versées à LuxSCS par LuxOpCo ne sont pas considérées comme des revenus imposables de LuxSCS au Luxembourg, mais comme des revenus imposables de ses associés aux États-Unis. De plus, depuis le 1er janvier 2004, le Luxembourg n’a prélevé aucune retenue à la source sur les redevances sur des actifs incorporels versées à des bénéficiaires non résidents. En conséquence, aucun impôt n’est prélevé par le Luxembourg sur les bénéfices de LuxSCS. En revanche, comme les États-Unis ne considèrent pas LuxSCS comme fiscalement transparente, mais plutôt comme une entité distincte résidant au Luxembourg, l’imposition des associés de LuxSCS aux États-Unis peut être différée indéfiniment, tant qu’aucune part de bénéfice de LuxSCS n’est rapatriée aux États-Unis. Le traitement fiscal différent de LuxSCS au Luxembourg (fiscalement transparente) et aux États-Unis (non transparente fiscalement) est donc dû à ce qui est appelé l’asymétrie hybride; c’est-à-dire une différence dans les réglementations fiscales du Luxembourg et des États-Unis en matière de caractérisation de l’entité.“



Im strittigen Ruling ging es darum, die Gebühren für die Nutzung des geistigen Eigentums festzulegen, welche die in Luxemburg zu steuernde operationelle Firma (LuxOpCo) der in Luxemburg nicht besteuerten Holding (LuxSCS) zahlen sollte. Je höher die Gebühren, desto geringer der in Luxrmburg besteuerte Gewinn von LuxOpCo, und umso höher der unbesteuerte Gewinn, der sich bei der fiskalisch transparenten Holding ansammelte. Daher bemühte sich

die Kommission zu belegen, dass die Gebühren zu hoch waren. Wichtiger als die zur Verfügung gestellte Technologie, für deren Gebrauch die Gebühren verrechnet wurden, argumentiert die Kommission, seien für den Erfolg einer Handelsplattform das Produktsortiment, niedrige Preise und die Nutzungs- und Bedienungsfreundlichkeit der Webseite. Um das zu belegen, stützt sie sich unter anderem auf die Angaben eines auf eigenen Wunsch anonymen Amazon-Konkurrenten und zitiert Amazon-Verantwortliche mit einzelnen Aussagen wie: „you know, we are a very physical business at the end of the day“.

Eine Zeitlang sah es so aus, als bekomme die EU-Kommission Schützenhilfe von den Steuerbehörden aus den USA, beziehungsweise der Inland Revenue Service (IRS) werde dafür sorgen, die in Luxemburg angesammelten Milliarden aus dem EU-Geschäft in die USA zu repatriieren. Denn der IRS fand seinerseits, dass dem Nutzungsabkommen für die Amazon-Technologie, das der Mutterkonzern mit der Luxemburger Holding vereinbart hatte, eine falsche Bewertung zugrunde lag. Deshalb forderte er von Amazon in den USA 1,5 Milliarden Dollar an Steuern nach. Doch der Federal Tax Court folgte der Argumentation des IRS nicht und gab Amazon recht.

Also musste die EU-Kommission wieder selbst Argumente finden, um Amazons Luxemburger Steuerbescheid in Zweifel zu ziehen. Ähnlich wie im Fall Fiat zieht sie die darin eingesetzte Methode zu Berechnung der Transferpreise in Zweifel – also die zwischen den Amazon-Firmen verrechneten Gebühren zur Nutzung der Technologie, die darauf hinauslaufen, dass der in Luxemburg versteuerte Gewinn immer unterhalb von 0,55 Prozent des verzeichneten Umsatzes bleibt.

Luxemburg hat gegen die Kommissionsentscheidung Berufung vor dem Europäischen Gerichtshof eingelegt. Mit dem Argument, das Amazon-Ruling sei keine selektive Maßnahme und entspreche deswegen nicht den Kriterien einer illegalen Staatsbeihilfe. Das Argument Amazons, andere Firmen hätten ebenfalls Rulings beantragt und bekommen, lässt sie nicht gelten. Als Vergleichsrahmen steckt sie die Luxemburger Steuerverordnung ab, setzt Amazon damit gleich mit Firmen, die weder international noch in einer Firmengruppe tätig sind und daher

überhaupt keine Transferpreise zu berechnen haben, welche die Steuerverwaltung absegnen müsste.

In den USA hat der IRS Berufung eingelegt. Im Jahresbericht 2017, den Amazon laut US-Börsenvorschrift veröffentlicht hat, heißt es dazu: „Although we believe our tax estimates are reasonable, the final outcome of tax audits, investigations, and any related litigation could be materially different from our historical income tax provisions an accruals.“

Wie sich die Steuerreform von US-Präsident Donald Trump, durch die der Körperschaftsteuersatz in den USA von 35 auf 21 Prozent sinkt, auswirkt, analysiert Amazon derzeit noch. Die in der Reform vorgesehe einmalige Zahlung auf Einkommen im Ausland, schreibt Amazon im Bericht, „is not material“. Amazon hat vergangenes Jahr 957 Millionen Dollar an Steuern gezahlt. Wie viel davon in Luxemburg, ist nicht zu sagen, bis die Jahresberichte beim Luxemburger Handelsregister hinterlegt sind. ms

Kreide gegessen?

Robert van de Weg, unabhängiger Berater in Sachen Luftfracht, wurde diese Woche im *Luxemburger Wort* in Bezug auf die chinesischen Aktionäre der Cargolux von HNCA wie folgt zitiert: „Ich muss sagen, das mit China lief bisher besser als ich es erwartet hatte.“ Van de Weg hatte sich als Cargolux-Direktionsmitglied vehement gegen den Einstieg von HNCA bei der Gesellschaft gewehrt, unter anderem weil es in Zhengzhou keine Fracht gebe. Er kündigte deshalb und wechselte zum Konkurrenten ABC. Seinen höchst mediatisierten Abgang bewerteten viele HNCA-Kritiker innerhalb und außerhalb der Firma als unüberwindbaren Verlust für die Frachtgesellschaft. Vier Jahre später erweist sich HNCA als ziemlich diskreter Aktionär und Cargolux feiert auf der Zhengzhou-Route einen Tonnage-Rekord nach dem anderen. ms

Vif encouragement

Nach monatelangen Ermittlungen und Treffen mit Bankdirektoren im Rahmen der öffentlichen Petition um die Bankgebühren, kommt Finanzminister Pierre Gramegna (DP) zum Schluss, dass die

rue Peternelchen, Howald, c’est l’adresse des sièges de Promobe et d’lkogest, c’est-à-dire les sociétés des promoteurs in bisbille Flavio Becca et Eric Lux. (Sans oublier de Genii Capital, la firme du *venture capitalist* Gérard Lopez.) Aujourd’hui, vendredi 2 mars, à la brasserie Sieweburen aurait dû avoir lieu la vente aux enchères de ce building de cinq étages (5 284 mètres carrés) emblématique de l’histoire économique récente. « La vente publique aura lieu à la requête du créancier premier inscrit », notait l’annonce. Or, d’après le responsable en communication de Flavio Becca, la vente aux enchères aurait été suspendue – les parties seraient « en train de s’arranger ». Cela ressemble à un énième épisode de l’imbroglio judiciario-financier qui oppose deux promoteurs dont l’union au sein du systémique Olos Fund aura été de courte durée. bt

Tarifstruktur der Banken nicht nachvollziehbar ist. In einer Mitteilung lobt er deren Entgegenkommen gegenüber älteren Kunden und solchen mit eingeschränkter Mobilität, aber „je les encourage vivement à mettre en avant ces offres de manière plus transparente et proactive“. Kein Wunder, dass die Verbraucherschutzunion ihrerseits die von Gramegna geführten Gespräche als Maßnahme gegen die „horrenden“ Tarife unzureichend findet und weiter mobilisieren will. ms



L’autre Luxembourg

La Compagnie des notaires de la province de Luxembourg a présenté cette semaine le bilan des transactions immobilières de 2017. À cause de sa proximité avec le Luxembourg (l’État), la croissance est beaucoup plus forte en Luxembourg (la province) que dans le reste de la Belgique : 5,4 pour cent contre 2,5 pour cent pour la Belgique prise dans son ensemble (les prix ont même chuté de 2,7 pour cent à Namur et de 2,5 pour cent dans le Brabant wallon). C’est le long de la frontière avec le Grand-Duché que les prix atteignent leurs sommets. C’est le village rural d’Attert qui mène le classement : une maison y coûte en moyenne 281 576 euros. De l’autre côté de la frontière, le prix tourne autour de 600 000 euros, soit le double. bt

Kinopolis

Le groupe Kinopolis a présenté cette semaine ses résultats pour 2017. On y apprend que dans les trois multiplexes luxembourgeois (qui ne comptent que pour 4,4 pour cent des revenus totaux du groupe), le nombre de spectateurs est tombé de 1,052 à 1,044 million entre. Le bénéfice avant intérêts et impôts est par contre en hausse, passant de 3,6 à 5,3 millions, ce qui devrait surtout être lié à la mise en location du rez-de-chaussée du complexe sur l’avenue Kennedy. Face au Quotidien, Eddy Duquenne, le

directeur général de Kinopolis, expliquait que la fréquentation était stable au Limpertsberg, en hausse à Belval et en berne au Kirchberg. bt

Wir werden alle älter

Einwanderer und Grenzpendler bewahren Luxemburg nicht länger vor dem demografischen Wandel, hat das Sozialforschungsinstitut Liser anhand von 19 Indikatoren festgestellt. Bis Mitte der 2000-er nahm das Durchschnittsalter der beruflich Aktiven langsamer zu als das der Gesamtbevölkerung, weil Grenzpendler und Zuwanderer relativ jung waren. Doch 2017 war der Anteil 15- bis 34-Jähriger unter den Genzpendlern mit 30,6 Prozent nur halb so hoch wie die 61,4 Prozent im Jahr 1994. Zugewanderte in Luxemburg und ansässige Aktive waren 1994 zu 55,8 Prozent zwischen 15 und 34 Jahre alt, dagegen zu 30,8 Prozent im vergangenen Jahr. Der Anteil der über 55-Jährigen an den Grenzpendlern wuchs zwischen 1994 und 2017 um das 3,6-fache, bei den ansässigen Zuwanderern um das 2,5-fache, bei den ansässigen Luxemburgern nur um den Faktor 1,9. pf

Collateral damage?

Die Luxemburger Filiale der ABLV Bank wird gerade zum ersten Beispiel der Entmachtung der lokalen Behörden durch die Europäische Bankenunion. Denn der europäische Bankenregulatoratsrat entschied, sowohl das Mutterhaus in Lettland als auch die Filiale nicht zu retten. Demnach muss der Luxemburger Einlagensicherungsfonds einspringen, um die Kunden der Bank zu entschädigen, dies obwohl die Luxemburger ABLV solvent sein soll. Der Fall zeigt auch, dass die europäische Bankenaufsicht nicht so kugelsicher ist, wie versprochen. Die ABLV unterliegt der direkten Kontrolle durch die EZB, doch die ist nicht dafür zuständig, die Geldwäschebestimmungen durchzusetzen, obwohl Probleme mit Geldwäsche – wie sich nun herausstellt – eine Bank in den Ruin führen können. So hat das US-Finanzministerium, durch seine (von der Bank bisher bestrittenen) Geldwäschevorwürfe eine Bank in die Insolvenz geschickt, über deren Wohl die EZB wachen sollte. ms

Auf den sinkenden Bierkonsum reagieren die beiden großen Brauereien Diekirch und Bofferding unterschiedlich



Wenn die neue Brauerei in Diekirch Ende des Jahres den Betrieb aufnimmt, soll auch das neue 0,0 dort gebraut werden

Nabblabs und Nolos

Michèle Sinner

Zwei Wochen, zwei neue Biersorten – vergangenen Mittwoch stellte Diekirch sein „0,0“ alkoholfreies Bier vor. Diesen Mittwoch enthielt Bofferding das neue Battin Brune mit einem Alkoholgehalt von 7,2 Prozent. Obwohl die beiden neuen Luxemburger Biersorten am entgegengesetzten Ende der Skala liegen, was ihren Alkoholgehalt betrifft, sind sie eine Reaktion der Brauereien auf die gleiche Entwicklung: Es wird weniger Bier getrunken. „Du café au canapé“ nennt Arnold Blondeel, Direktor der Brauerei Diekirch, die Verlagerung. Die Verbraucher trinken weniger beim Wirt und dafür mehr zuhause. Um zwischen 3,5 und vier Prozent sei der Bierkonsum im Gaststätten- und Restaurantgewerbe vergangenes Jahr gefallen, berichtet Georges Lentz von Bofferding, dafür sei er zuhause um vier bis fünf Prozent gestiegen, wie die Brauer an den Verkaufszahlen aus dem Einzelhandel wissen. Zu einem Ausgleich führt das dennoch nicht. „In der Wirtschaft trinken die Leute mehr als daheim“, erklärt Lentz.

Wie sich die veränderten Trinkgewohnheiten in den vergangenen Jahrzehnten ausgewirkt haben, zeigen die Angaben des Statec zum lokalen Brauereigewerbe: Wurden 1975 noch 805 068 Hektoliter Bier in Luxemburg gebraut, waren es 2000 438 423 Hektoliter. Die Verkäufe fielen im gleichen Zeitraum von 787 201 auf 418 239 Hektoliter. Was die Situation für die einheimischen Brauereien darüber hinaus erschwert, sind die gestiegenen Bierimporte. „Die Hälfte des in Luxemburg verkauften Biers wird importiert“, sagt Lentz. Lediglich 44 247 Hektoliter Bier wurden 1975 nach Luxemburg importiert, während 373 953 exportiert wurden. 2000 begann das Verhältnis zwischen Im- und Export zu kippen und vergangenes Jahr wurden 307 605 Hektoliter importiert, während 130 016 exportiert wurden. „Der Trend ist ganz klar: Es gibt leichteres

Bier und es gibt stärkeres Bier und dazwischen, da gibt es ein Problem“, so Lentz.

Bei AB Inbev, dem weltweit größten Brauereiunternehmen, zu dem auch Diekirch gehört, setzt man auf leichtes, beziehungsweise alkoholfreies Bier. Bis 2025 will die Gruppe 20 Prozent des Umsatzes mit so genannten Nabblabs oder Nolos (*non-alcoholic or low-alcoholic beers*) machen. AB Inbev ist nicht der einzige große Bierkonzern, der in diese Richtung denkt. Heineken hat vergangenes Jahr mit Heineken 0,0 ebenfalls eine alkoholfreie Version einer der weltweit bekanntesten Biermarken überhaupt auf den Markt gebracht. AB Inbev setzt auf leichtere Versionen seiner lokal starken Marken. Denn wie Blondeel erklärt, gilt das konzernübergreifende Ziel jeweils für alle Märkte, in denen der Konzern aktiv ist. Damit reagiere man auf die Konsumentennachfrage, sagt Blondeel. Insgesamt hätten sich die Ernährungsgewohnheiten der Verbraucher aus Sorge um die eigene Gesundheit verändert. „Das ist auch eine Frage der Generationen“, führt er aus. Besonders „Millenials“ würden sich bewusster ernähren. Dazu gehört auch ein eingeschränkter Alkoholkonsum.

Ob es auf den Erfolg jahrzehntelanger Kampagnen gegen Alkohol- und Drogenmissbrauch oder zur Sensibilisierung in Bezug auf die Folgen von Übergewicht zurückzuführen ist? Oder darauf, dass die jungen Leute fast alles, was sie unternehmen mit ihren Smartphones in Bild und Video auf sozialen Netzwerken für die Ewigkeit festhalten und sich so nach einem überstandenen Kater allzeit vergegenwärtigen können, was sie angetrunken alles angestellt haben und so ständig unter Kontrolle sind? Auf jeden Fall ist das Image alkoholfreien Biers dabei, sich zu wandeln. Ein solches Bier in der Hand eines erwachsenen Mannes wäre bis vor kurzem als Hinweis auf

überwundenen Alkoholismus gewertet worden. In der Hand einer Frau als Beleg für eine Schwangerschaft. Warum würde sonst jemand Bier ohne Alkohol trinken, ein Ersatzprodukt? Doch Umfragen zeigen, dass es zunehmend als eigenständiges Produkt angesehen wird, das nicht aus Verichtsgründen getrunken wird. Das Marktforschungsinstitut Mintel veröffentlichte rechtzeitig zum Auftakt des vergangenen Oktoberfests in der Bierhauptstadt München neue Umfrageergebnisse, die zeigen, dass drei von zehn jungen Menschen finden, Bier ohne Alkohol schmecke ihnen genauso gut wie richtiges Bier. Dem Statistikdienstleister Statista zufolge tranken vergangenes Jahr mehr als zehn Millionen Deutsche im Alter von über 14 Jahren alkoholfreies Bier, fast zehn Prozent mehr als noch im Vorjahr. In Spanien, sagt Blondeel, würden bereits jetzt 20 Prozent des Umsatzes mit Nabblabs erzielt und in Deutschland seien es zehn Prozent.

Gesicherte Statistiken darüber, wie viel leichtes oder alkoholfreies Bier in Luxemburg getrunken wird, gibt es nicht. Georges Lentz schätzt den Anteil alkoholfreien Biers am Umsatz insgesamt auf zwischen drei und fünf Prozent. Blondeel meint, es seien zwischen zwei und 2,5 Prozent. Blondeel sieht deshalb großes Wachstumspotenzial in diesem Bereich. Zweieinhalb Jahre hat sein Braumeister Marc Böttner am Rezept gedoktort und experimentiert. Zusammen mit dem Konzern wurde ein neuer Herstellungsprozess entwickelt und patentiert, der es ermöglichen soll, ein Getränk zu brauen, das wie Bier schmeckt, aber dennoch keinen Alkohol enthält. Denn bisher, erklärten Blondeel und Böttner vergangene Woche bei der Vorstellung des 0,0, habe man entweder den Brauprozess unterbrochen, um zu verhindern, dass bei der Gärung Alkohol entsteht. Oder normales Bier gebraut und es dann entalkoholisiert, wobei meist der „Biergeschmack“ verloren ging. Das

Ein alkoholfreies Bier gilt jungen Generationen nicht mehr als Hinweis auf Alkoholismus oder Schwangerschaft

Rezept ist den „Luxemburger“ Biergeschmacksvorlieben angepasst, also bitterer als belgisches Pils, aber nicht so bitter wie deutsches. Momentan wird es in Löwen gebraut, doch wenn die neue Diekirch-Brauerei im vierten Quartal dieses Jahres den Betrieb aufnehmen soll, werde auch das 0,0 dort hergestellt.

Goerges Lentz warnt davor, ein alkoholfreies mit einem richtigen Pils zu vergleichen. „Da werden Sie enttäuscht sein.“ In seinen Augen, ist das kein Bier, sondern ein „Malzgetränk“, da ein Bier per Definition mindestens 1,2 Prozent Alkohol enthalten müsse. Dass Bofferding mit seinem neuen Produkt Battin Brune auf ein Starkbier setzt, das man, so wird es in der Werbekampagne empfohlen, zu Gänsestopfleber, zu Brie-Käse oder zu Schokoladenkuchen trinken soll, hat mehrere Ursachen. Zum einen ist da die Verbrauchertendenz, wenn überhaupt getrun-

ken wird, zu so genannten *Bières de dégustation* zu greifen. Dass dies ein Wachstumsgebiet ist, bestätigt auch Blondeel. Im Segment Spezialbiere, zu denen Diekirch Grand Cru, aber auch Leffe und andere Biere aus dem Inbev Konzern gehören, hat Diekirch im vergangenen Jahr ein Plus von 23 Prozent verzeichnet.

„Die Produktion“, wendet Lentz zudem ein, „ist kompliziert.“ Um alkoholfreies Bier herzustellen, das nicht nach süßem Malzgetränk schmecke, werde oft auf Zusatzstoffe zurückgegriffen, und solche verwende die Bofferding-Brauerei beim Brauprozess keine. Dass der Marktanteil für alkoholfreies Bier in Luxemburg bisher so klein ist, wertet Lentz als Zeichen dafür, dass kein dringender Bedarf besteht, alkoholfreies Bofferding oder Battin zu entwickeln. Lentz kann den Markteintritt des Konkurrenten aber auch deshalb gelassen sehen, weil der Munhowen-Getränkehandel, der zur Firmengruppe gehört, den Vertrieb für Clausthaler und alkoholfreies Erdinger auf Luxemburger Gebiet abdeckt. Dadurch sichert sich die Gruppe 60 Prozent am Umsatz alkoholfreien Biers, ohne selbst welches zu brauen.

Mit dieser Gewissheit im Rücken kann Bofferding auf eine andere Marketing-Strategie setzen. Während das 0,0 von Diekirch in einer brandneuen Bar in den Rives de Clausen zu aus Lautsprechern dröhnenden Bässen vorstellte und dazu Carpaccio-Häppchen servierte, wurde die Battin Brune in der Brauerei-eigenen Kneipe in Niederkerschen verköstigt, wo allerlei Brimborium des lokalen Fußballvereins die Wände zierte. Bürgermeister und Chefpatriot Michel Wolter (CSV) half die nächste Ladung Brune zu starten und erzählte am Tresen, für das Kulturjahr 2022 wünsche er sich ein großes Bier-Event. Dazu gab es (weiße) gebutterte Brote mit Aufschnitt, Schinken und Wurst mit Essiggurken.



La disparition de surfaces agricoles au Luxembourg (ici sur le Kaltreis avec vue sur le Ban de Gasperich) a été surcompensée par l’achat et la location de terres en France, Belgique et en Allemagne. Les paysans grand-ducaux y exploitent actuellement 7 800 hectares

Bernard Thomas

Kaliningrad Cowboys En 2017, trois paysans luxembourgeois se sont associés pour acheter un domaine agricole digne d'un junker prussien : 720 hectares dans l'oblast de Kaliningrad, cette enclave russe coincée entre la Pologne et la Lituanie. Les agriculteurs y voient le dernier moyen pour s'échapper de ce qu'ils perçoivent comme « une île des restrictions » européenne. De toute manière, au Luxembourg, les terrains seraient devenus inaccessibles, les promoteurs et l'État rachetant les derniers lopins de terre en zone verte à prix d'or. Le nouveau *Far West* des capitalistes agricoles se situe à l'Est. En Russie, de vastes étendues tombent en friche. Leur production de grains, les trois paysans grand-ducaux ne pourront l'exporter vers l'UE ; ils devront l'écouler sur le marché russe. Or, suite aux sanctions européennes, la demande y reste forte. Au quotidien, le travail dans la Baltique sera assuré par des locaux, supervisés par des ouvriers agricoles délégués du Luxembourg sur place.

En Russie, les paysans luxembourgeois toucheront zéro subvention européenne. Mais, nous explique un des investisseurs, ils pourront y produire avec « moins de restrictions » : « Aucun problème pour couper des haies ! Notre bénéfice sera ce que nous produirons ». Il évoque le paysan-entrepreneur allemand Stefan Dürr, qui s'était installé en Russie à la fin des années 90 et que les médias allemands qualifient aujourd'hui de « Bauer für Putin ». Avec un chiffre d'affaires de 130 millions d'euros et des terres agricoles de 300 000 hectares, Dürr est devenu le premier producteur agricole en Russie. Toujours est-il que la proximité relative de l'enclave russe (à une quinzaine d'heures en voiture du Luxembourg), aura apaisé les agriculteurs. « Nous avons un peu peur de nous aventurer dans la Russie profonde », avoue ainsi un des Kaliningrad cowboys.

Beaucoup s'en veulent toujours d'avoir raté, au début des années 1990, la privatisation des *Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft* en RDA. (Ce furent les Néerlandais qui allaient s'accaparer les meilleures terres pour y installer de monstrueux élevages porcins.) Au début des années 2000, alors que la Roumanie et l'UE venaient d'entamer les négociations d'adhésion, un paysan luxembourgeois y achète un demi-millier d'hectares de terres agricoles. « J'ai été quelque peu poussé par l'attrait des hectares. Ici, au Luxembourg, il n'est pas possible

d'atteindre cette taille », dit-il. (Au Grand-Duché, une ferme utilise en moyenne 91,5 hectares de surface agricole.) L'achat se serait fait par un heureux hasard des circonstances ; des intermédiaires sur place l'ayant aidé à trouver son chemin à travers la réglementation roumaine. Quelques fois par an, le paysan de l'Ösling se déplace en Roumanie, surtout pour semer et moissonner : « Je contrôle ce qui entre et ce qui ressort... *Do geet et em d'Geld* », dit-il. Sur place, il a engagé un comptable, un secrétaire et un ouvrier agricole.

Soupape de sécurité C'est un de ces paradoxes statistiques luxembourgeois : selon le Service d'économie rurale (SER), la surface agricole utilisée n'a cessé d'augmenter. Malgré une pression foncière énorme, elle serait passée de 126 000 à 130 000 hectares entre 1990 et 2017. Mais cette hausse globale cache une réalité plus embrouillée. La disparition de surfaces agricoles au Luxembourg a été surcompensée par un accaparement des terres en région frontalière. Les paysans luxembourgeois y exploitent entretemps 7 800 hectares. (Les milliers d'hectares détenus en Europe de l'Est ne sont par contre pas comptabilisés par le SER.) Alors que la Centrale paysanne dénonce régulièrement une « perte massive » des terres agricoles « finies et non-délocalisables », les grand-ducaux ont réussi à délocaliser une partie de leur production en Wallonie, Lorraine et Rhénanie-Palatinat, au grand dam des paysans locaux. La Grande Région joue le rôle de soupape de sécurité pour la politique agricole luxembourgeoise. Les évincés y deviennent les évincés. (Or, sortant du paradis fiscal, les paysans devront s'accommoder des droits de succession et de l'impôt foncier frappant leurs terres belges, allemandes ou françaises.)

À partir de 2013, en anticipation de la fin des quotas, les exploitants agricoles luxembourgeois lâcheront le frein, faisant passer la production laitière de 296 000 à 376 000 tonnes en l'espace de trois ans. Or, directive nitrates oblige, ils doivent prévoir un demi-hectare pour chacune de leurs 55 000 vaches laitières. Car, contrairement aux bêtes, qu'on ne sort plus que rarement de l'étable, le lisier doit être écoulé sur les champs. S'il veut intensifier sa production, le paysan doit donc constituer une réserve foncière.

Green Rush Si les paysans vont encore aux enchères rurales, c'est plus par curiosité (et pour nour-

rir leur indignation) que pour acquérir des parcelles. D'après le SER, les agriculteurs dépensent en moyenne 260 euros l'are ; au-delà, l'investissement devient vite impossible à rentabiliser, du moins via la seule activité agricole. Les ventes aux enchères dans les cafés de village ont été colonisées par des fonctionnaires et des promoteurs. Le comité d'acquisition du ministère des Finances a fixé sa limite supérieure à 500 euros l'are en zone verte. Au propriétaire, une vente à l'État ouvre un réel avantage fiscal ; la transaction étant « tax free ». Sans oublier les promoteurs qui déboursent facilement plus de mille euros l'are, même situé en pleine zone verte. Pour rassembler ses terrains à Bissen, Google aura même payé 15 000 euros l'are. Si le « projet Pascal » constitue un cas extrême, la publicité qui l'a entourée aura éveillé de nouvelles attentes fantastiques.

Le rush sur les terrains en zone verte coïncide avec l'introduction des mesures compensatoires. Depuis vingt ans, la destruction de biotopes ou d'habitats d'espèces doit être compensée ailleurs. Des Ponts et Chaussées aux promoteurs, les maîtres d'ouvrages publics et privés paniquaient à l'idée que, par manque de surfaces de compensation, leurs projets se retrouveraient bloqués. La Chambre d'agriculture dénonce ainsi « une course aux terrains » : « De nombreux promoteurs ou entrepreneurs, ainsi que certaines communes ont acheté n'importe où des terrains agricoles à des prix qui ne correspondent à aucune réalité économique agricole ».

Latifundiaire bio-étatique Actuellement sur la ligne d'arrivée parlementaire, le projet de loi sur la protection de la nature et des ressources naturelles pourrait calmer cette surenchère. Le projet de loi n°7048 veut créer des « pools compensatoires » gérés de manière centralisée par l'État et les communes. Au lieu de courir les adjudications, les promoteurs pourront à l'avenir recourir à « un service 'clé en main' », lit-on dans l'exposé des motifs. Ils auront simplement à verser de l'argent à un de ces pools. (Le nombre « éco-points » à acheter sera calculé en fonction de l'impact écologique qu'auront leurs projets immobiliers.) Il sera intéressant d'observer ce que feront les promoteurs de leurs propriétés en zone verte qu'ils ont accumulées sur les dernières années. « Soit ils gardent leurs terrains, soit ils les revendent. Si un promoteur approche notre ministère pour une vente, nous allons contrôler le terrain

et faire une offre, au prix 'normal' que l'État paie pour un terrain en zone verte », explique-t-on au département de l'Environnement du MDDI.

« Le ministre [...] veille à éviter la réalisation de mesures compensatoires sur des terrains à haute valeur agricole », promet le projet de loi. La Chambre d'agriculture demande à voir. Ce passage, écrit-elle dans son avis, « ne va malheureusement pas plus loin qu'une simple déclaration d'intention » et ne permettrait pas de « réserver des terres en faveur de la production agricole ». Dans un des 27 amendements présentés ce mardi à la presse, le CSV propose de clarifier le passage en le reformulant : « Les mesures compensatoires ne sont pas réalisées sur des terrains à haute valeur agricole ». Aux yeux du rapporteur du projet de loi, le Vert Henri Kox, le problème serait qu'il n'existe pour l'instant aucune définition claire de ce qui constitue « un terrain à haute valeur agricole » ; et en créer une risquerait de retarder la procédure.

Avec le « pool de compensation » naîtra un nouvel acteur étatique sur le marché foncier. L'État se transformera-il un latifundiaire éclairé ? Pour la première fois, il vient ainsi d'acquérir une exploitation agricole pour la louer à un exploitant privé. La ferme passera dans le « pool de compensation » et l'agriculteur aura à suivre un cahier des charges confectionné par l'administration de la nature et des forêts. Ce jeudi, le contrat de bail a été signé avec le paysan-locataire. Sa famille loue ces terres en troisième génération, mais il n'a pas pu racheter lui-même la ferme après le décès de la dernière propriétaire. Pour le locataire, ce ne sera pas qu'un changement de propriétaire. De producteur intensif, il se convertira en générateur d'« éco-points », travaillant de manière extensive. Ses quarante vaches laitières ont été vendues et seront remplacées par quelques bœufs angus.

La nouvelle de cette ferme-modèle a vite circulé dans le microcosme paysan. On y voit le paysan locataire comme mis sous tutelle « verte » et le projet comme énième preuve du « Heidi-Komplex », d'une volonté politique de transformer le Luxembourg en « parc naturel ». (Contacté par le *Land*, le paysan concerné n'a pas souhaité s'exprimer.) Plus diplomatique, l'influent président de la Baueren-Allianz libérale, Camille Schroeder,

Le facteur immobilier vient brouiller l'analyse de la rentabilité économique des exploitations agricoles, qui sont aussi surcapitalisées qu'inefficientes

estime que « ce n'est pas à l'État de jouer à l'entrepreneur ; son rôle devrait être de créer les conditions-cadres ». L'État veut-il utiliser les centaines d'hectares de son « pool compensatoire » comme levier pour promouvoir un modèle agricole ? Au département de l'Environnement, on indique que « si une nouvelle opportunité se présente, le ministère la saisira ; mais nous aurons une approche plutôt passive. »

Le capital initial du « pool compensatoire » se situera à 25 millions d'euros. Dans un premier temps, ceci devrait lui permettre d'acquérir une réserve foncière de 150 à 190 hectares, en tablant – de manière plutôt optimiste – sur un prix de 375 euros l'are. D'ores et déjà, les fonctionnaires ont renforcé leur présence aux ventes aux enchères. D'ici quinze ans, le fonds foncier devrait réunir 750 hectares, lit-on dans la fiche financière du projet de loi. Ce qui reste étonnamment peu. C'est incidemment moins que les surfaces acquises par les trois paysans luxembourgeois dans les environs de Kaliningrad.

Gagnants & perdants La paysannerie luxembourgeoise est scindée en deux : d'un côté, une minorité enrichie par un reclassement de ses terrains périurbains et, de l'autre, une majorité qui n'a pas eu cette chance et se retrouve marginalisée dans la lutte pour l'accès aux terrains. Sur un marché foncier où une décision communale crée, quasiment ex nihilo, des millionnaires, ce sont les locataires qui sont les plus vulnérables. Parmi eux, beaucoup portent des noms néerlandais ; ce sont les enfants et les petits-enfants de paysans hollandais qui s'étaient installés dans les années 1950 au Grand-Duché pour y élever du bétail.

Les syndicats paysans se retrouvent dans une situation schizophrène. Ils dénoncent l'aliénation de terrains agricoles, dont profite objectivement une partie (non-négligeable) de leurs membres. « Je représente le paysan actif qui fait de l'agriculture. Je ne représente pas le paysan qui fait le promoteur immobilier », dit Camille Schroeder. De son côté, la Chambre d'agriculture note que « le renchérissement des terrains, s'il peut sembler à première vue avantageux pour des agriculteurs qui ont voulu quitter la profession, est cependant au détriment des agriculteurs actifs, qui ont besoin de terrains agricoles comme moyen de production. »

Or la situation n'est pas aussi simple. D'abord parce que sur les 130 000 hectares utilisés actuellement par l'agriculture, seuls 53 000 sont encore en possession des exploitants, alors que 77 000 sont loués, souvent aux descendants – plus ou moins lointains – de paysans. (Selon le Stater, l'année 1991 marque le point de basculement à partir duquel les superficies en location dépasseront celles en propriété.) Ensuite, parce que la plupart des exploitants qui vendent une partie de leurs terrains ne cessent pas pour autant leurs activités agricoles. Au contraire, la majorité des paysans réinvestissent la manne dans l'exploitation. C'est le *bling-bling* paysan : tracteurs onéreux, hangars démesurés et acquisition de grandes réserves foncières de l'autre côté de la frontière.

Le facteur immobilier reste la grande inconnue de la politique agricole. Il vient brouiller toute analyse de l'efficacité et de la rentabilité économiques de ces exploitations surcapitalisées. Contrairement à l'Allemagne, le capital propre n'a ainsi aucune incidence sur l'efficacité aux aides à l'investissement. Profitant des généreux subsides pour les machines – une spécificité luxembourgeoise plafonnée en 2014 – certains agriculteurs ont constitué des armadas de tracteurs, enseleues et moissonneuses. On les retrouve sur les champs à travers la Grande Région.

Les pressions sur la terre agricole et leurs effets pervers – de Bissen à Kaliningrad

Der globale Standortwettbewerb am Beispiel der Schweiz

Neoliberale Niedrigsteuerpolitik

Charles Wey

Seit der Finanzkrise 2008 ist ein bedeutender Umbruch in der neoliberalen Ordnung der Weltwirtschaft zu beobachten. Einerseits werden zunehmend Handelsbarrieren aufgebaut, durch die Handelskonflikte zwischen China, der EU und den USA aktuell zu eskalieren drohen. Andererseits fördern viele Staaten über Steuerreformen einen weltweiten Standortwettbewerb, der die Globalisierung der Weltwirtschaft weiter antreibt.

Im Januar hat der amerikanische Präsident Donald J. Trump am World Economic Forum (WEF) im Schweizer Davos den Vertretern einer globalen Elite seine Wirtschaftspolitik präsentiert, die exemplarisch für das Spannungsfeld von Standortwettbewerb und Protektionismus in der Weltwirtschaft steht. Die Haltung der Wirtschaftselite gegenüber Trump verortet sich entlang den Konfliktlinien in diesem Spannungsfeld.

Kaum eine Episode des aktuellen Zeitgeschehens illustriert diese Ambivalenz so eindrücklich wie das WEF, dessen diesjähriges Motto lautete: „Für eine gemeinsame Zukunft in einer zersplitterten Welt“. Ein Kommentator der *Neuen Zürcher Zeitung* interpretierte dies vor dem WEF als „breit gefasste Kritik am Kurs von Trump“¹. In der Tat stehen die von der Trump-Regierung kurz vor Beginn des WEF beschlossenen Strafzölle auf Waschmaschinen und Solarzellen ebenso in der Kritik bei global operierenden Unternehmen wie die ein Jahr zuvor getroffene Entscheidung, aus dem Trans-Pacific Partnership (TPP) auszutreten. Die protektionistischen Maßnahmen in der Handelspolitik der Trump-Administration sind vielen Vertretern der Wirtschaftselite ein Dorn im Auge.

Umso überraschender erscheint es, dass ausgerechnet Donald Trump die Abschlussrede am diesjährigen WEF hielt. Mit seiner unverwechselbaren Mimik und Gestik sang der US-Präsident eine Lobeshymne auf seine eigenen Errungenschaften, die er mit immer weiteren Superlativen versah. Schließlich forderte er die Anwesenden auf: „Amerika ist der Ort, um Geschäfte zu machen. Also kommt nach Amerika, wo ihr Sachen erfinden, schaffen und bauen könnt.“² Damit sprach Trump die Anfang dieses Jahres in Kraft getretene US-Steuerreform an, die unter seiner Führung durch die republikanische Mehrheit im Parlament beschlossen wurde. Die wohl größte Steuerreform, die die USA seit mehr als dreißig Jahren erlebt haben, besteht aus einer unbefristeten Senkung der Unternehmenssteuern von 35 auf 21 Prozent sowie einer temporären Senkung der Steuersätze bei der individuellen Einkommenssteuer.

Ein Großteil der Unternehmen mit operativem Geschäft in den USA wird zumindest langfristig von der niedrigeren Unternehmenssteuer profitieren. So verwundert es nicht, dass die Reform bei den Wirtschaftseliten auf breite Zustimmung stößt. Die am WEF von Trump angesprochenen Führungsfiguren der Weltwirtschaft wie Tidjane Thiam, CEO von der Großbank Credit Suisse, oder Siemens-Chef Joe Kaeser³ äußerten sich vor dessen Rede positiv zu Trumps Steuerpolitik. „Die US-Steuerreform ist genau das, was wir jetzt brauchen, um dem weltweiten Wachstum neuen Schub zu geben“, meinte etwa Thiam⁴.

Der beim WEF zur Schau gestellte Optimismus illustriert die situationsbedingte Positionierung der Wirtschaftseliten: Angesichts der langfristigen Senkung der Unternehmenssteuern ist man bereit, über die punktuellen protektionistischen Maßnahmen hinwegzusehen. Gerade das WEF steht symbolisch für eine Politik, die seit Jahrzehnten den Abbau staatlicher Leistungen bei gleichzeitiger Standortförderung für multinationale Unternehmen fordert. Diese Politik treibt den internationalen Standortwettbewerb zwischen Regionen, Staaten und supranationalen Gebilden zusätzlich an. Dabei kann man am Beispiel der Schweizer Steuerpolitik beobachten, welche Auswirkungen dieser Wettbewerb auf eine Gesellschaft haben kann. Es kommt nicht von ungefähr, dass Steuerpraktiken, die große Unternehmen und vermögende Individuen begünstigen, in der Schweiz unter dem Begriff der „Tiefsteuerpolitik“ zusammengefasst werden.

Schweizer „Tiefsteuerpolitik“

Die föderalistische Eidgenossenschaft verfügt über ein Steuersystem, das den Kantonen eine im Vergleich zu den einzelnen Bundesstaaten in

Ein Standortwettbewerb, der vor allem über Steuerpolitik betrieben wird, bei gleichzeitiger Sanktionierung als illegitim errichteter Steuerkonstruktionen

den USA große Autonomie gewährt. Im Kanton Graubünden, wo das WEF alljährlich stattfindet, liegen die Unternehmenssteuern beispielsweise unter 15 Prozent – das Schweizer Mittel beträgt 16,6 Prozent. Der globale Durchschnitt liegt bei 29 Prozent. Innerhalb der Eidgenossenschaft verfügen vor allem Zentralschweizer Kantone wie Nidwalden, Luzern, Schwyz und Zug über die niedrigsten Unternehmenssteuersätze, die allesamt zwischen zehn und 15 Prozent liegen.

So haben sich die Zentralschweizer unlängst einen Vorteil im nationalen und internationalen Standortwettbewerb verschafft. Allerdings stehen sie auch in Konkurrenz zueinander und üben so gegenseitigen Druck aus. Aufgrund seiner jahrzehntelangen Tiefsteuerpolitik und seiner effizienten Infrastruktur gilt Zug als leistungsstärkster Kanton der Schweiz. Als solcher macht er es insbesondere für die benachbarten Regionen in der Zentralschweiz schwierig, Unternehmen anzulocken, und verschärft somit den Standortwettbewerb.

Die Auswirkungen der geringen Unternehmenssteuern sind denn auch ambivalent: Einerseits verzeichneten Luzern, Uri und Schwyz letztes Jahr das höchste Wachstum bei der Zahl an Firmen auf Kantonsgebiet. Andererseits müssen gerade die Kantone Luzern und Schwyz seit Jahren bedeutende Einsparungen in ihren jährlichen Budgets vornehmen. In Luzern wurden seit 2013 die Mittel in den Bereichen Bildung, Kultur und Soziales in erheblichem Maße gekürzt. In Mittel- und Berufsschulen galt eine Woche Zwangsferien. Obwohl auch bei den Sozialabgaben rigoros den Rotstift angesetzt wurde, haushaltete Luzern 2017 über weite Strecken ohne Budget, in der Kantonskasse klappt ein 530-Millionen-Franken-Loch. Dieser Zustand ist politisch gewollt, wie es Armin Hartmann, Kantonsrat der rechten Partei SVP, darlegt: „Der budgetlose Zustand ist ein notwendiges Übel. Nur dann sind Korrekturen an der Finanzstrategie möglich.“⁵ Damit meint Hartmann aber nicht etwa eine Anhebung der Steuern, sondern weitere budgetäre Einsparungen. Die Luzerner Stimmbürger haben diese Politik zuletzt am 21. Mai 2017 wider Erwarten gutgeheißen.

Es liegt aber nicht allein an den tiefen Unternehmenssteuern, dass in Luzern, aber auch unter gänzlich unterschiedlichen Voraussetzungen in Schwyz und Zug, Sparmaßnahmen vorgenommen werden müssen. Die Halbierung der Unternehmenssteuern im Jahr 2012 auf rund zwölf Prozent hat den Kanton Luzern einerseits zwar tatsächlich wirtschaftlich gestärkt. Der Schweizer Mechanismus des nationalen Finanzausgleich (NFA)⁶ hat andererseits jedoch zu empfindlichen finanziellen Verlusten geführt. Denn obwohl jede kantonale Finanzbehörde große Freiheiten in der Ausgestaltung des jeweiligen Steuersystems genießt, wird ihnen durch den nationalstaatlichen Rahmen der Helvetischen Republik Grenzen gesetzt.

Durch den NFA erhalten wirtschaftlich schwächere Kantone Ausgleichszahlungen von den finanzstarken Kantonen – so wird die Schweiz in Geber- und Nehmerkantone eingeteilt. Während die Wirtschaftsmetropolen Basel, Genf und Zürich,

aber auch Zentralschweizer Kantone wie Schwyz und Zug zu Ersteren zählen, befindet sich Luzern unter den Nehmerkantonen. Nach der Senkung der Unternehmenssteuer wurden Luzern die Beiträge aus dem „NFA-Topf“ jedoch gekürzt. Verschafft sich ein Empfängerkanton nämlich durch eine Steuersenkung einen Vorteil im interkantonalen Wettbewerb, wird er, salopp gesagt, durch verringerte NFA-Beiträge „bestraft“. Diese Einbußen konnten in Luzern bislang nicht mit zusätzlichen Steuereinnahmen durch zugezogene und neugegründete Firmen kompensiert werden.

Schwyz wiederum zählt zu den wirtschaftlich stärksten Kantonen und dementsprechend auch zur Gruppe der Geber. Im Gegensatz zu Luzern hat Schwyz seit den 1970er Jahren eine langjährige Politik der tiefen Steuern und geringen staatlichen Leistungen gefördert. Wegen seiner im nationalen Vergleich außerordentlich tiefen Steuersätze muss der Kanton aber zusätzliche Steuereinnahmen in bestimmten Fällen zu mehr als 100 Prozent in den NFA einzahlen. Wie die Winterthurer Tageszeitung *Der Landbote* berichtet, musste der Kanton Schwyz aufgrund der unerwarteten Einnahme von 62 Millionen Franken Steuergeldern durch eine neu zugezogene Firma sogar 65 Millionen zusätzlich in den NFA einzahlen. Denn der Betrag, den ein Kanton in den „Topf“ einzahlt, wird im Verhältnis zum gesamten vorhandenen Vermögen im Kanton berechnet. Nicht aber in Bezug auf die tatsächlich erhobenen Steuern. Somit führt der interkantonale Standortwettbewerb im Kontext des NFA zu finanziellen Verlusten bei Geber- und Nehmerkantonen gleichermaßen – wie man an den Beispielen Luzern und Schwyz beobachten kann, mit teils weitreichenden Folgen für die Gesamtbevölkerung.

Standortwettbewerb und Harmonisierung

Die Schweizer Kantone stehen aber nicht nur in Konkurrenz untereinander. Sie sehen sich darüber hinaus einem internationalen Standortwettbewerb ausgesetzt, der nun durch die Steuersenkung der Trump-Administration weiter angeheizt wird. Zwar liegen die Unternehmenssteuersätze in den USA nach wie vor weit über dem Schweizer Durchschnitt – dennoch ist auch in der Schweiz der politische Druck durch Wirtschaftsakteure gestiegen, die eine Steuerreform fordern, mit der die internationale Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden soll. Der Standortwettbewerb findet indes auch innerhalb der EU statt: Emmanuel Macron hat in Frankreich unlängst Steuersenkungen vorgenommen.

Gleichzeitig bestehen auf internationaler Ebene Bestrebungen, Länder mit Steuersystemen wie Luxemburg und die Schweiz zu verpflichten, ihre Gesetzgebungen an internationale Normen anzupassen. Die EU hat die Schweiz beispielsweise auf eine graue Liste der steuerlich nicht konformen Drittstaaten gesetzt. Dabei werden Kriterien angewendet, die auch auf einige EU-Staaten, wie zum Beispiel Luxemburg, zutreffen würden. Das Großherzogtum ist wiederum von den europäischen Institutionen dazu verpflichtet worden, 250 Millionen Euro Steuernachzahlungen von Amazon zu verlangen.

Hier lässt sich eine paradoxe Situation beobachten: Einerseits verschärfen Regionen, Staaten und supranationale Gemeinschaften mit Tiefsteuerpolitik den Standortwettbewerb, andererseits gibt es immer wieder neue Anstrengungen, die Auswüchse dieses Wettbewerbs zu minimieren. Auch hier kann ein Vorstoß zur Regulierung des neoliberalen Systems von Präsident Macron als Beispiel dienen: Zwar hat er Steuererleichterungen in Frankreich durchgesetzt, um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu stärken. Gleichzeitig strebt Macron eine Homogenisierung der europäischen Steuerpolitik an, um ebendiesen Wettbewerb einzudämmen.

Grenzenloser Wettbewerb?

In diesem Sinne kann man auf globaler Ebene beobachten, was sich in der Schweiz in kleinerer Dimension abspielt: ein Standortwettbewerb, der vor allem über Steuerpolitik betrieben wird, bei gleichzeitiger Sanktionierung als illegitim errichteter Steuerkonstruktionen. Während der nationalstaatliche Kontext der Helvetischen Republik dem interkantonalen und die EU-Richtlinien dem nationalen Wettbewerb jedoch einen verbindlichen Rahmen setzen, ist die



Der Hubschrauber von US-Präsident Donald Trump landet am 25. Januar in Davos



Trump trifft Alain Berset, den Schweizer Bundespräsidenten



Trump beim Dinner mit CEOs europäischer Großkonzerne

ser auf globaler Ebene inexistent. Dies mag auch ein Grund dafür sein, dass trotz diverser Anstrengungen, den globalen Steuer- und Standortwettbewerb einzudämmen, dieser seit seiner Entfesselung durch Ronald Reagan und Margaret Thatcher in den 1980er Jahren unentwegt weiterbetrieben wird.

Gerade Kleinststaaten wie die Schweiz oder Kleinststaaten wie Luxemburg können durch eine Tiefsteuerpolitik große Profite einfahren. Im Rahmen des globalen Standortwettbewerbs sehen sie sich aber permanent dem Druck großer Mächte ausgesetzt. Wenn zudem eine Wirtschaftsmacht wie die USA in den Wettbewerb um die niedrigsten Unternehmenssteuern einsteigt, wird dieser Wettbewerb auf globaler Ebene empfindlich akzentuiert. Davon profitiert haben vor allem die multinational operierenden Unternehmen, welche die einzelnen Standorte gegeneinander ausspielen können. Die wirtschaftlichen Eliten entkoppeln sich zunehmend von den Lokaltäten, in denen sie operieren. Dabei gehen die tieferen

Steuern mit geringeren staatlichen Leistungen einher, worunter breite Bevölkerungsschichten leiden. So hat die staatliche und private Verschuldung seit den 1980er Jahren weltweit zugenommen, ebenso ist die Einkommensschere stetig weiter auseinander gegangen – sogar in der Schweiz und Luxemburg, wo die Mittelschicht zunehmend unter Druck gerät.

¹ *Neue Zürcher Zeitung*, 22.01.2018.

² *Luzerner Zeitung*, 26.01.2018.

³ *Handelsblatt*, 20.01.2018.

⁴ *Der Bund*, 24.01.2018.

⁵ *Luzerner Zeitung*, 11.05.2017.

⁶ Erklärung des NFA vom Eidgenössischen Finanzdepartement: „Hauptziele des Finanzausgleichs sind die Verminderung der kantonalen Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit sowie die Steigerung der finanziellen Autonomie und der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit der Kantone.“

À propos d'un dilemme économique inattendu

Qui a peur de la croissance ?

Jean-Jacques Rommes

Depuis une décennie maintenant, les partenaires sociaux ont de grandes difficultés à s'entendre sur une appréciation commune de l'état économique et financier de notre pays. Alors que les uns veulent distribuer les fruits d'une croissance qui fait pâlir de jalousie nos voisins européens, les autres trouvent que le fruit essentiel de la croissance est la destruction de l'environnement, l'embouteillage routier ou l'impossibilité de se loger à un prix décent. Quand les uns prétendent que l'État luxembourgeois et ses caisses de Sécurité sociale nagent dans l'argent, les autres disent que le pays s'endette excessivement et met en péril les générations futures. Lorsque les uns disent que la croissance permet maintenant d'ajuster les pensions à la hausse, les autres expliquent que la croissance ne fait qu'aggraver le déséquilibre structurel d'un système voué à la faillite.

De toute évidence, la lutte électorale a maintenant commencé et les candidats se servent de tous les raccourcis disponibles pour mobiliser leurs troupes. Vrais ou faux, les slogans et arguments sont invariables et on s'en sert en fonction de son intérêt et de son camp. Les thèses sont éloignées et contradictoires au point que tout et son contraire est admissible dans le concert des opinions. Ça s'appelle alors un débat. Les vues syndicales ont la cote en cette période, puisqu'elles parlent de pauvreté, d'inégalités, de pouvoir d'achat et des difficultés à joindre les deux bouts, autant de sujets populaires et à connotation altruiste qui se démarquent des convictions technocratiques de ceux qui trouvent toujours une bonne raison pour ne pas distribuer des richesses au bon peuple.

En vérité, les choses ne sont pas si simples, à commencer par le fait que ceux qui les expliquent sont toujours supposés être dans un camp donné et donc corrompus par leur adhésion partisane. Le sous-signé n'échappe pas à cette règle. Essayons tout de même de nous comprendre !

État des lieux

Ayant su se renouveler à plusieurs reprises par le passé, le Luxembourg profite d'une économie resplendissante, hautement productive et compétitive, qui attire du capital, des entreprises innovantes et, avec elles, des personnes talentueuses, souvent hautement qualifiées et payées. Ces entreprises et personnes financent généreusement nos réserves de Sécurité sociale et payent beaucoup d'impôts, ce qui permet à l'État central de se payer les fonctionnaires les plus chers au monde, d'effectuer des transferts sociaux inégalés et de réaliser des infrastructures parmi les plus modernes qui à leur tour font vivre bien des entreprises et leurs salariés. Ce cycle vertueux ne semble avoir été que peu dérangé par la crise de 2008 et 2009 et fait figure de « *perpetuum mobile* », au point que le commun des mortels se demande si nous allons avoir la place pour accueillir tout ce bonheur économique. C'est ce qui nous vaut quelques relents xénophobes et surtout le débat actuel autour de la croissance. Le bon sens ne peut pas croire qu'elle serait éternelle et les écologistes nous avertissent que, tel Icare, nous allons nous brûler les ailes.

Le personnel politique est quelque peu déstabilisé par ce sentiment unique en Europe. Un gouvernement qui se voit reprocher une croissance excessive ? Où va-t-on chercher cela ?

La réponse classique à la frange de la population qui peut se permettre le luxe d'être critique de la croissance sera de leur dire que nous avons besoin de croissance pour financer nos pensions – ce qui est vrai –, et que nous aspirons à une croissance qualitative – ce qui sonne flou, voire facile, tout en étant vrai aussi.

Et puis, la femme ou l'homme de la rue se demande comment il est possible qu'elle ou il n'ait pas eu le sentiment de s'enrichir au même rythme que son pays. Au contraire même : les parents avaient pu construire une belle maison avec le seul salaire du père, alors qu'aujourd'hui, à deux à la corvée, on ne le peut plus guère. Comment est-il possible que tous les commentateurs décrivent une pauvreté et une inégalité croissantes alors que le pays est riche comme jamais auparavant ? Certains osent même prétendre depuis quinze ans que nous ne touchons pas demain les pensions promises parce que le système rentretrait inexorablement dans un mur, alors que – c'est un fait – les imposantes réserves



La réponse classique à la frange de la population qui peut se permettre le luxe d'être critique de la croissance sera de leur dire que nous avons besoin de croissance pour financer nos pensions

du système sont bien supérieures à toutes les dettes que l'État a pu contracter par ailleurs.

La vérité, c'est que tout cela n'est pas contradictoire, mais parfaitement logique. Encore faut-il passer par quelques constats pour le comprendre.

Sans croissance, rien ne va

La croissance économique est absolument indispensable à une vie décente comme nous la comprenons aujourd'hui et, même si c'est contre-intuitif, la croissance économique peut être soutenable à très long terme.

Le monde a été sans vraie croissance économique jusqu'à la Renaissance. À partir de là, le système capitaliste moderne s'est développé, lentement d'abord, puis en s'accéléralant au XIX^e siècle. Les moteurs essentiels de cette évolution ont été les progrès de la science et de la finance modernes qui sont tous deux la condition d'un développement économique parce qu'ils permettent l'investissement et l'innovation.

L'idée derrière tout investissement est de croire que demain sera meilleur, que demain le progrès transformera l'investissement d'aujourd'hui en une meilleure efficacité et finalement en une richesse plus abondante. Cette aspiration est individuelle et collective à la fois. Lorsqu'un même nombre de gens produisent plus d'une année à l'autre, ils peuvent consommer plus et sont, du moins en moyenne, plus riches : les comptes nationaux mesurent un produit intérieur brut en augmentation ; c'est cela la croissance. Sans les découvertes et inventions, sans une croyance profonde en l'ingéniosité humaine, il n'y aurait eu ni l'investissement ni le développement que nous connaissons depuis cinq siècles maintenant. L'idée moderne selon laquelle demain nous arriverons à faire mieux qu'aujourd'hui, l'idée d'un espoir collectif dans un futur meilleur est impossible sans création de richesses supplémentaires. C'est-à-dire sans ce que nous appelons communément croissance.

L'inverse est vrai aussi : sans croissance, aucun progrès, ni technologique, ni social n'est possible. Pour s'en convaincre, il faut imaginer un monde dont la croissance dépend de la seule évolution démographique, une économie plate, telle qu'elle a largement existé avant le XV^e siècle. Dans un tel système, la richesse produite par travailleur reste stable et l'enrichissement de l'un se fait exclusivement à travers l'appauvrissement de l'autre. Dans un tel monde, il est normal d'emprunter de l'argent pour monter une armée qui sert à piller les popu-

lations voisines. En pratique, la guerre est alors l'unique moteur de l'histoire.

Plus près de notre réalité contemporaine, les sorts de la Grèce, de l'Espagne ou du Portugal nous ont rappelé le désastre qu'est une économie en stagnation ou même en recul : déficits budgétaires intolérables, chômage galopant, jeunes sans perspectives et exodes des talents. Les sacrifices nécessaires pour sortir du marasme détruisent les rêves de toute une génération et frappent évidemment toujours les plus faibles d'abord.

Ce ne serait pas moins grave dans notre pays, au contraire même. Nous en avons eu un avant-goût en début de décennie seulement. Comme nos dépenses budgétaires augmentent structurellement du fait d'automatismes inconnus ailleurs, le déficit de l'État central exploserait à court terme entraînant vite une augmentation des prélèvements obligatoires et une réduction du revenu disponible des ménages. Les apports étrangers, tant humains qu'en capital, se retireraient. Le système de pensions serait intenable du jour au lendemain et tous les transferts sociaux seraient remis en question. À défaut de moyens pour investir en une économie productive, notre « *perpetuum mobile* » se renverserait pour devenir un cercle vicieux qui nous interdirait tous nos projets, qu'ils soient économiques, sociaux ou écologiques.

Il serait naïf de croire qu'un monde sans croissance, où les modes et les niveaux de production sont gelés, est un monde qui préserve les ressources. Dans une économie plate, la consommation des ressources reste identique, voire proportionnelle à la démographie, mais garde sa tendance à détruire pendant une durée illimitée des ressources à disponibilité limitée – les déforestations méditerranéennes dans l'Antiquité sont là pour l'illustrer. Il n'est pas possible de préserver notre avenir avec une réduction des investissements et des innovations.

À l'heure actuelle, nous ne détruisons pas l'environnement par un excès de progrès et de croissance du produit intérieur brut, mais par un manque de conscience collective et d'adaptation de notre mode de vie. Certes, nous consommons plus de richesses naturelles qu'il n'est soutenable à moyen terme, avant tout par la destruction de la diversité biologique. Et oui, nous entrons sans doute dans une ère de pénurie de ressources, notamment de minerais. Par contre, ce sont les connaissances acquises et les progrès du savoir, financés par notre espoir d'en tirer des bénéfices pour tous, qui nous font aujourd'hui comprendre que les ressources matérielles sont limitées et que nous devons apprendre à les gérer autrement. Produire plus sans détruire

Depuis le début du millénaire nous vivons dans une économie plate, mue essentiellement par la démographie du travail

plus, consommer autrement, redistribuer, tout cela n'arrêtera pas la valeur de notre production, mais au contraire l'augmentera. La valeur ajoutée des plus grandes firmes d'aujourd'hui est déjà une production du savoir, une économie de l'intangible.

Au niveau planétaire, la démographie galopante dicte le rythme quantitatif et c'est là un problème majeur pour les ressources planétaires limitées. Mais sans gains de productivité majeurs, sans croissance qualitative, il n'aurait pas été possible de sortir des milliards d'êtres humains de la misère comme ce fut le cas ces dernières décennies. Demain, croissance productive et écologie devront aller de pair, sinon les objectifs de développement durable¹ sont totalement illusoires.

Retenons ici que si la consommation illimitée de ressources limitées est certainement impossible, la croissance de la valeur ajoutée de notre production économique (le PIB) ne doit pas d'office en être coupable, mais doit au contraire en devenir le remède.

La croissance luxembourgeoise : un cas très spécial

Cet éloge de la croissance nous mène à une autre vérité trop ignorée : le Luxembourg n'a pas le type de croissance vertueuse que nous venons de décrire. En fait, pour faire simple, pendant les dernières quinze années, notre production et le nombre de nos travailleurs ont tous deux augmenté de quelque cinquante pour cent. Même s'il est vrai que certains pans de nos activités sont hautement productifs, il reste que depuis le début du millénaire nous vivons dans une économie plate, mue essentiellement par la démographie du travail. Les nombreux atouts du pays attirent des activités et des personnes qui, par leur travail, permettent au pays de produire plus. Tous ensemble, nous consommons plus aussi. C'est tout le contraire de la croissance des grands pays qui mesurent leur production accrue à main-d'œuvre plus ou moins

inchangée. Ils présentent des chiffres moins fringants, mais ils ont augmenté leur productivité et se sont effectivement enrichis. Chez nous, le pays est devenu plus riche, oui, mais les gens qui en vivent, par tête, ne le sont pas. Comme la productivité de nos entreprises, seule vraie mesure d'un accroissement de la richesse produite, n'augmente pas, il est nous faut diviser cette richesse supplémentaire par davantage de personnes.

Les finances publiques, par contre, en profitent par la TVA (consommation), la retenue d'impôt sur salaire (IRP) et l'impôt payé par les entreprises (IRC), qui tous s'envolent plus ou moins directement avec la croissance. L'État utilise de cette manne à concurrence de 47 pour cent pour ses redistributions sociales, à concurrence de treize pour cent pour investir, mais aussi pour richement arroser les électeurs, c'est-à-dire les fonctionnaires et les retraités qui en constituent la majorité.

La part prépondérante des travailleurs qui permettent cet apport est généralement privée de passeport luxembourgeois et de pouvoir électoral. Ils travaillent très majoritairement dans des entreprises privées et sont en moyenne jeunes et bien portants, ce qui signifie qu'eux et leurs patrons cotisent dans les caisses de la Sécurité sociale, mais sans retour immédiat : ils vont, une fois plus chétifs et retraités, vouloir recueillir leur part – c'est bien normal. Mais pour le moment, les caisses regorgent d'argent. C'est là le grand biais qui permet à certains politiques de dire que le système des retraites n'a aucun problème. Mais le jour où cesse l'apport en masse de jeunes travailleurs sains et bien payés, le système court à la catastrophe. Pire, même à un rythme de croissance continu, il n'est pas soutenable. Pour que les choses restent simplement en l'état, il faudrait que notre croissance quantitative s'accélère, de quatre pour cent à cinq pour cent par an, puis à six pour cent, encore et encore... et que le nombre de travailleurs augmente en conséquence. Il ne faut être ni écologiste ni Icare pour se faire du souci.

Pour le moment, les perdants sont les jeunes. À long terme, ils doivent veiller à assurer leur vieillesse puisque le système de pensions actuel ne tiendra pas dans sa forme actuelle. De plus, l'accession à la propriété immobilière, un pilier traditionnel de la sécurité financière des vieux jours, leur est interdite par les prix immobiliers débridés. Ce sont les prix immobiliers qui font que les résidents non propriétaires, malgré un pouvoir d'achat en augmentation constante, se sentent moins bien lotis que leurs parents.

Une croissance quantitative est certes préférable à une stagnation ou un recul. Mais un doublement de la population et de la main-d'œuvre en quelques dizaines d'années entraîne son lot d'embouteillages, de pénurie de logement et de main-d'œuvre, de besoins énormes en infrastructures, sans parler des difficultés d'intégration. Si donc pour l'instant les chiffres sont bons, ils ne doivent pas nous éblouir, car ils cachent des défis considérables.

Mais alors, quelle croissance ? Pour quels défis ?

Nous ne pouvons pas nous permettre de mépriser le principe même de la croissance économique. Il faut une croissance et il faut que les gens en profitent, qu'ils soient électeurs, résidents ou frontaliers.

Tous les automatismes, ajustements et indexations ne leur servent à rien si les prix d'achats immobiliers et les loyers les leur enlèvent. La faute en incombe aux gouvernements successifs qui ont tous tablé sur des taux de croissance spectaculaires sans prévoir ni les infrastructures de transport ni les logements qui vont avec. Encore aujourd'hui, les mesures les plus discutées – taxations, lutte contre la spéculation, terrains vacants, logements sociaux, réquisition des logements vides – semblent peu concentrées sur le côté purement quantitatif du problème. Or nous savons que nous avons des retards à combler et qu'à court et moyen terme, notre démographie va continuer à fortement augmenter. Nous devons donc investir massivement en infrastructures et cela en commençant par le logement.

Même si cette question est la première question sociale du Grand-Duché, il ne s'agit pas de logement « social ». Il s'agit du logement de tous, toutes catégories sociales confondues, mais avant tout de logement

Zu Gast

Anreize schaffen, nicht bestrafen!

Max Hahn

Nein, es gibt ihn nicht, den ominösen Zaubertrank vom Druiden Panoramix. Zumindest nicht, wenn es darum geht, die Wohnungsprobleme in Luxemburg auf einen Schlag zu beheben. Im Gegenteil, es gibt wohl kein Dossier, das sich so hartnäckig auf der politischen To-do-Liste hält, wie eben das Logement. Das Puzzle der Wohnungsproblematik hat den Schwierigkeitsgrad „sehr schwer“. Es braucht also einen erheblichen Aufwand, um zu einer Lösung zu gelangen.

Die DP gehört zu jenen Kräften, die die Probleme zielgerichtet und ohne ideologische Scheuklappen angehen. Wir bleiben der Überzeugung, dass jede vernünftige Maßnahme uns in diesem Bereich einen Schritt nach vorne bringt.

Die Regierung hat bereits mannigfaltige Mittel ergriffen: zum Beispiel bei der Steuerreform, beim Wohngeld oder bei größeren Projekten mit öffentlichen Bauträgern auf Industriebrachen.

Wir warnen vor der Illusion, dass alle Probleme im Wohnungsbereich mit einem Wisch zu beseitigen wären. Dies gilt auch und zumal für die Enteignung, die von verschiedenen Seiten noch immer als innovatives Allheilmittel dargestellt wird.

Ich möchte hier noch einmal klar und deutlich unterstreichen, dass die DP nicht mit auf diesen Weg gehen wird. Mit der DP gibt es keine Wohnungspolitik, die Land enteignet, auf dem Kinder und Enkel einmal bauen sollen. Im Gegenteil, die

Max Hahn ist Abgeordneter der Demokratischen Partei

DP setzt nicht auf die autoritäre Schiene, sondern möchte die Leute durch spezifische Maßnahmen dazu anspornen, Land zu bebauen. Der Erfolg verschiedener Anreize bei der Steuerreform gibt uns dabei recht!

Es bleiben jede Menge Anstrengungen nötig, um Wohnraum zu schaffen, ohne dass Landbesitzer ihre Grundstücke verlieren. Aber wie soll das konkret funktionieren?

Eine Möglichkeit, der wir verstärkt Beachtung schenken sollten, betrifft die Vermietung von Bauland über einen festen Zeitraum, beispielsweise von 30 Jahren: Ein staatliches Organ (wie der Fonds du Logement) schließt eine Vereinbarung mit dem Besitzer ab. Das Grundstück wird bebaut und die Wohnungen oder Häuser werden vermietet. Der Landeigner bekommt eine regelmäßige Entschädigung für das Recht, auf seinem Grund und Boden zu bauen. Nach 30 Jahren kann die Übereinkunft dann entweder erneuert werden, die Immobilie geht an den Landbesitzer über oder das Grundstück wird in seinen ursprünglichen Zustand versetzt.

Soweit zur Mobilisierung von bereits ausgeschriebenem Bauland. Was jedoch Parzellen betrifft, die noch nicht als Bauland ausgewiesen sind, müssen wir dafür sorgen, dass sie nach ihrer Klassifizierung nicht brach liegen bleiben. Eine Erfolg verheißende Maßnahme ist der Baulandvertrag. Die DP hat diese Formel als erste Partei in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Ich bin davon überzeugt, dass der Baulandvertrag mittel- und langfristig die Lösung für viele unserer Probleme darstellt. Wäre er vor 30 Jahren eingeführt worden, stünden wir heute bedeutend besser da.

In Zukunft haben die Gemeinden mit dem Baulandvertrag ein Instrument in der Hand, das ihnen eine Erweiterung des Bauperimeters nur erlaubt, falls eine Garantie vorliegt, dass das neue Bauland binnen kurzer Zeit bebaut wird. Dies verhindert ebenfalls die Bodenspekulation.

Der Baulandvertrag ist im Gegensatz zur Enteignung fair und gerecht. Jeder Landbesitzer weiß so von Anfang an, wo die Reise hingeht. Er verliert auch keine *droits acquis*, sollte das Land im Falle eines Nichtbebauens wieder aus dem Perimeter gestrichen werden.

Anreize schaffen, nicht bestrafen! Das ist die Maxime der DP. Wir wollen Politik mit und nicht gegen die Menschen machen. Besonders in der Wohnungspolitik unterscheidet uns dies deutlich von anderen Parteien.

La question de la redistribution ne passe pas par les promesses « sociales » de ces prochains mois, mais par une réflexion profonde sur notre modèle de production et de sécurité sociale

mois, mais par une réflexion profonde sur notre modèle de production et de sécurité sociale. Si vous deviez rencontrer quelqu'un qui proumet une économie à grands gains de productivité et qui vous dit en même temps que le système de pensions peut rester exactement ce qu'il est, vous savez que vous êtes en pleine campagne électorale où les promesses n'engagent que ceux qui y croient.

En réalité, l'État devrait commencer par lui-même et ses communes. Son fonctionnement en silos et l'absence totale de mesure de sa propre (in)efficacité exigent des réformes fondamentales dont on ne voit même pas un début de conscience à ce jour. Pourtant, une vraie simplification des procédures et une adaptation de nos infrastructures à la hauteur de nos défis passent par là. La seconde urgence nécessite d'admettre devant les électeurs la vulnérabilité de notre système social pour le rendre apte aux changements qui s'annoncent. Enfin, il faut aider les entreprises à construire sur le terrain cette économie digitale, productive et écologique que tous veulent, mais que chacun empêche par ses considérations de détail. Non seulement les entreprises créent la richesse que nous voulons distribuer, mais elles sont aussi celles qui permettent à l'indispensable ascenseur social de fonctionner.

Avec de tels défis, renoncer à l'idée de croissance économique serait une abdication. Ce serait croire que nous pouvons réussir une transition économique et écologique sans investissement d'avenir ou que nous pouvons redistribuer les richesses produites sans en produire davantage. Pire, cela équivaldrait à perdre totalement le contrôle politique et à abandonner notre vision sociale. L'avenir est dans la croissance, mais pas n'importe laquelle.

Jean-Jacques Rommes est administrateur délégué de l'Union des entreprises luxembourgeoises.

¹ *Sustainable Development Goals* : nom utilisé pour les dix-sept objectifs de développement durable de l'Agenda 2030 établi par l'ONU en septembre 2015 à la suite des *Millennium Development Goals* de l'année 2000

locatif pour les jeunes qui se lancent dans la vie et fondent une famille. Et il s'agit aussi de « loger » les entreprises, sans lesquelles rien ne va.

Aujourd'hui, nous avons un déficit de quatre à cinq mille logements par an, mais nous nous permettons une durée de dix ans entre la planification et l'emménagement. Il est donc évident qu'il faudra commencer par accélérer les procédures pour les dizaines de milliers de logements qui sont en cours d'autorisation. À l'heure actuelle, les contraintes administratives, communales, environnementales, de voiries et autres donnent aux autorités tous les moyens pour freiner, mais les privent des moyens pour accélérer la cadence.

Si nous voulons laisser à la nature son espace tout en construisant sans contraintes environnementales dans les zones constructibles, il nous faut avancer vers un aménagement du territoire intelligent qui n'aspixie pas l'État et les entreprises dans leur indispensable développement, mais qui préserve en même temps la faune, la flore, les paysages, l'agriculture et l'eau. Cela n'est pas impossible, mais impose de penser et de planifier à l'horizontale, sans les silos où l'écologie et l'économie se permettent des cantonnements politiques et administratifs.

Notre économie aussi doit changer. Elle doit produire plus avec moins de ressources, y compris moins de ressources humaines. Après quinze ans de productivité du travail stagnante, il faut un modèle de croissance qui génère des gains de productivité. Pour cela, il nous faut promouvoir une économie du savoir, car elle est la richesse de demain et cette richesse doit croître. L'ère de la digitalisation offre des chances inespérées à cet égard. Elle commence par une adaptation de l'école, de la formation initiale et de la formation continue. Avec des collaborateurs



Il nous faut promouvoir une économie du savoir, car elle est la richesse de demain

Die kleine Zeitzeugin

Ohne uns



Fliegende Elfen, man nannte sie Schmetterlinge

Michèle Thoma

Dass es ohne uns geht, vielleicht, wahrscheinlich sogar besser, dämmert uns ja schon lange. Zumindest seit uns die treuesten Genoss_innen und Verbündeten verlassen und wir ihnen verlassen verdutzt hinterher schauen. Du liebes Bienlein! Warum stichst du mich nicht mehr, warum lässt du mich im Stich, wo ist mein Honig? Der Auerochse ist auch nicht mehr da, und vieles, was uns umfleucht und umkreucht hat macht sich rar, Wesen mit transparent schillernden Flügeln, fliegende Elfen, man nannte sie Schmetterlinge. Die Elfen sowieso, und die Feen und Kobolde, sie leben nur noch in Reservaten oder unter Island-Freaks. Manchmal, in einem begnadeten Moment, winkt so ein Naturgeist einer Naturbegeisterten uns aus einer Baumkrone zu.

Dafür wird der Wolf reimplantiert, der uns das Gesetz der Natur wieder nahe bringen soll.

„Hëllef fir d'Natur“, wozu, die Natur braucht uns nicht, wenn wir und unsere *best friends* nicht mehr da sind, macht sie halt was Anderes, was mit weniger Mensch. Ihr fällt sicher was ein. Ihr Repertoire ist unerschöpflich, die atemberaubendsten Kreationen bringt sie hervor, wir müssen uns nur surrealistische australische Ausgestorbene anschauen oder im Untergrund der Ozeane mondän Schwebendes oder Tschernobyl-Turbogewächse – der schöpferischen Fantasie der Natur sind keine Grenzen gesetzt. Sie macht radikale und immer ökologische Kunst, sie verwertet alles, ohne zu bewerten, auch uns, samt Sondermüll.

Mulmig ist es den Menschlein schon seit geraumer Zeit, immer wieder zitiert jemand den Posterspruch, der einst auf jedem WG-Klo hing, den mit dem letzten Baum, dem letzten Fisch, der Indianerweisheit des letzten Indianers. Getreu dem Pädagogenspruch, der besagt, dass der beste Pädagoge der ist, der sich selber überflüssig macht, kommen wir der Idealvorstellung des besten Menschen gefährlich nahe.

Oder? In anderen Weltgegenden finden das viele übertrieben, eine europäische Angst. Unsere chinesischen Mitmenschen übernehmen flexibel die Jobs der Bienen und roboten als Bestäuber_innen, viele Menschen ersetzen viele Bienen, bis sehr bald viele Roboter_innen oder eine bestäubende Drohnenfee die altmodischen hinfalligen Mini-Flugkörper ersetzen. Geht doch, alles halb so wild. Alles gar nicht mehr wild. Bis auf Weiteres.

Belächelt werden wir Europäer_innen zunehmend mit unserem museal-konservativen Natur-Kultur-Verständnis. Wir wollen alles erhalten, die Bäume, die Leitkultur, die Leitwolfkultur, die Demokratie, aussterbende Sprachen, Insekten, die wir nicht mal essen; wir wollen durch freundliche europäische Stadtzentren schlendern und dem Musealen zuprosten, während draußen der Dschungel lodert. Ein paar Meter abseits liegen die Gestrandeten, die das Meer überwunden haben, auf dem Pflaster von Paris. Und alles wächst uns über den Kopf.

Während man in anderen Kulturräumen mit vollkommen anderen Kulturträumen Nägel mit Köpfen macht, oder Köpfe Nägel machen beziehungsweise rosa-graue Zellen in allen möglichen Kombinationen entwerfen. Oder handfeste Autos bauen. Autos, die selber fahren, jajagähn, gibt es schon. In Paris, London und so weiter fahren längst U-Bahnen ohne Fahrer_innen, wer nicht einsteigt, wird bald nirgends mehr einsteigen, nur noch zur Aussteigerin taugen. In Kalifornien, wo die Kinder der Sonne wohnen, die Greise der Sonne auch, rollt ab April das auch per Gesetz vom Menschen endgültig befreite Auto.

Lutz und das Wunderauto hieß ein Buch in meiner Kindheit. Ein Wunderauto fuhr und flog das Kind Lutz um die Welt, am meisten beeindruckte mich das All-inclusive-Büffet. So ein Auto gab es aber nicht! Jetzt gibt es es, mit oder ohne Büffet, Fliegen sicher auch bald.

Lutz darf (noch) mit, muss aber nicht. Ein_e Führerscheinbesitzer_in auch nicht. Auto kann es auch ohne, und darf es auch ohne, der Datenschreiber schreibt fleißig mit.

Vielleicht wird ja das Cash-betriebe, an der Raketenspitze des Fortschritts stehende Luxemburg das erste Land in Europa sein, das seinem Autofetisch diese ultimative Freiheit gewährt?

Dass der Fortschritt uns überrollt, auf so eine Idee kommen wahrscheinlich nur die zaghaften, antiken Rest-Europäer_innen.

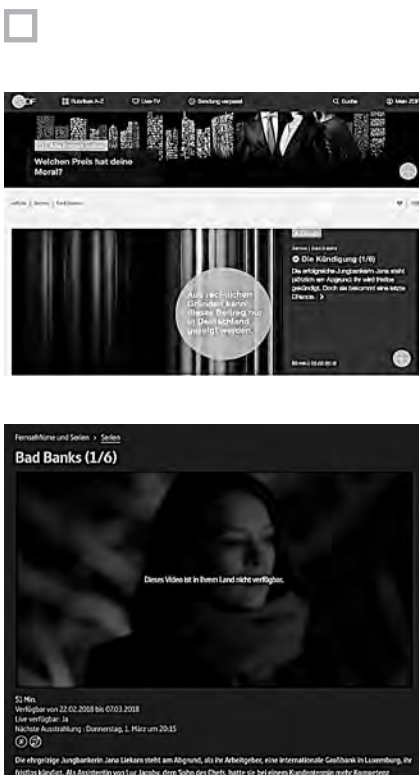


« Ne pas nettoyer la vitre ! » dit la pancarte collée sur ladite vitre de l'installation *Pavlina and Dr Erlenmeyer* de João Penalva (2010) – c'était lors de l'installation de l'exposition au Mudam, ce mercredi. Penalva, né en 1949 au Portugal, vient de la danse et n'est passé aux arts plastiques que dans les années 1980, lorsqu'il s'installa à Londres. Depuis, il s'est fait un nom avec ses grandes installations épiques, comme celle-ci, qui parle de l'inventeur de la naphthaline et d'un entomologiste retraité, Pavlina, ayant donné son nom à l'œuvre. Ce soir, vendredi 2 mars, le Mudam inaugure une grande exposition monographique consacrée à João Penalva, qui s'étend sur 700 mètres carrés. Le musée possède des œuvres de Penalva. Son exposition devrait faire doublement plaisir à la nouvelle directrice du Mudam, Suzanne Cotter : une des grandes expositions de Penalva eut lieu au Serralves à Porto en 2005, musée qu'elle dirigea de 2013 à 2018 (*mudam.lu*). jh



tablo

Politique



Geoblocking m'a tuer

C'est le genre de truc qui vous fait détester, au choix, l'Europe, la logique de marché ou la « modernité ». Après tout le buzz occasionné par la première, d'abord à la Berlinale (voir page 19), puis cette semaine au LuxFilmFest, de la série *Bad Banks*, on avait bien sûr envie de voir l'œuvre coproduite non seulement par Arte et le ZDF, mais aussi par la société luxembourgeoise Iris Production (Nicolas Steil). Désirée Nosbusch, Marc Limpach et Germain Wagner y incarnent des rôles principaux, cela parle de banques et de machinations obscures et cela joue en partie au grand-duché. Mais aussi bien Arte que le ZDF avertissent l'internaute luxembourgeois que ce contenu n'est pas accessible hors d'Allemagne, pour des raisons de droits d'auteur. Les contributeurs luxembourgeois peuvent donc payer la série – 1,8 million d'euros, soit un cinquième du budget – mais ne pas regarder ce qu'ils ont financé. Bravo ! jh

Expositions

Save our Turbine Hall!

Il faut commencer à faire monter la pression pour la protection de la Halle des soufflantes à Belval. Vendredi dernier, nos confrères du *Tageblatt* publiaient une longue enquête sur les projets culturels de l'équipe d'Esch 2022 d'un côté – Janina Strötgen et Andreas Wagner comptent y installer leur quartier général – et ceux des libéraux au gouvernement (Marc Hansen, Xavier Bettel) de l'autre, envisageant une destruction de cette dernière grande infrastructure industrielle de Belval non encore occupée. À la fin des années 1990 déjà, le gouvernement CSV/LSAP voulait y installer une « salle de concerts pour jeunes » selon un système *box-in-the-box*. Or, une fois le projet déposé, vinrent les élections de 1999 et le changement de coalition – le DP remplaçant les socialistes – et l'idée fut abandonnée. En 2007, le directeur de l'année culturelle Robert Garcia (Déi Gréng) ne s'y trompa pas en organisant ses principaux événements, comme l'exposition *All we need*, dans cette impressionnante infrastructure. Depuis, l'état du bâtiment construit en 1911 s'est encore dégradé, un argument pour le Service des sites et monuments nationaux (cité par le *Tageblatt*) de décréter sa réhabilitation trop chère par rapport à sa valeur architecturale. Après l'abandon du projet d'un Centre national de la culture industrielle et la destruction du Hadir Tower à Differdange, ce serait un autre drame pour le patrimoine industriel. Pourtant, tous les bourgeois libéraux reviennent émerveillés de Londres et de la Tate Modern, dont la célèbre Turbine Hall, transformée en 2000 par Herzog & De Meuron, ne date que des années 1940. Il serait temps qu'un décideur politique reconnaisse la valeur esthétique et historique de la Halle. Le maire d'Esch, Georges Mischo (CSV), ne veut pas donner de feu vert à une démolition. jh

Scènes

Vider son sac

Ian de Toffoli a le vent en poupe. Alors qu'il vient d'être choisi par un jury pour la prochaine résidence d'auteur à Berlin, attribuée par le Focuna et les Lëtzeburger Bicherfrënn, le Théâtre du Centaure monte sa pièce *Tiamat*. Le texte, qu'on avait pu découvrir au Fundamental Monodrama Festival en 2016, dans une lecture scénique minimaliste de Pitt Simon, est le soliloque d'un frontalier qui fait fortune dans la haute finance au Luxembourg et est soudain pris de remords. Jean Boillot, le directeur du Nest de Thionville (coproducteur du spectacle), met en scène, Valéry Plancke joue (première ce soir, 2 mars, jusqu'au 18 mars ; *theatrecentaure.lu*). jh

La Philharmonie transfigurée

Ce soir, vendredi 2 mars à 20 heures, aura lieu le deuxième épisode du *Red Bridge Project* 2018 : après *Violon phase*, en septembre au Mudam, Anne Teresa De Keersmaecker et sa compagnie Rosas présentent sa chorégraphie *Verklärte Nacht* (2014) sur le morceau éponyme d'Arnold Schönberg à la Philharmonie. La chorégraphe se réjouit que la production se danse ici, exceptionnellement, sur une interprétation *live* par l'OPL, sous la direction d'Alain Franco (*philharmonie.lu*). jh

Théâtre

Jung² & Nüsse

Alarme pour les amateurs de théâtre : la semaine prochaine, le Thalia Theater de Hambourg viendra au Luxembourg pour trois spectacles extraordinaires. Parce que le Thalia est une des meilleures scènes germanophones, que ses acteurs sont tous excellents, et que, en plus, on aura ainsi la joie et le plaisir de retrouver les Luxembourgeois André Jung et sa fille Marie sur la scène du Grand Théâtre. L'ouverture de cet échange germano-luxembourgeois se fera mercredi 7 et jeudi 8 mars avec l'adaptation, par Antú Romero Nunes, de la *Dreigroschenoper* de Bert Brecht & Kurt Weill, classique parmi les classiques. Le lendemain, vendredi 9 mars, André Jung et Barbara Nüsse, une des très grandes dames du théâtre allemand, interpréteront *Späte Nachbarn* d'Alvis Hermanis, sur un texte d'Isaac B. Singer, une comédie douce-amère sur la vieillesse (photo : Krafft Angerer). Puis, dimanche, 11 mars, la troupe du Thalia – dont Marie Jung et Barbara Nüsse – donneront le *Zola Marathon*. Conçue par Luk Perceval, le directeur artistique du Thalia, en trois spectacles – *Liebe, Geld, Hunger* –, sur base des vingt romans de la série des Rougon-Macquart d'Émile Zola, la trilogie a été montée en trois années à la Ruhrtriennale. Le marathon se déroule sur huit heures, commence à 11 heures dimanche et se termine, avec pauses et animations, vers 19 heures (nous y reviendrons ; *theatres.lu*). jh

Politique

Poil à gratter

Si le DP croyait pouvoir récolter des voix faciles en occupant le ministère de la Culture, il s'est trompé : même si Jo Kox doit encore, vite, vite, présenter le *Plan de développement culturel* (promis depuis 2013) juste avant les élections, le 30 juin, Xavier Bettel risque de passer une mauvaise année (culturelle) d'ici octobre. En effet, l'historienne et compagne d'Enrico Lunghi, Catherine Gaeng, est là pour lui rappeler sa mauvaise gestion de l'affaire politico-médiatique qui s'était soldée, en 2016/2017, par la démission d'Enrico Lunghi à la tête du Mudam, le départ à la retraite anticipée d'Alain Berwick chez RTL et une indignation généralisée dans les milieux culturels internationaux. Après la diffusion, par RTL (photo) d'un reportage tendancieux et grossièrement manipulé mettant en cause la politique curatoriale d'Enrico Lunghi au musée, sur base d'accusations d'une seule artiste qui se sentait exclue, Bettel avait précipitamment mis au pilori public Lunghi. Pour son livre *Lynchage médiatique et abus de pouvoir – Chronique de l'affaire « Lunghi/RTL/Bettel »*, Gaeng a consciencieusement épluché tous les documents, matériels vidéo et articles pour reconstituer l'affaire sous un autre angle. Et dévoiler le pot-aux-roses. Le livre est paru en auto-édition et sera présenté mercredi prochain, 7 mars, à 18h30 à la Librairie Alinéa à Luxembourg-Ville, où il sera en vente au prix de 20 euros, jh

Musiques

Nostalgie, mode d'emploi

At The Drive-In (ATDI) viendra partager sa rage post-juvénile de jeune quarantenaire à la Rockhal ce lundi 5 mars. La formation d'El Paso, plébiscitée à juste titre à l'aube des années 2000 pour *Relationship of command*, qui demeure un pur concentré de furia post-hardcore et d'envoies cryptico-lyriques, s'est reformée onze ans après ce coup de maître. S'ensuivent des tournées lucratives, un album, *In•ter a•li•a*, en 2017 avec presque tous les ingrédients propres à ATDI (un membre et non des moindres a claqué la porte depuis) sans que la sauce prenne vraiment, mais en veillant à brosser la nostalgie dans le sens du poil. Pourtant, on n'aura du mal à en vouloir réellement à ces anciens jeunes punks de vouloir prendre une revanche sur le destin en réclamant leur part de gâteau. Pour le mythe, on repassera... ATDI sera accompagné de Death From Above, duo dance-punk également réformé et de Le Butcherettes, trio punk'n roll mexicain. da

Bouillabaisse

Le Gudde Wëllen propose mercredi 7 mars une double affiche placée sous le signe du télescopage. Si No Metal In This Battle s'est construit une belle réputation intra- et hors frontières avec un mathrock empreint d'afrobeat, les Français de Selen Peacock demeurent encore une belle énigme. Pourtant, leur pop jazzy et dadaïste aime brouiller les cartes en emboitant cuivres à la Charlie Haden aux collages d'un Animal Collective avec un grain de candeur digne d'un Robert Wyatt. da

Theater

Gibt es ein Nebel nach dem Tod?

josée hansen

„Witze sind die Flaschenpost, mit der die Verzei-
felten ihre gellendsten Hilfeschreie aussenden.“
David Foster Wallace

Die Puristen sind schockiert. Wie kann jemand es wagen, den Kultroman *Infinite Jest* von David Foster Wallace, der bei seiner Erstveröffentlichung 1996 sofort zur Bibel einer desillusionierten Generation wurde und dessen deutsche Übersetzung, *Unendlicher Spaß*, an der Ulrich Blumenbach sechs Jahre lang gearbeitet hat, über 1 500 Seiten dick ist, zu einem Theaterstück von knapp vier Stunden zusammenzustreichen? Thorsten Lensing kann. Wie er es schon bei Dostojewskijs *Brüder Karamasow* gemacht hatte, ein Stück das den über tausendseitigen Roman auf ein Fragment, ein Skelett reduzierte, mehrfach ausgezeichnet wurde und vor zwei Jahren im Grand Théâtre gastierte. Lensing, 1969 geboren, hat sich einen Namen in der freien Theaterszene gemacht. Er arbeitet langsam und textorientiert, macht nur ein Stück alle zwei oder drei Jahre und kann jeweils die besten Schauspieler verpflichten: Ursina Lardi, Sebastian Blomberg, Devid Striesow und der Luxemburger André Jung sind wieder mit dabei. Zwei Jahre lang hat Lensing an der Textfassung gearbeitet, diesmal zusammen mit dem jungen Luxemburger Dramaturgen und Regisseur Thierry Mousset. Auch Lensings Probenprozesse sind ungewöhnlich, ziehen sich über längere Perioden hin. Thorsten Lensing liebt und vertraut Schauspielern und sie geben es ihm zurück. Letzte Woche feierte *Unendlicher Spaß* in Berlin Premiere. Die Koproduktion der Théâtres de la Ville de Luxembourg kommt im November nach Limpertsberg.

Hal Incandenza ist ein „Tennis- und Wörterbuchwunder“ und gerade mal 18 Jahr alt, wenn das Stück beginnt. Er spricht an der Uni vor, erleidet jedoch einen Nervenzusammenbruch und kann nur noch einen schmerzzerfüllten Schrei von sich geben. Flashback zu Hals elf Jahren, ab denen die Geschichte dann linear weitererzählt wird. Ursina Lardi, die schon bei *Karamasow* dabei war, jedoch auch in Romeo Castelluccis *Ödipus der*

Thorsten Lensing inszeniert Foster Wallaces *Infinite Jest* mit viel transzendentelem Humor in Berlin. Im Herbst kommt das Stück nach Luxemburg

Tyrann oder Milo Raus *Mitleid*. Die Geschichte des *Maschinengewehrs* internationales Aufsehen erregte, ist ein wunderbar zierlicher, ganz in Adidas-Weiß gekleideter und auf Plateauturnschuhen stehender Hal. Überdurchschnittlich intelligent und sportlich sehr begabt, ist Hal auch ein zärtlicher Bruder für den etwas älteren Mario, der „schrecklich verfrüht und verhunzelt“ auf die Welt gekommen ist und sich heute nicht als behindert definiert, sondern als stünde er bloß vor „charakterbildenden körperlichen Herausforderungen“. André Jung spielt den bald 18-, bald 20-Jährigen mit großer Finesse, einer naiven Lebensfreude und einem Glauben an Gott und die Welt, die ihn zur positivsten Figur des Stückes machen. Die nächtlichen Dialoge zwischen Hal und Mario, an der langen Metallplatte der Bühne lehnend und auf ein Kissen gebettet, gehören zu den bewegendsten Momente des Stückes. Der große Bruder der beiden, Orin, ist American-Football-Spieler, sexbesessen und kaum an der Familie interessiert. Devid Striesow verpasst ihm eine Mischung aus Zynismus und Verlorensein.

Foster Wallace, selbst manisch-depressiv – er erhängte sich nach einer langen Leidensgeschichte 2008 – glaubte an Humor als Ausweg aus dem

Leiden des Lebens, oder als Möglichkeit, dieses Leiden zu transzendieren. Genau diese Philosophie übernimmt Thorsten Lensing in seiner Lektüre des Romans: wenn nichts einen Sinn hat, kann man auch über die Grausamkeit des Lebens lachen. Sebastian Blomberg, der als Vogel in Orins Whirlpool einen Herzinfarkt erleidet, ist einfach zum Schreien komisch; Devid Striesow als komplexierter, umarmungsscheuer Ex-Junkie in der Gruppentherapie der Anonymen Alkoholiker unvergleichlich.

Neben dem Erzählstrang der Familie Incandenza hat Thorsten Lensing auch den der Drogenzugsklinik zurückbehalten, unter der Aufsicht des früheren Diebes und schmerzmittelsüchtigen Don Gately (sehr zurückhaltend gespielt von Heiko Pinkowski): hier begegnen wir all den Ausgeschlossenen Amerikas, den Süchtigen, den vom Leben Gezeichneten. Die Geschichte der crack süchtigen Grace (Jasna Fritzi Bauer), die ihre Schwangerschaft und die Totgeburt ihres Babys sehr nüchtern schildert, ist fast unerträglich. Denn in dieser Leistungsgesellschaft Amerika, die Foster Wallace porträtiert, gibt es auch die Geschundenen, die Vergessenen, die Phobischen und die Verlierer. „Ein Roman aus Scherben“ nennt der Presstext *Infinite Jest*. Aus diesen Scherben macht Thorsten Lensing ein aufwühlendes Mosaik.

Unendlicher Spaß von David Foster Wallace, in der Übersetzung von Ulrich Blumenbach; Textfassung: Thorsten Lensing, unter Mitarbeit des Dramaturgen Thierry Mousset und von Dirk Pilz; Regie: Thorsten Lensing; Mitarbeit Regie: Benjamin Eggers-Domsky; Bühne: Gordian Blumenthal & Ramun Capaul; Kostüme: Anette Guther; es spielen: Jasna Fritzi Bauer, Sebastian Blomberg, André Jung, Ursina Lardi, Heiko Pinkowski und Devid Striesow; die Koproduktion der Théâtres de la Ville de Luxembourg wird noch an diesem Wochenende, am 2., 3. und 4. März an den Sophiensälen in Berlin gezeigt, geht dann auf Deutschlandtournee, unter anderem zu den Ruhrfestspielen Recklinghausen, und kommt am 15., 16. und 17. November 2018 nach Luxemburg; www.sophiensaale.de.



Devid Striesow, Ursina Lardi und André Jung: Thorsten Lensing arbeitet mit den Besten ihres Fachs

Fotografie

Familien, Geschichte

Boris Loder

Leineneinband mit dem Blumenmuster eines Vorhangs, hellrosa Vorsatzpapier als pastellige Klammer für die abgedruckten Schwarzweißfotografien – *Commonplace* von Tamsyn Adams und Sophie Feyder präsentiert sich als optisch ansprechendes Fotobuch. Beim Blättern durch die minimalistisch gelayouteten Seiten mit maximal einer Fotografie pro Buchseite setzt sich das visuelle Wirkprinzip dieses Werks fort. Was zunächst wie ein historisches Familienalbum aussieht, stellt sich als Gegenüberstellung zweier privater Bildersammlungen einer schwarzen und einer weißen südafrikanischen Familie heraus. Die auf den Doppelseiten kontrastierten Bilder beider Familien weisen jeweils auf visuell-ästhetischer Ebene Parallelen auf, etwa in Bezug auf Posen, Kleidung oder Komposition.

Das Nachwort erklärt das Konzept von *Commonplace*, das ursprünglich in Form zweier separater Forschungsprojekte zur Rolle privater Fotografien bei der Vermittlung Südafrikanischer Geschichte entstand. So zeigt die Drummond-Fyvie-Sammlung die 150-jährige Geschichte einer englischsprachigen weißen Familie aus Estcourt in KwaZulu-Natal an der Ostküste Südafrikas. Demgegenüber zeigt die Ngilima-Sammlung das Leben der Schwarzen in der Umgebung von Benoni, östlich von Johannesburg, in den 1950-er Jahren zu Beginn der Apartheid. Die Luxemburger Politikwissenschaftlerin Sophie Feyder, die sich in ihrer Masterarbeit mit populärer schwarzer Fotografie in Johannesburg beschäftigte, traf im Rahmen ihrer Forschungsarbeit auf Farrell Ngilima, mit dem gemeinsam sie die Sammlung seines Großvaters aufarbeitet, die inzwischen zu einem wichtigen Bestandteil ihrer derzeitigen Promotion an der Universität Leiden geworden ist.

Commonplace vertritt im Gegensatz zu den Forschungsprojekten nicht den Anspruch, das Politische zu reflektieren, sondern fokussiert sich stattdessen auf die Alltäglichkeiten der beiden Familien, um persönliche Implikationen des politischen Kontexts darzustellen. So verweisen Feyder und Adams darauf, dass es sich bei dem Buch um eine Übung in visueller Gegenüberstellung handelt.

Vor diesem konzeptionellen Hintergrund und mit der Kenntnis des politischen und geografischen Kontexts beginnt der Betrachter, die Interrelationen zwischen den Bildern zu interpretieren, etwa wenn dem sonnigen Gruppenfoto aus dem üppigen Garten der Drummond-Fyvies das der Ngilima-Familie im Schatten einer kargen Wellblechhütte gegenübergestellt wird. Auch in anderen Bildern stellt der Garten der weißen Familie einen prominenten Hintergrund dar, in dessen Blumenwiese eine



Der Betrachter kann die Interrelationen zwischen den Bildern interpretieren

junge Frau posiert, während die Mädchen der Ngilima-Familie vor Betonwänden und auf erdigem Untergrund die Blüten als Muster auf ihren Kleidern tragen.

Doch vermitteln die Doppelseiten keineswegs kontrastive Klischees. Wenn aus beiden Sammlungen schick gekleidete Damen in matrosenartigen Streifenmustern nebeneinander posieren, sind die sozioökonomischen Unterschiede erst auf den zweiten Blick ersichtlich. Während die barfüßige weiße Dame jene modische Kleidung als Freizeitoutfit am Strand trägt, zeigt das Bild aus der Ngilima-Sammlung eine breitbeinig, resolut posierende Frau in ihrem Sonntagskleid – möglicherweise auf dem Weg in die Kirche.

Die meisten Doppelseiten des Buchs, das mit Unterstützung des CNA und der C uvre nationale de secours Grand-Duchesse Charlotte entstand, funktionieren über diese ästhetisch-formalen Bezüge von Bildaufbau, Bildelementen und Mustern. Zusammengehörigkeiten entstehen durch die orgelpfeifenartige Anordnung der Familienmitglieder, markante Hirtenst cke von ähnlicher Form oder auch die Schatten der

In *Commonplace* stellen Tamsyn Adams und Sophie Feyder zwei private Bildersammlungen gegenüber, die einer schwarzen und die einer weißen südafrikanischen Familie

jeweiligen Fotografen, die sich über den Boden hin zu den Motiven erstrecken und subtil auf die Hintergrundgeschichte der Privatsammlungen verweisen.

In den exzellent arrangierten Paarungen treten neben eher subtilen Parallelen auch erstaunliche Ähnlichkeiten hervor, sei es Tanzfotos, die bei ähnlichen Schritten entstanden sind, oder amateurschauspielhaft inszenierte Messerstechereien. Angenehm ist, dass die Autoren bei der Gegenüberstellung zu keinem Zeitpunkt in platte oder ironische Klischees verfallen und die Bilder beider Sammlungen unterm Strich ausgesprochen viel Lebensfreude vermitteln.

Das Konzept des visuell und historisch interessanten Projekts *Commonplace* geht auf. Die ästhetischen Verbindungen laden ein, sich mit den Bildern auseinanderzusetzen und das Ausmaß der Gemeinsamkeiten zu hinterfragen.

Tamsyn Adams, Sophie Feyder: *Commonplace*. Fourthwall Books. 204 Seiten. Info: www.fourthwallbooks.com

Theater

Finstere Zeiten

Anina Valle Thiele

Wer sich auf *Blackout* einlässt, braucht starke Nerven! Claire Thill hat sich am Genre des Horrorfilms inspiriert und einmal tief in die Mottenkiste gegriffen, so scheint es. Sie jongliert in ihrer düsteren Inszenierung mit Anspielungen an bekannte Horrorfilme wie *Shining* und lässt die Puppen im Kapuzinertheater tanzen. Das Resultat ist eine gruselige Show, die ein diffuses Gefühl der Beklemmung hinterlässt ...

Claire Thills Stück *Blackout* ist eine gruselige Show, die ein diffuses Gefühl der Beklemmung hinterlässt

Gelungen ist *Blackout* vor allem dramaturgisch. Die Bühne liegt im Dunkeln, eine bedrohliche Ansprache läutet die apokalyptische Atmosphäre des Stücks ein. Anfangs kauert eine Frau im gelben Regenmantel noch wie eine zusammengefallene Puppe in den Zuschauerreihen, dann steht sie auf einmal auf der Bühne. Neben ihr ihr Zwilling. Das Schwesternpaar wird sich etwas zuraunen, auf Japanisch murmelt Sayoko Onishi unverständliche Formeln – während Marc Baum als Wetterexperte Bernhard Bergdahl, ein Fernsehmoderator mit Hang zu schlechten Witzen („Esst auf, Kinder, sonst gibt es morgen kein gutes Wetter, haben wir den Kindern immer gesagt. Das Resultat der Klimaerwärmung: fette Kinder!“), mit ausufernden Gesten den Zuschauern seiner Sendung die Wetterlage präsentiert. Der Meteorologe Bergdahl nimmt seine Arbeit ernst. Er liebt und lebt seinen Job. „Ich war und bin ein glücklicher Mensch“, plappert er selbstgewiss vor sich hin, obwohl ihn längst eine dunkle Vorahnung beschlichen hat. Die anhaltende Hitze will nicht abnehmen. Kein Wölkchen in Sicht! Stattdessen taucht Katharina Wuest (Larisa Faber), Mitarbeiterin für meteorologische Sonderfälle (AMS), wie aus dem Nichts auf und bezirzt den schwitzenden Wetterfrosch. Doppelbödig ist ihr Geplänkel um Erderwärmung. Die Bedrohung liegt in der Luft. Auf ein Hoch folgt bekanntlich ein Tief. Und während Tiefdruck Melancholia längst im Anmarsch ist, zerstreut Wuest Bergdahls Sorgen, währenddessen sie mit einem Pflanzen-Befeuchter durch die Gegend sprüht.

Die schneidige Agentur-Dame trimmt den verstörten Meteorologen auf Optimismus, doch irgendetwas ist unheimlich an ihrem Spiel. Die Heimsuchung geschieht schleichend und subtil. An einem kleinen ausgetrockneten Blumenbeet am vorderen Bühnenrand kniet der Meteorologe mit Schweißperlen auf der Stirn in der Vorahnung der nahenden Klimakatastrophe. Der Mensch erscheint angesichts der Naturgewalt machtlos. Die Dialoge sind meist gescheit und doppelbödig. „Das ist doch kein Theaterspektakel über das Wetter!“ Die Ironie der Wortspiele wissen Larisa Faber und Marc Baum nuanciert zu interpretieren. Die Agentur meldet die nahende Erlösung durch das Tief Melancholia, den ersehnten Regen, während Bergdahl schwitzend von gigantischen Spinnenwesen halluziniert.

Ein Vulkan brodelte auf dem Bildschirm, Katharina Wuest fletscht die Zähne wie ein Werwolf, während das Schwestern-Duo davor warnt, dass die Zeit ablaufe. Finstere Zeiten schufen von je her Raum für Kreativität. Die apokalyptische Stimmung 1816, dem Jahr ohne Sommer, inspirierte Mary Shelley zu *Frankenstein* und Lord Byron zu *Die Finsternis*, heißt es im Stück. Claire Thill knüpft an diese Traditionen an und schöpft aus dem Fundus politischer Vorfälle der vergangenen Jahre, um dem Publikum den Spiegel vorzuhalten. Die nahende Klimakatastrophe ist in *Blackout* nur die große Klammer. Spätestens, wenn es auf der Bühne blitzt und donnert und den zuckenden Schwestern wie Mörderpuppen das Blut aus den Mundwinkeln rinnt und Bernhard Bergdahl mit flimmerndem Blick in den Wahnsinn abgleitet, fühlt man sich auch als Publikum heimgesucht – vorausgesetzt natürlich, man lässt sich auf das Gruselspektakel ein wie auf eine Geisterbahnfahrt. Der Butoh-Tanz Sayoko Onishis verstärkt die Beklemmung. Gruselstücke sind sicher nicht jedermanns Sache, doch auf der Ebene der Effekte hat Claire Thill mit *Blackout* ein kunstvolles Bühnenstück geschaffen, das beeindruckt. Faber und Baum überzeugen in ihren Rollen. Wenn die schöne Wetterfee am Ende das Zepter übernimmt, ist der Realitätsverlust perfekt!

Blackout; Regie, Konzept & Text: Claire Thill; mit: Marc Baum, Larisa Faber, Pascale Noé Adam, Sayoko Onishi u.a. Dramaturgie und Regieassistentz: Oliwia Hälterlein, Musik: Emre Sevidindik; Video: Melting Pot; Choreographie & Tanz: Sayoko Onishi; Produktionsleitung & Kommunikation: Jill Christophe; Produktionsleitung Capucins libre: Ben Bauler; Koordination Garderobe, Maske & Requisite: Michelle Bevilacqua & Anatoli Papadopolou; Garderobe: Anna Bonelli, Maske: Claudine Moureaud. Eine Produktion des Theaterkollektivs Independent Little Lies, Koproduktion: Centre culturel Kulturfabrik Esch-sur-Alzette, Centre culturel régional opderschmelz Dudelange; mit der Unterstützung der Théâtres de la Ville de Luxembourg. Weitere Vorstellung am 23. Oktober 2018 opderschmelz Dudelange.



Marc Baum als Wetterexperte Bernhard Bergdahl

Théâtre



Steve Karier en pape et Valérie Bodson en Sofia

Saintes manigances

Fabien Rodrigues

Qui n'a jamais rêvé de connaître les secrets d'alcôve du Saint Siège ? Croyant, croyante ou aucun des deux, il est indéniable que s'inviter « dans la maison de Dieu » a tous-jours revêtu la couleur du fantasme pour l'humain, celle du blanc de l'aube suprême et du pourpre riche des cardinaux... C'est dans cet État du Vatican, qui rayonne bien plus qu'il ne s'étend, où règnent les intrigues autant que les dogmes, qu'évoluent les personnages de *La chambre des larmes*, un texte de Franck Leprévost mis en scène par Catherine Schaub et représenté au Théâtre d'Esch la semaine dernière. Un polar tragicomique caustique et frais, qui sait se jouer habilement du religieusement correct...

Michel vient d'être élu pape. Il ne s'appelle pas encore vraiment Michel : c'est le saint patronyme qu'il s'est choisi, à la surprise du conclave qui l'a choisi. Un choix dicté par le vent de pure dévotion, de simplicité et de modernité qu'il souhaite insuffler à son règne à peine entamé. C'est en tout cas ce qu'il explique à Monseigneur Falcone, le Cardinal Camerlingue, et Monseigneur von Harden, le Maître des Cérémonies Liturgiques, lorsqu'il les rejoint dans la Chambre des larmes – cette salle attenante à la Chapelle Sixtine dans laquelle il est de réputation pour tout nouveau souverain pontife de fondre en sanglots avant sa première allocution publique. Les incarnations respectives de la richesse du Saint Siège et du droit canonique l'attendent de pied ferme, semblant savoir exactement ce qu'il faut faire pour continuer à tirer les ficelles dans l'ombre... Mais qu'à cela ne tienne, Michel Premier n'a pas l'intention de se laisser dicter sa conduite et n'hésite pas à faire voler les expressions « ordination des femmes », « mariage des prêtres » et « assainissement des comptes » à la face des deux conseillers désabusés.

À Esch-sur-Alzette, Catherine Schaub a su servir une version enlevée et agréablement distrayante de *La chambre des larmes* de Franck Leprévost

Mais l'arrivée de Sofia, comptable de la Banque du Vatican, en fuite, recherchée par tous et cachée dans cette même pièce va non seulement chambouler ce Pape progressiste, mais également faire exploser une bombe d'odieuses vérités qui ne laisseront personne indemne, et surtout pas les deux cardinaux véreux...

Pour incarner ce quartet en huit-clos, on retrouve tout d'abord Steve Karier en pape très justement déséquilibré entre le poids d'une fonction pour laquelle il s'est préparé toute sa vie et les sentiments ambigus qui l'habitent toujours, et Valérie Bodson dans le rôle d'une lanceuse d'alerte traquée tout à fait crédible, mais dont on voit malheureusement plus souvent le dos que le visage. C'est cependant la paire composée de Denis Jousselin et Fred Nony, incarnant les sulfureux cardinaux Falcone et von Harden, qui constitue la véritable force de la pièce, navigant en eaux troubles, entre humour, cynisme et déni, chacun à sa façon. Ainsi, si Jousselin régale le spectateur en Camerlingue perfide, nant et manipulateur, il trouve en Nony un partenaire égal, mais fondamentalement différent, tout en honte, en fausse modestie et en pâmoisons de vieille donzelle effarouchée...

Au fur et à mesure des échanges et des révélations, beaucoup de sujets très actuels seront abordés : la presse *people*, l'État Islamique et ses destructions de patrimoine historique, la condition féminine, les réseaux mafieux... La mise en scène juste – si on passe outre les quelques positionnement malencontreux – et simple permet au spectateur de se concentrer sur le texte qui regorge de moments tantôt drolatiques – on retiendra l'humour cardinal qui estime qu'un collègue quinquagénaire est un « adolescent » ou encore la répartie rhétorique de « Michel » – tantôt graves et révélateurs des maux que doit affronter aussi régulièrement que publiquement l'Église catholique.

Ainsi, grâce à un savant mélange de contexte et de contenu, Catherine Schaub a su servir une version enlevée et agréablement distrayante de cette *Chambre des larmes* présentée pour deux soirs seulement au Théâtre d'Esch, qui prouve là une fois de plus la qualité de sa programmation.

La chambre des larmes de Franck Leprévost ; mise en scène : Catherine Schaub ; scénographie Marius Strasser ; assistante à la mise en scène : Agnès Harel ; avec e.a. Valérie Bodson, Denis Jousselin, Steve Karier et Fred Nony ; pas d'autres représentations prévues.

Theater

Im Rausch

Claude Reiles

Im Schimmer eines zarten Lichts wimmert Jeannes Silhouette am Rande eines Friedhofs. Wie aus der Surrealität des Jenseits winkt die kleine Tochter Marion ihr mit Blumen in den Händen zu. Sie ist nicht tot, doch wird sie sterben. Und ihr schrullig-divenhafter Geliebter, der Dramatiker Maurice, wird unter Mordverdacht stehen. Aus Karrieresucht und im Rausch einer gemeinsamen Nacht mit seiner Affäre Henriette wird er sich einmal wünschen, die Kleine solle sterben. Diese affektive Floskel wird beleuchtet und dem Kommissariat zugespielt.

Regisseur Frank Hoffmann inszeniert August Strindbergs *Rausch* am Théâtre naional in einer Koproduktion mit Recklinghausen, Hannover und Berlin. Und Hoffmanns Bühnenarbeit überzeugt auch und gerade im Detail. Mit nahezu impressionistisch anmutenden Klängen am Klavier begleitet René Nuss die Darsteller in die Eingangsszene. Dort wird die formale Marschrichtung deutlich. Die Banalität der Handlung wird in der Form komplex – sowohl auf der Ebene von Stimmungsbildern als auch auf im Bühnenbild. Christoph Rasche liefert eine Bühne aus kreuz- und kubusförmigen Modulen, sie sind beweglich und vervollständigen mit den zwei verschiebbaren Vorhängen ein Gesamtbild, das dem Publikum eine Wahrnehmung erlaubt, die Grundstein für Strindbergs Konzeption ist: *Rausch* ist eine aus fiktiven und autobiografischen Elementen zusammengestellte Erinnerungscollage aus dem Leben des schwedischen Dichters. Kunstkrise, glücklose Ehen und der Tod des eigenen Kindes werden durch Lichtverhältnisse, Geräuschkulisse und Bühnenvariationen als Erinnerung, als nüchterne Gegenwart und manchmal als traumhaftes Zwischenstück erzählt. Die Erzählung gleitet zwischen Friedhof, Crêmerie und Partyraum hin und her.

Stadlober, Koch und Macaulay brillieren in Hoffmanns Strindberg-Inszenierung und Christoph Rasche liefert dazu eine großartige Bühne



Die Darsteller brillieren und tragen den Abend

Die Regie darf, wohl auch aufgrund der breitgefächerten Koproduktion, mit einem Ensemble aufwarten, das dieses Kulissenspiel mit Leben füllt. Mag der Produktion auch so manches Mal der Spannungsbogen fehlen, die Darsteller brillieren und tragen den Abend: Robert Stadlober spielt den Dramatiker Maurice hochkomisch und cholerisch, verzweifelt und körperlich grotesk überspannt. Wolfram Koch als Pfarrer und Kommissar liefert eine herrliche Vorstellung ab. Souverän vermag er beide Rollen zu mimern, ohne völligen Kostümwechsel, ja, er thematisiert den Wechsel beider Figuren sogar nach den Mitteln des epischen Theaters. Auch Jacqueline Macaulay wirkt in ihrer selbstherrlich hedonistischen Lebensauffassung und lasziv weiblichen Art sehr überzeugend. In weiteren Rollen spielen Kaly und Yuki Bara-Nuss, Sinja Dieks, Maik Solbach, Christiane Rausch, Roger Seimetz und – herrlich in ihren wahn-erfüllten Gesangseinlagen – Maria Gräfe. Auffällig ist in diesem Sinne, dass gerade Koch und Stadlober mit ihrer Gestik zu großen darstellerischen Momenten beitragen. Und kaum ein Detail schleicht sich so sehr durch das Spektrum der Eindrücke hindurch wie dieser eine Moment nach Maurices polizeilicher Vorladung, in dem Wolfram Koch seine obere Wangenmuskulatur einmal kurz aufzucken lässt, bevor er auf dem Bühnenboden hinter die Kulissen gezogen wird. Es mag unglücklich sein, sich bei einem solchen Ensemble auf einen Darsteller zu versteifen, aber Wolfram Koch zählt nun einmal zweifelsohne zu den Größten seines Fachs.

Mit *Rausch* von August Strindberg ist Frank Hoffmann eine dramaturgisch akzeptable, im Sinne der formalen Gestaltung von Kulisse, Licht und Motivik, nicht zuletzt darstellerisch hervorragende Arbeit gelungen.

Rausch von August Strindberg; Regie: Frank Hoffmann; Bühne: Christoph Rasche; Kostüme von Jasna Bosnjak; Musik und Toneffekte: René Nuss; Licht: Daniel Sestak; Maske: Sylvie Walisch-Kill; Regieassistentz: Tom Dockal und Sally Merres; mit Robert Stadlober, Sinja Dieks, Kaly und Yuki Bara-Nuss, Maik Solbach, Jacqueline Macaulay, Christiane Rausch, Wolfram Koch, Maria Gräfe, Roger Seimetz und René Nuss, eine Produktion von TNL, Ruhrfestspiele Recklinghausen, Schauspiel Hannover und Deutsches Theater Berlin. Weitere Vorstellungen am 2., 3., 6. Und 7. März. Informationen unter www.tnl.lu; Karten unter Telefon 47 08 95 1 oder im Internet www.luxembourgticket.lu/ sowie an der Abendkasse ab 19.00.

Théâtre

De l’atrocité humaine

Fabien Rodrigues

La guerre dans toute son atrocité. Voici qui sert de toile de fond à l'histoire d'amour chaotique, aussi passionnelle que vouée à l'échec entre Ian et Cate dans *Anéantis*, la dernière mise en scène de Myriam Muller au Grand Théâtre. Après avoir été plébiscitée pour son *Dom Juan* ou encore *Blind Date*, cette dernière s'attaque à un texte tout à fait différent mais toujours fort de la jeune Sarah Kane (1971-1999), auteure au destin tragique, pour en livrer une version crue, abrupte et percutante dont il est difficile de sortir indifférent.

Ian et Cate s'aiment. Ils s'aiment horriblement mal, mais ils s'aiment. Ils sont tous deux malades, plus ou moins sévèrement. Lui, journaliste local en apparence, est vulgaire, odieux et dégueulasse. Il s'impose à Cate, jeune fille en manque d'avenir et aux crises incontrôlables, comme une bête mâle s'impose à une femelle. Il plaque, tire, crache, renifle. Elle crie, fuit, revient, allume... Dès les premières minutes c'est limpide : tout cela ne finira pas bien. D'autant plus que Ian est condamné et qu'il ne fait pas grand-chose pour préserver le peu de vie qui lui reste. Dans ce pays rongé par la guerre urbaine que l'on imagine facilement en ex-Yougoslavie ou en Europe Centrale, Ian boit sans soif et fume clope sur clope, tente de jouir tant qu'il le peut avec sa partenaire d'infortune. Il est également à l'affût : loin de n'être qu'un simple journaliste, Ian est aussi un soldat. Il a tué, il a offensé. Alors qu'un soldat du camp adverse fait irruption dans la chambre d'hôtel qu'il partage avec Cate, le pointant de son fusil d'assaut, le bâtiment est bombardé.



Ian (Jules Werner) et Cate (Elsa Rauchs)

Au Grand Théâtre, Myriam Muller livre une version crue, abrupte et percutante d’*Anéantis* de Sarah Kane

La jeune fille s'est enfuie, il ne reste que lui pour servir de proie à ce soldat assoiffé de sexe et de sang, peu importe avec qui et dans quel ordre. Car il a déjà trop fait et trop vu pour garder un semblant de conscience humaine... Alors que la situation extérieure empire entre bombes et famine, les trois personnages imposent leur extrême à l'autre, sous le regard impassible d'une narratrice lasse, fantôme de l'amour perdu du combattant barbare.

Pour Kane, montrer cette barbarie, c'est faire acte de reconnaissance de la barbarie elle-même. Indignée par l'indifférence des médias européens face à la tragédie bosniaque, elle écrit *Anéantis* pour dénoncer de manière explosive. Si le texte trouve malheureusement un écho strident dans l'actualité internationale, il pose un défi de taille pour la mise en scène : comment montrer et conjuguer les atrocités de la guerre, le sexe violent, les mutilations à l'amour persistant et l'espérance ?

Myriam Muller y parvient habilement en mettant en exergue le caractère de pardon et de rédemption de la pièce. Dans leur folie, les personnages ne cessent de transpirer le regret, la tristesse des actes commis, passés et présents. L'humain ne s'efface ainsi jamais complètement, induisant une empathie presque dérangeante chez le spectateur. Le jeu d'acteur y est évidemment pour quelque chose : Elsa Rauchs et Jules Werner sont époustouflants dans l'incarnation de ce duo infernal, chacun répondant à la folie de l'autre et l'amplifiant, sans retenue, dans un ballet des corps tantôt glauque voire macabre, tantôt attendrissant, pendant quelques secondes... Ian et Cate sont là, les comédiens s'effacent devant les personnages. Le comédien franco-syrien Ramzi Choukair vient compléter l'action, sa gueule de méchant au service d'une énergie impeccable, sous le regard lointain et vaporeux de la narratrice Garance Clavel.

Comme cadre à l'interaction sordide de cet *Anéantis*, un décor multiple adéquat, qui sait suggérer en quelques instants la passion interdite, la violence d'une explosion de mortier ou encore les quelques minutes d'éternité qui précèdent la fin ultime... Tout est envoyé au visage du public, il est presque dommage que l'innommable ne soit pas plutôt suggéré, tu, pour en amplifier encore la portée dramatique et le choc. Mais c'est certain, cette adaptation de Myriam Muller rend hommage tant à la volonté de montrer de l'auteure britannique qu'au Grand Théâtre par son exécution sans faille.



Le soldat (Ramzi Choukair) et Ian (Jules Werner)

Anéantis de Sarah Kane, traduit de l'anglais par Lucien Marchal ; mis en scène par Myriam Muller, assistée d'Antoine Colla ; scénographie et costumes : Christian Klein ; musique : Bernard Valléry ; lumières : Philippe Lacombe ; avec Garance Clavel, Ramzi Choukair, Elsa Rauchs et Jules Werner ; une production des Théâtres de la Ville ; dernière représentation au Studio du Grand Théâtre ce samedi 3 mars à 20 heures ; www.theatres.lu.

Exposition

Un Américain à Beaubourg

Lucien Kayser

Il est des cadeaux empoisonnés, semant la discorde, comme le fait le bouquet de tulipes, de Jeff Koons, il est vrai gonflé à une hauteur de dix mètres, d'autres carrément mortifères, et si vous voulez, vous remontez jusqu'au cheval de Troie ; il en est heureusement qui honorent donneur ou donateur comme bénéficiaire. Ce qui est le cas au plus haut point en l'occurrence, pas moins de 28 œuvres, osons dire la plupart des chefs-d'œuvre, une donation exceptionnelle que l'artiste américain Jim Dine vient de faire au Musée national d'art moderne, exposées toutes bien sûr en ce moment au niveau 4 du Centre Pompidou à Paris. Pour Jim Dine, une façon de payer ce qu'il appelle sa dette culturelle et personnelle à l'égard de la France ; pour Bernard Blisthène, le directeur du Musée et commissaire de l'exposition, l'attitude n'est pas moins notable, avouant qu'il s'est trouvé gêné par pareille générosité, tout en sachant qu'il fait un métier de prédateur.

Avec une trentaine d'œuvres donc, voilà une exposition qui dément les rétrospectives monstres, dépassant la centaine, allant jusqu'à 200 ou plus. Car elle n'en retrace pas moins, avec une grande acuité, le parcours de Jim Dine, dans l'ordre chronologique des salles. D'autant plus qu'elle insiste sur ce qui fait une force, ou l'originalité, de cet artiste, son

va-et-vient continu, ses passages entre poésie, peinture et sculpture. Comme si tout cela ne faisait qu'un, un art qui puise au plus profond d'une intimité, mais toujours en relation étroite avec le monde alentour, artistique et autre.

Le ton est donné dès l'entrée, dans le couloir. Des deux côtés, Jim Dine a inscrit au mur des poèmes qui lui ont été inspirés par Paris, au long d'une cinquantaine d'années, comme des coups de projecteur, et au bout, trait d'humour, un « guide » de la capitale, « boulevard balayé avec des brindilles », un peu de sarcasme, pour tel couple dans un restaurant, « toutes ces horreurs délicates/ comme être/ côte à côte pour toujours ». Aux deux bouts du couloir, des jalons de son art : une fenêtre aux deux verres opacifiés, d'un noir très compact, avec une hache plantée dans le cadre supérieur ; une Vénus qu'il s'est appropriée, décapitée, taillée rudement dans le bois, recouverte d'une lasure noire.

La hache, elle accompagne le visiteur à ses premiers pas ; il en est deux enfoncées dans un tronc d'arbre, nous sommes toujours dans les années soixante, une autre, de couleur rouge, est démesurément allongée. Jim Dine avait un grand-père propriétaire d'une quincaillerie, et les outils, quels qu'ils



Nancy and I at Ithaca (Straw Heart), 1966-1969

soient, lui servent, il les peint, les moule, les coule en bronze, faisant art de tout outil (et pareillement au pinceau, y voit des objets de désir).

À parcourir l'exposition, on tombe de la sorte sur des objets, plus noblement des motifs récurrents. Il y a chez Jim Dine un élan lyrique qui lui fait anoblir ce à quoi il touche, du réel ça passe au rite. À la même époque déjà, des éléments de la garde-robe entrent dans son art, les deux pièces d'un habit, veston, pantalon, accrochées sur des cintres suspendus au tableau, avec au sol une paire de chaus-

sures noires. Mais l'homme lui-même reste absent, ce sera pour plus tard, nous confrontant avec de superbes autoportraits, avec des visages sortant d'un magma pictural, de plusieurs couches de matière et de couleurs et tonalités qui s'entremêlent.

Ils sont trois dans la donation et dans l'exposition, trois figures de Pinocchio, du personnage de Colodi au long nez pointu, planté là sur de gros blocs de bois. Trois expressions de ce que Jim Dine a toujours considéré comme une métaphore de l'art, « morceau de bois qui parle » : l'un a le corps teinté légèrement, hors la tête, Geppetto a été sablé, au contraire, un deuxième à l'allure annoncée par le titre *The Prince*, fière quasi insolente, et le troisième enfin, *I'm keeping his arms warm*, se trouve très coloré, habits bleu et rouge, et seul tranche justement le tissu blanc, tel un bandage, autour des bras.

Sans doute que pour le grand public Jim Dine est associé plus souvent, définitivement, à la forme symbolique du cœur, avec ses connotations d'émotion, d'amour, de vie. Qu'il en ait, lui, du cœur, la donation en apporte la preuve on ne peut plus chaleureuse. Cœur peint, dans l'exposition, qui date de 1971, inspiré par la musique de Poulenc, auquel est attachée, paradoxalement, brutalement,

Vingt-huit œuvres, une donation au Centre Pompidou, retraçant le parcours de Jim Dine, poésie, peinture, sculpture

de haut en bas, une scie à bois manuelle ; grand cœur doré fait de paille, bien antérieur, couché sur le sol, qui faisait partie d'un environnement de huit sculptures monumentales à la Cornell University d'Ithaca. Ce cœur-là, *Nancy and I at Ithaca*, associant l'artiste et son épouse à l'époque, et reliant par le nom la ville américaine à l'île grecque s'Ulysse, voilà qui sied parfaitement à Jim Dine.

L'exposition de Jim Dine *Paris Reconnaissance* au Centre Pompidou, Musée, niveau 4, ouverte au public jusqu'au 23 avril 2018, tous les jours de 11 à 21 heures sauf le mardi ; Centrepompidou.fr.



10.3.2018 - 19.04.2018

www.centredart-dudelange.lu



Guillaume Barborini

L'AUTRE PAYS



Célie Falières

HEIMWEH



Eric Schumacher

FINDERS
KEEPERS
SURFACE SWEEPERS



Berlinale / Films made in Luxembourg

Das Erbe Luxemburgs

Martin Theobald

Bad Bank. Im vollen Namen „Bad Debt Bank“ oder „Bank für schlechte Verpflichtungen“, oder Abwicklungsbank oder Auffangbank. Nach Definition ist dies ein gesondertes Kreditinstitut zur Aufnahme von Derivaten und Zertifikaten von in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Emittenten und zur Abwicklung so genannter notleidender oder fauler Kredite sanierungsbedürftiger Banken. Ziel ist es, Ausfallrisiken auf Dritte, eben die Abwicklungsbank, zu übertragen. Seit der Finanzkrise des ausgehenden vergangenen Jahrzehnts ist dies ein bekanntes Konstrukt der Bankenwelt. Telegen gesprochen, verspricht das spannende Verwicklungen, Entwicklungen, Intrigen in der dubiosen, zwielichtigen, selbstüberschätzten, korrupten Welt der globalen Finanzströme, berichtet von Staatsbankrotten und erzählt von Investmentbankern im Anblick des Existenzminimums – mitsamt exotischer Handlungsorten auf den Caymaninseln im Rosamunde Pilcher-Setting, in den Hinterzimmern des Vatikans oder auch in einer Spelunke in Stadtgrund Luxemburgs. Mit politisch inkorrekten Männern und immer neuen undurchsichtigen Finanzprodukten, die nur dazu erfunden werden, um den Gewinn zu maximieren und die Steuern zu sparen. Spannender Stoff für eine Fernsehserie. Es sei denn, das Zweite Deutsche Fernsehen nimmt sich dieser Thematik an. Heraus kommt dann *Bad Banks*. Ein sechsteiliger Episodenfilm. Mit luxemburgischer Beteiligung, Iris Productions sorgt für den internationalen Flair und dafür, dass es Wortfetzen und Halbsätze in Luxemburgisch gibt. Einige davon werden untertitelt.

Die Serie erzählt in sechs Folgen die Geschichte der deutschen Jungbankerin Jana Liekam, gespielt von Paula Beer, der eines Tages der Job bei einer luxemburgischen Bank gekündigt wird, in der Papa im Aufsichtsrat sitzt und Sohnemann (Marc Limpach) ein wenig spielen darf. Dabei hat Liekam sich im Großherzogtum so herrlich bequem eingerichtet, der adrette Freund und dessen Tochter aus einer anderen Beziehung geben die gepflegte Familienkulisse in einem schick eingerichteten Appartement. Da bleibt keine lange Vakanz. Sie wird an die Deutsche Global Invest in Frankfurt am Main vermittelt. Gabriel Fenger (Barry Atsma), der neue

Spannender Stoff für eine Fernsehserie. Es sei denn, das Zweite Deutsche Fernsehen nimmt sich dieser Thematik an. Heraus kommt dann *Bad Banks*

Chef des dortigen Investmentbankings, nimmt sich der talentierten, überfliegenden Liekam an. Den Deal eingefädelt hat Christelle Leblanc (Désirée Nosbusch) – klingt ein wenig nach Christine Lagarde – ein Fernsehzuschauer, der Böses dabei denkt –, die selbstredend irgendwann eine Gegenleistung fordert. Und weil es nur sechs Folgen gibt, bleibt wenig Zeit für Geplänkel, da muss es direkt zur Sache gehen. Liekam, Fenger, Leblanc – damit ist das Dreieckskonstrukt der Protagonisten aufgebaut: engagierte Jungbankerin im H&M-Chick, die sich plötzlich in der Glanzwelt der Frankfurter Börsenwelt wiederfindet, trifft auf bösen, skrupellosen Investmentbanker, der mit dem Fahrrad durchs Büro fährt, anschließend vor seinen Angestellten das Hemd wechselt, sowie der Grauen Eminenz aus Luxemburg, die mit der ganzen Welt noch eine Rechnung und eine Flasche Rotwein offen hat. Die Auftakt-Rückblende wird zu Beginn der letzten Folge als Intro zum großen Crash genutzt.

Die Serie ist nach der „How does she do it“-Erzählweise aufgebaut. Eine Vorschausequenz zum Start der ersten Folge zeigt den Zusammenbruch der fiktiven Deutschen Global Invest mit entsprechendem Crash des Finanz- und Bankensystems.



Die Luxemburger Marc Limpach und Désirée Nosbusch als skrupellose Banker



Luxemburg, Deutschland, Europa und die ganze Welt vor einer neuen Finanzkrise, weitaus schlimmer als die historische vor zehn Jahren. Dann die Rückblende „Luxemburg, acht Wochen vorher“, heile Welt in der großherzoglichen Vorstadt um 5:28 Uhr morgens. Es beginnt die chronologische Erzählung, die unvermeidlich auf die große Katastrophe zusteuert. Dabei ordnet sich alles dem Wohl und Wehe, der Genese und dem Charakter der Hauptdarstellerin unter. Schnell, sehr schnell ist die Unterteilung der Welt in Gut und Böse geschaffen, bekommt der Bösewicht ein paar nette Züge, die Bösewichtin noch das ein oder andere mütterliche Attribut ins Drehbuch geschrieben. Die Charaktere sind holzschnittartig gezeichnet. Der blasse Kollege hat tiefe Abgründe in seiner Seele, die Kollegin mit thailändischem Migrationshintergrund darf ihre Brüste raushängen lassen. Das ist gewagt. Das gab es noch nie. Das ist neu.

Die Serie hält sich nicht mit tiefen Studien über das Wesen der Banker und die Welt der Finanzströme auf. Klischees müssen reichen. Auch auf die Erklärung von Bankprodukten und Prozedere bei der Finanzierung von Großprojekten wird komplett verzichtet. Irgendetwas in Leipzig muss „geclosed“

werden, und das in vier Wochen, was – warum auch immer – verdammt knapp ist. In etwas weniger als sechs Stunden Erzählzeit hält sich die Serie nicht an lästigen Details auf; die hätte der Zuschauer ohnehin bis zur nächsten Folge vergessen. Er wird nicht damit überfrachtet, nachvollziehen zu können, wie ein kleines Rad die gesamte Maschinerie zur Implosion bringen kann und – vor allen Dingen – warum es keine Kontrollmechanismen gibt. Die Bankenwelt wird in eben jenem Haifischkapitalismus dargestellt, den man seit der letzten Finanzkrise eigentlich überwunden glaubt oder glaubte. Die Story bleibt recht simpel, auch wenn der Geheimdienst mitspielen und eine Enthüllungsplattform im Internet den Deus Ex Macchina gibt, geht es konventionell zu in Schnitt und Regie, in Drehbuch und Kostüm, ein wenig wie *Das Erbe der Guldenburgs* oder *Ein Fall für Zwei*. Nur eben in der Bankenwelt. „Keiner will der Letzte sein, der das Licht ausmacht.“ Mit nettem Gimmick, wenn Telefonate eingehen. „Das hier ist meine Privatnummer. Keine Anrufe auf meinem Diensthandy“, raunzt Leblanc die Liekam an. Der Zuschauer bemerkt erstaunt, auch Vorstandsmitglieder von Banken haben ein Privatleben. Und ein zweites Smartphone mit Rufnummernübertragung.

Die Serie wurde von der luxemburgischen Iris Productions koproduziert, mit Unterstützung des Film Fund Luxemburgs. Premiere feierten die ersten beiden Episoden bei der diesjährigen Berlinale, sowie diese Woche beim Luxembourg City Film Festival. Beim Betrachten der Serie wünschte man sich mehr luxemburgisches Selbstbewusstsein, das der Serie ein wenig mehr Pepp und vielleicht an der ein und anderes Stelle einen anderen Impetus mit mehr Wagemut gegeben hätte. In seinen Pressedossiers und Folgenbeschreibungen jedenfalls lässt das ZDF Luxemburg zum Fürstentum verkommen. Vielleicht auch weil Wunschkpartner Liechtenstein drei Tage vor Drehbeginn kalte Füße um die vielen Briefkastenfirmen bekam. Im Ergebnis ist es eine nette Kartoffelchips-Serie, die für einen verregneten Märzsonntagnachmittag taugt.

Bad Banks. Mit Paula Beer, Désirée Nosbusch, Marc Limpach und anderen. Regie: Christian Schwochow. Sechs Episoden mit jeweils rund 50 Minuten. Deutschland, Luxemburg: 2018. Folgen 1 & 2 am 03.03, ab 21:45 Uhr, 3 & 4 am 04.03, ab 22:00 Uhr, 5 & 6 am 05.03., ab 22:15 Uhr im ZDF. Oder bis Ende August 2018 in der ZDF-Mediathek: www.zdf.de/serien/bad-banks.

Berlinale

Künstlerischer Populismus

Martin Theobald

Schwarz statt Rot. Dieter Kosslick, Präsident der Internationalen Filmfestspiele von Berlin, wechselte seinen Schal. Er trug einen dunklen Halswärmer während der Berlinale-Tage, denn den bekannten roten. Schließlich wollte der Chef des größten Filmfestivals der Welt ein Zeichen setzen und an die #MeToo-Bewegung erinnern. Und wenn schon nicht der rote Teppich die Farbe wechseln durfte, so war es dann der Schal. Was kaum jemanden auffiel, weshalb sich Kosslick ständig und stets bemühte, darauf hinzuweisen, dass sein Schal schwarz sei. Nicht rot. Mehr Populismus ging kaum. Damit ist die diesjährige Ausgabe der Berlinale eigentlich in ihrer Gänze beschrieben und zusammengefasst.

Uneigentlich erledigte die Jury des Wettbewerbs das, was das Festival hätte leisten können. Sie setzte ein deutliches Zeichen und prämierte *Touch me not* der rumänischen Regisseurin Adina Pintilie als besten Film mit den Goldenen Bären. Der Film ist eher ein Konstrukt, eine Versuchsanordnung, denn ein herkömmlicher Streifen. Die Hauptdarstellerin versucht ihre eigene A-Sexualität zu ergründen, indem sie sich selbst mit



Adina Pintilie nimmt den Goldenen Bären für ihren Film *Touch me not* entgegen

vielen Spielarten und Ausdrucksweisen des menschlichen Geschlechtstriebes konfrontiert. Übertragend und eindrucksvoll, auch grenzüberschreitend ist dabei die Annäherung an die Sexualität von Menschen mit Behinderung. Die Regisseurin selbst wird im Film sichtbar, greift aktiv ein, übernimmt sogar die Position der Hauptdarstellerin, weshalb die Grenze zwischen Fiktion und Dokumentation eine ungenaue, unsichere wird und eigene Perspektiven in Frage stellt. Das Werk wirkt wie ein filmisches Manifest zur #MeToo-Bewegung, um selbstbestimmte, angstfreie, weibliche Sexualität. Die auch mit Männern kann.

Der Silberne Bär als Großer Preis der Jury ging an den polnischen Film *Twarz* (Gesicht) von Małgorzata Szumowska. Handlungsort ist Nirdgendwo in der polnischen Provinz, wo sich die Kirchengemeinde anschickt, die größte Jesus-Statue der Welt zu bauen. Größer noch als diejenige in Rio de Janeiro. Beim Bau geschieht ein Unfall. Fortan dreht sich der Film um Identität, Liebe, Außenseiter. Die Regisseurin setzt dabei auf feinen Witz und Ironie, um den Katholizismus im polnischen Alltagsleben fein zu ziselieren. Die Darsteller-Bären gingen an Ana Brun aus Paraguay in *Las Herederas* (Die Erbinnen) und Anthony Bajon aus Frankreich in *La Prière*. Der Franzose spielt einen Drogenabhängigen, der in einem kirchlichen Projekt in den Alpen auf Entzug geht, später entscheiden muss, ob er dem Ruf der Erlösung oder Erweckung folgt oder seiner ersten Liebe. Eindrucksvoller das Spiel von Ana Brun. Sie ringt um Emanzipation und Selbstbestimmtheit, Freiheit und Selbständigkeit in der Beziehung zu ihrer Partnerin. Dabei gibt der Alltag in der paraguayischen Hauptstadt Asunción einerseits, die Gaunereien der Partnerin andererseits das Set vor. Die Entwicklung von der seditierten Lebenspartnerin zur mutigen Chauffeurin gelingt Brun dabei in bemerkenswerter Weise. Für eine Überraschung war die Jury unter Vorsitz des deutschen Regisseurs Tom Tykwer doch noch gut, in dem sie den US-amerikanischen Filmemacher Wes Anderson mit dem Silbernen Bären für die Beste Regie auszeichnete. Andersons Animationsfilm *Isle of Dogs* (Ataris Reise) ist eine Hommage an das japanische Puppentheater und Nippons Popkultur abseits der Mangas. Ein unterhaltsamer Film, der dennoch eine Botschaft hat in Zeiten des Populismus.

Die diesjährigen Filmtage von Berlin zeigten deutlich, dass das Festival sich um seine Zukunft mühte. Prahlte Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller während des Berlinale-Empfangs in der luxemburgischen Botschaft damit, dass im vergangenen Jahr 370 000 Tickets verkauft worden seien, so waren es in diesem Jahr lediglich 330 000. Grund dafür mögen auch die schwachen Wettbewerbe der vergangenen Jahre

Die Berlinale droht den Anschluss an die beiden anderen großen A-Filmfestivals in Cannes und Venedig zu verlieren, wenn sie lediglich die Farbe des Schals wechselt, anstatt sich grundsätzlich zu positionieren

gewesen sein, die letztendlich auf den Nimbus der Filmfestspiele abfärbten. Kosslick fühlt sich im Großen wie im Ganzen ungerecht behandelt von einem undankbaren Publikum. Weshalb er dieses mit einer erschreckenden Unlust quält. Auffällig jedoch war, dass die Anzahl der Hollywood-Stars in diesem Jahr eher bescheiden ausfiel. Okay, Tilda Swinton und Isabelle Huppert gehören in Berlin zum Inventar.

Die Berlinale droht den Anschluss an die beiden anderen großen A-Filmfestivals in Cannes und Venedig zu verlieren, wenn es lediglich die Farbe des Schals wechselt, anstatt sich grundsätzlich zu positionieren. Zu letzterem gehört, dass die Filmfestspiele einen Künstlerischen Leiter brauchen, der sich um die Qualität und die Programmierung des Wettbewerbs kümmert, während ein zweiter Direktor sich der Organisation widmet. Es braucht Klarheit und Struktur im Programm und nicht jedes Jahr eine neue Sektion. Dazu muss vor allen Dingen die Nachfolge von Dieter Kosslick geregelt werden, dessen Vertrag im Mai kommenden Jahres ausläuft. Größter Geldgeber der Berlinale ist die Kulturbefauftragte der Bundesregierung – derzeit Monika Gruiters (CDU). Sie fiel in den vergangenen Jahren nicht gerade durch eine große Liebe zum Kino, wie zur Kultur im Allgemeinen auf, und sucht derzeit mit Hinterzimmer-Diplomatie nach einem neuen Berlinale-Direktor. Wohl mit passendem Parteibuch.

Und Luxemburg? Das Großherzogtum sorgte im Wettbewerb für einen kurzen, knapp einminütigen, doch glanzvollen Auftritt. Vicky Krieps spielte in der Romy Schneider-Hommage *Drei Tage in Quiberon* das Zimmermädchen, das in das Hotelzimmer tritt, in dem die Diva besoffen auf dem Boden liegt. Ohne Worte macht Krieps deutlich, wie schnell Star-Dasein in abgrundtiefe Enttäuschung abgleiten kann.

STIL

Cyril B.

Le 3 mars, sera célébrée la journée internationale de la vie sauvage. Ce sera donc, mathématiquement parlant, la plus grande fête de l'année. Oubliez le 8 mars, journée internationale des droits des femmes, qui ne concerne que la moitié des sept milliards d'humains, soit environ 3,5 milliards de personnes. Samedi, il va falloir souhaiter bonne fête à 19 milliards de rats, l'espèce sauvage la plus répandue, ainsi qu'à quelques milliards d'autres animaux peuplant nos forêts, nos océans, nos airs et, pour les plus affectueux, nos penderies et nos literies. Vous pourrez également avoir une pensée pour les quelques 3 500 tigres, 20 000 rhinocéros, 30 000 lions, 100 000 girafes, 100 000 gorilles ou les 150 000 chimpanzés qui vivent encore à l'état sauvage. Ces chiffres font évidemment froid dans le dos quand on les compare, par exemple, à la population de notre pays. On compte donc aujourd'hui, sur notre planète, plus de Luxembourgeois que la somme de tous les survivants de ces espèces emblématiques de la diversité naturelle. Autrement dit, chacun d'entre nous pourrait adopter un de ces animaux sauvages.

D'ailleurs, un tel parrainage ne serait pas forcément une idée incongrue dans la mesure où les températures glaciales de ces derniers jours nous ont apporté, de nouveau, la vision de vieilles en vison devisant en ville. C'est sans doute le niveau de vie élevé de la capitale qui permet de croiser, dans un habitat naturel s'étendant sur un périmètre principalement situé entre le Limpertsberg et Bel-Air, avec une concentration particulière rue Philippe II et Grand-rue, autant d'animaux sauvages transformés en confortables et onéreux manteaux : visons, zibelines, renards argentés, castors ou rats musqués ont donné le meilleur d'eux-mêmes pour contribuer à la multiplication des looks Cruella d'Enfer pour madame, grizzly pour monsieur, qu'on croyait pourtant socialement inacceptables depuis les campagnes de l'association PETA où des top-modèles déclaraient préférer être à poil plutôt qu'en fourrure (c'était avant les campagnes #MeToo où l'on apprenait, visiblement, qu'elles auraient sans doute préféré, en réalité, être habillées d'une armure pour certains shootings avec des photographes professionnels).

Depuis quelques années, la fourrure n'est pas réservée qu'à quelques vieilles fortunes, à la peau tannée par les heures passées en croisière ou dans les salons de bronzage, abritant leur lifting derrière des couches de fond de teint et des lunettes Gucci surdimensionnées, mais s'est relativement démocratisée, sous une forme un peu plus minimaliste : le collier de poils qui orne les capuches des doudounes, pour les hommes

Au poil



Depuis quelques années, la fourrure n'est pas réservée qu'à quelques vieilles fortunes

comme pour les femmes. Il n'est plus rare, en effet, de croiser des individus arborer un feston de longs poils soyeux au revers de leur capuche. Ce second retour en grâce du poil fait suite, sans doute, à la multiplication des barbes masculines qui avait déjà revalorisé notre côté « Néanderthal ». Il est d'autant plus surprenant qu'aucun d'entre nous n'aurait accepté de s'accourter de la sorte si ses parents l'avaient demandé. On peut spéculer, au choix, sur une future mode du passe-montagne qui gratte ou, sans doute tout aussi désagréable, sur une troisième vague de mode du poil, qui passerait par l'abandon de toute forme d'épilation. Quoi qu'il en soit, les poils sont de sortie, pour le meilleur et pour le pire, pour l'homme des cavernes comme pour la femme du Kirchberg.

Le propos n'est pas ici de stigmatiser les plus riches, même si l'exercice a toujours des vertus roboratives, surtout quand il cible ceux dont le mauvais goût est proportionnel au compte bancaire. Il semble en effet un peu malhonnête de jouer à la police des pelisses, et prendre pour prétexte le bien-être des animaux, de toute façon déjà bien mis à mal par les duvets qui garnissent nos vêtements, la laine qui sert à tricoter nos pulls ou le cuir qui sert à faire nos chaussures (sans parler du filet américain de hier midi ou de la tartine de Kachkéis de ce matin). L'étonnement provient plutôt de la capacité de nos mentalités à transformer les symboles du « mal » en modèles du « cool », en à peine quelques années. Il est peu probable que les animaux tués pour nous tenir chaud aient été chassés par des braconniers sans foi ni loi. Ce sont certainement des animaux d'élevage, quand ils ne sont pas tout simplement inexistantes, la fourrure synthétique résultant des miracles de l'industrie moderne pour lesquels les seules victimes à déplorer sont les élèves des filières scientifiques qui doivent subir d'interminables cours de chimie organique. Toutefois, on remarquera que le projet de loi n°6994, sur la protection des animaux, actuellement au stade des amendements parlementaires, vise à interdire l'élevage d'un animal en vue de l'utilisation principale de la peau, de la fourrure, des plumes ou même de la laine. La dignité et le bien-être de l'agneau seraient donc mieux préservés par un élevage visant à le transformer en gigot et en chapelet de merguez que par des tontes régulières pour prélever sa laine. Esthétiquement, quand on voit un mouton rasé de près, ça se défend, mais il n'est pas certain qu'on ait demandé l'avis à l'animal concerné. Quoi qu'il en soit, pour nous réchauffer, il ne restera plus que des *Mettwurstchen* bien chaudes, les sous-pulls en tergal, les feux de cheminée et, sans doute le plus écologique d'entre tous, les câlins... à poil sous la couette.

L'endroit



Qui se rend au **Bar Bar** (photo : GD) que l'artiste-peintre Eric Mangen a ouvert à Ehlang-sur-Mess est doublement surpris à l'arrivée. Primo, parce que sans tomtom, il aura du mal à trouver l'endroit, aucune enseigne n'ayant été visible lors de notre passage, ni devant ni sur la façade. Et à l'intérieur du grand cube en béton, inutile de s'attendre à découvrir une des fresques multicolores qui recouvrent en général des murs entiers quand le créatif s'y met. Ici ce sont plutôt des détails plus intimistes qui attirent le regard. Des pensées sensuelles ou aguicheuses, des cartes postales accrochées au plafond avec, au milieu, l'un ou l'autre soutien-gorge, voire des chaussettes. Du mobilier baroque dans un coin, un long comptoir plus contemporain dans l'autre. Il fallait bien un artiste pour faire fonctionner ce mignon bric-à-brac qui, ma foi, dégage une chaude atmosphère, le café bénéficiant d'une belle luminosité grâce à un pan de mur tout en verre offrant une vue sur le paisible village. De l'originalité, on en trouvera aussi côté boissons offertes. Les alcools qu'on découvre derrière le comptoir ont été choisis avec soin, certains étant des breuvages rares et exclusifs, et le « vermouth de la casa » est sec mais onctueux. Ceux qui auront raté la grande ouverture ce jeudi pourront se rattraper en participant à la « Paëlla party » du 8 mars. GD

L'endroit

La formule commence à fleurir aux quatre coins de la ville comme, avant elle, celle des burgers. Il s'agit du « healthy & organic food » dont raffole une jeune génération obsédée par la taille de guêpe, les abdos et le ventre ultra plat. Une série de mini-cantines font surface, où l'on se nourrit surtout de l'inévitable quinoa, de salades vitaminées, de soupes, de yaourts et, pour ceux qui ne savent se passer d'un péché mignon, de différentes sortes de cafés avec brownies et cookies. Dernier arrivé parmi ces nouveaux temples de la nutrition rapide, **The Stove** (photo : GD), qui a pignon sur cour de l'Alima Bourse, juste à côté du « Rawdish », proposant le même genre de produits. Au bar, deux soupes et deux quiches sont servies chaudes, les coquilles au fromage et au jambon ou les nouilles asiatiques pouvant aussi être réchauffées sur place. Le tout à des prix compétitifs se situant dans les sept à huit euros. Aspect intéressant : lorsque vous dites au responsable de vente avoir vu que leurs cuisines se trouvent à Mensdorf à l'adresse de Panelux (voire de Fischer), il devient muet. Il n'est sans doute pas sensé l'annoncer. Mais nous savons ainsi que, ce qui était à la base une idée plutôt alternative à la restauration classique est désormais sur le point d'être englouti à son tour par les rois de la monopolisation. GD



L'immigration dans le football luxembourgeois

Influence du football de rue et du football en club sur l'inclusion des immigrés

Le mémoire du jeune historien Jean Ketter, dirigé par Denis Scuto à l'Université du Luxembourg et primé meilleur mémoire de Master 2 par la Fondation Robert Krieps, analyse en détail les différentes vagues d'immigration au Luxembourg à partir de la fin du XIX^e siècle, en particulier dans le Bassin minier. Il revisite le mythe de l'intégration soi-disant facile des premiers Italiens par le sport, alors que cette intégration a été plutôt le résultat d'un faisceau d'éléments dont la scolarisation au Luxembourg, la vie professionnelle ou le mariage.

Le livre de 260 pages richement illustré est disponible en librairie au prix de 25 euros ou peut être commandé en ligne sur www.land.lu, par téléphone 48 57 57-32, courriel land@land.lu ou fax 49 63 09.

Dans ce contexte le football de rue a permis aux jeunes immigrés d'entrer en contact quotidien avec leurs camarades luxembourgeois. Quant à l'immigration portugaise, déjà férue de football au pays d'origine, elle a dû faire le détour difficile par un championnat propre pour s'intégrer ensuite pleinement au monde sportif et dans la société luxembourgeoise. L'étude de joueurs originaires d'ex-Yougoslavie et d'autres joueurs étrangers engagés par des clubs luxembourgeois complète le tableau.